



Plenarprotokoll

112. Sitzung

Donnerstag, 18. Februar 2016

Rechtem Populismus und rechter Hetze entschlossen entgegentreten .

9342

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3827

Änderungsantrag der Fraktion der PI-
RATEN
Drucksache 18/3880

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 9342, 9357
Daniel Günther [CDU]..... 9344, 9362
Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 9346, 9361
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 9349
Angelika Beer [PIRATEN]..... 9352
Lars Harms [SSW]..... 9354, 9362

Rasmus Andresen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN].....

9356

Tobias von Pein [SPD].....

9358

Dr. Heiner Garg [FDP].....

9359

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....

9360

Torsten Albig, Ministerpräsident...

9362

Beschluss: 1. Ablehnung des Ände-
rungsantrags Drucksache 18/3880

2. Annahme des Antrags

Drucksache 18/3827.....

9365

Stand und Fortführung der Exzel- lenzinitiative

9365

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3835

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	9365	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/3800 an den Bildungsausschuss.....	9393
Martin Habersaat [SPD].....	9367		
Volker Dornquast [CDU].....	9368	Body-Cams unverzüglich einsetzen	9393
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9369	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3849	
Anita Klahn [FDP].....	9371	Überwachungskameras verhindern keine Gewalt gegen Polizeibeamte	9393
Uli König [PIRATEN].....	9372	Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3885	
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	9373	Dr. Axel Bernstein [CDU].....	9393
Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 18/3835 und der Tagesordnungspunkt insgesamt durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	9375	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	9394
Differenzierten Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss ermöglichen	9375	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9395
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3838		Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	9396
Peter Sönnichsen [CDU].....	9375, 9382	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	9398
Kai Vogel [SPD].....	9376	Lars Harms [SSW].....	9399
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9377	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	9400
Anita Klahn [FDP].....	9378	Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	9401
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	9379	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/3849 und des Änderungsantrags Drucksache 18/3885 an den Innen- und Rechtsausschuss.....	9402
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	9380	Bericht zur schulischen Qualitätsentwicklung in Schleswig-Holstein	9402
Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung.....	9381	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3719	
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/3838 an den Bildungsausschuss.....	9382	Qualitätsentwicklung an den Schulen Schleswig-Holsteins	9402
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für die Bibliotheken in Schleswig-Holstein und zur Änderung des Landespressegesetzes	9382	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3879	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/3800		Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung.....	9402
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	9383	Volker Dornquast [CDU].....	9403
Peter Sönnichsen [CDU].....	9385	Kai Vogel [SPD].....	9405
Beate Raudies [SPD].....	9386	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9406, 9412
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9387	Anita Klahn [FDP].....	9407
Anita Klahn [FDP].....	9389	Sven Krumbeck [PIRATEN].....	9409
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	9390	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	9410
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	9391	Martin Habersaat [SPD].....	9411

Beschluss: Überweisung des Antrags
Drucksache 18/3879 und des Be-
richts Drucksache 18/3719 an den
Bildungsausschuss, den Bericht
zur abschließenden Beratung.....

9412

* * * *

Regierungsbank:

**Pflanzenschutzmittelrückstände in
Lebensmitteln**

9412

Torsten Albig, Ministerpräsident

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3791

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Robert Habeck, Minister für
Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume..

9412

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-
bildung

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....

9413

Heiner Rickers [CDU].....

9414

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN].....

9415, 9421

Oliver Kumbartzky [FDP].....

9417

Angelika Beer [PIRATEN].....

9418

Flemming Meyer [SSW].....

9419

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes-
angelegenheiten

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN].....

9420

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

Beschluss: Überweisung des Berichts
Drucksache 18/3791 an den Um-
welt- und Agrarausschuss zur ab-
schließenden Beratung.....

9422

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich mit Ihnen gemeinsam Herrn Kollegen Martin Habersaat zum heutigen Geburtstag gratulieren. Alles, alles Gute für das neue Lebensjahr!

(Beifall)

Dann darf ich Ihnen mitteilen, dass wir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Jes-Kruse-Skolen aus Eckernförde als Gäste begrüßen dürfen. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landtag!

(Beifall)

Des Weiteren teile ich Ihnen mit, dass sich Frau Kollegin Heike Franzen und Herr Kollege Christopher Vogt erkrankt gemeldet haben. Wir wünschen beiden gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Frau Finanzministerin Monika Heihold wegen dringlicher dienstlicher Verpflichtungen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Rechtem Populismus und rechter Hetze entschlossen entgegnetreten

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3827

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3880

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Dann eröffne ich die Aussprache und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle führen Gespräche. Wir lesen. Wir sehen. Wir hören Berichte der Medien. Wir bekommen bei Terminen unmittelbare Rückmeldungen auf unsere Arbeit. All das gibt Anlass, sich die Frage zu stellen, was es für ein Land ist, in dem wir leben.

Es ist ein Land, in dem Menschen ihre Sorgen äußern - Sorge um den Arbeitsplatz, Sorge um die Zukunft der eigenen Kinder, auch Sorge vor Kriminalität.

Es ist ein Land, in dem aber auch die Grenzen zwischen **berechtigten Sorgen, irrationalen Ängsten** und **menschenfeindlichem Rassismus** immer weiter verschwimmen. In dem Land, in dem wir leben, hat sich Misstrauen breitgemacht. Der Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Institutionen, Banken, teilweise auch Kirchen, manchen Vereinen und Verbänden - Parteien sowieso - ist erheblich vorangeschritten. Wir nehmen auch einen ernsthaften Vertrauensverlust gegenüber Sicherheitsbehörden wahr; das Versagen bei der Aufklärung der rechtsterroristischen NSU-Mordserie hat dazu beigetragen. Manchmal kommt die Polizei zu spät. Manche Straftat wird nicht aufgeklärt. Manchmal gerät unsere gewohnte Ordnung durcheinander. Manche stellen sogar die Handlungsfähigkeit des Staates infrage. Sorgen und Misstrauen werden von einigen ausgenutzt, um eine gefährliche Spirale weiterzudrehen.

Es ist ein Land, in dem Führungskräfte rechtspopulistischer beziehungsweise rechtsextremistischer Parteien an den Grenzen auf Flüchtlingsfamilien schießen lassen wollen. Es ist ein Land, in dem dieselbe Partei nicht etwa geächtet wird, sondern teilweise zweistellige Umfragewerte erreicht und womöglich in mehrere Parlamente einzieht.

Es ist ein Land, das Land der Dichter und Denker, dessen Sprache zunehmend verroht. Anonym oder auch mit Klarnamen werden Politiker, Polizisten, Journalistinnen und Journalisten, Ehrenamtliche und andere in sozialen Netzwerken in Misskredit gebracht, verleumdet und bedroht. Es ist ein Land, in dem üble Pöbeleien und Hetze konstruktive Kritik und eine lebendige Streitkultur in der Sache zunehmend in den Hintergrund drängen. Es gibt Galgen auf Demonstrationen und die Forderung nach der Todesstrafe für angebliche „Volksverräter“. Die so bezeichneten demokratischen Politiker lassen sich oftmals nichts anderes zuschulden kommen, außer dass sie Rassismus auch so nennen.

Es ist ein Land, in dem die Unabhängigkeit der Berichterstattung offen bestritten, die Medien als „Lügenpresse“ diffamiert und Journalistinnen und Journalisten in ihrer Arbeit behindert, bedroht und sogar gewaltsam angegriffen werden.

Es ist ein Land, in dem die Hetzer politische Mitverantwortung für zunehmende Gewalt tragen. Das Land, in dem wir leben, ist ein Land, in dem Straf-

(Dr. Ralf Stegner)

taten mit rechtsextremem Hintergrund zunehmen - bis zu 20.000 allein im Jahr 2015, darunter 921 Gewalttaten. Es ist ein Land, in dem zwei- bis dreimal pro Woche Brandsätze in Wohngebäude geworfen werden, in denen Familien leben. Die Täter nehmen in Kauf, Familien zu töten; sie beabsichtigen das sogar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das so beschriebene Land **unser Land**? Was ist eigentlich unser Land? Das Land, in dem wir leben, ist ein reiches Land. Die Wirtschaft wächst. Die Zahl der Erwerbstätigen ist hoch, die der Arbeitslosen niedrig wie seit Jahrzehnten nicht.

Das Land, in dem wir leben, ist ein Land, das jungen Menschen Perspektiven gibt. Es ist ein Land, in dem Menschen frühzeitig Förderung erfahren, ein Land, in dem gute Bildungswege möglich sind, die später berufliche Sicherheit geben und die Menschen Familien gründen lassen.

Es ist ein Land, in dem die Menschen in Frieden und Freiheit leben können. Von einem solchen Land hätten unsere Großeltern nur träumen können.

Es ist ein Land, in dem sich nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit eine demokratische Streitkultur entwickelt hat, in der meistens das Argument und nicht die Lautstärke zählt, in der es vorgetragen wird.

Es ist ein Land, das sich seiner Verantwortung auch jenseits der eigenen Grenzen stellt, dessen Außenminister weltweit Ansehen genießt und der das ihm entgegengebrachte Vertrauen dazu nutzt, um unermüdlich überall für Frieden und Entspannung zu arbeiten, damit auch Menschen in anderen Teilen der Welt vielleicht einmal die Lebensqualität erleben, die bei uns in Deutschland alltäglich ist.

Es ist ein Land, in dem unendlich viele Menschen Schutzsuchende willkommen heißen und mit Wärme und Herzlichkeit aufnehmen. Sie tun das, weil das ihr Job ist. Viele tun das auch in ihrer Freizeit. - Danke dafür! Das sage ich ausdrücklich an dieser Stelle.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Es ist ein Land, in dem Vielfalt als Reichtum gilt und Stärke für Schwache eintreten - über Generationen hinweg, quer durch die Bevölkerung. Es ist ein Land, in dem Menschen zusammenhalten, in dem sie füreinander da sind und solidarisch miteinander sind.

Es ist ein Land, das nicht - wie im vergangenen Jahrhundert - Kriege anzettelt und aus dem Menschen flüchten müssen, sondern ein Land der guten Nachbarschaft nach innen und nach außen, das heute Zielpunkt von Hoffnungen und Träumen vieler Menschen aus allen Teilen der Welt geworden ist. Was für ein schöner Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Land hat viele Gesichter. Wir wissen, dass Freiheit und Demokratie nicht von allein bleiben. Unsere Vergangenheit lehrt uns, dass wir ihren Feinden entschlossen entgegentreten müssen.

In der Flüchtlingspolitik mag man unterschiedlicher Meinung sein; wer aber aufgrund dieser Frage die AfD wählt oder durch Nichtwahl solchen Parteien Einfluss auf die Regierungsbildung verschafft, der bekommt nicht nur eine andere Flüchtlingspolitik, sondern etwas ganz anderes. Heute wollen die Demokratiefeinde das Asylrecht aussetzen, morgen vielleicht die Meinungsfreiheit und übermorgen die Menschenwürde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selten war es so wichtig wie in dieser Zeit, dass wir wachsam sind und dass wir **klare Haltung** zeigen:

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Haltung zeigen für Vielfalt in unserem Land; Haltung zeigen für Engagement in und für die Demokratie; Haltung zeigen für leidenschaftliche, kontroverse Debatten im Parlament, die wir so schätzen, wenn wir sie um die Sache führen; Haltung zeigen für Toleranz und Humanität; Haltung zeigen gegen Antisemitismus und Gewalt.

Dafür möchte ich im Namen meiner Fraktion werben; dafür werben die Koalitionsfraktionen mit ihrem Antrag, den wir heute behandeln. Wir werden rechtem Populismus und rechter Hetze immer entschlossen entgegentreten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage Ihnen ganz ausdrücklich: Wenn die Republik nach rechts rückt, rücken wir nicht mit. Das wäre ein großer Fehler.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich für die 152 Jahre alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands sagen: Wir wissen, dass man mit parteipolitischen Konkurrenten leidenschaftlich streiten muss; aber wir kennen die

(Dr. Ralf Stegner)

Feinde der Demokratie; das muss man uns nicht erklären.

Karl Otto Meyer, dessen wir gestern gedacht haben, hat das mit leidenschaftlichen Reden in diesem Parlament oftmals zum Ausdruck gebracht. Auch andere wissen sehr genau: wo reden wir über Gegner, und wo reden wir über Feinde der Demokratie. Das ist ein großer Unterschied. Den müssen wir sehr deutlich machen. Da darf es kein Verwischen geben.

Lassen wir nicht zu, dass Gewalt und Hetze ein hässliches Bild unseres Landes ergeben. Wir geben der Vernunft eine Stimme. Wir gestalten das Land, in dem wir leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die freiheitliche Demokratie ist das Beste, was unserem Land jemals widerfahren ist. Lassen Sie uns diese verteidigen. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Fraktion der CDU erhält Herr Abgeordneter Daniel Günther.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es kann nur besser werden!)

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich stellt sich jeder hier im Parlament mit aller Entschlossenheit gegen rechte Hetze. Ich glaube, das machen wir alle in der Praxis, bei dem, was wir politisch unternehmen. Jeder weiß, was im Moment in unserem Land passiert. Schauen Sie sich die Facebook-Seiten, überhaupt die Seiten im Internet an.

Herr Dr. Stegner, wenn man sich Ihre Seite im Netz anschaut, sieht man, wie Menschen mit Ihnen - das meine ich ernsthaft - umgehen und Sie, teilweise anonym, beschimpfen, weil Sie eine Plattform bieten und mit Menschen über die Situation diskutieren wollen. Es ließen sich noch viele andere Beispiele finden.

Aber nichtsdestotrotz bin ich davon überzeugt, dass wir mit **Anträgen** wie die, über die wir heute diskutieren, daran überhaupt nichts ändern werden. Vielmehr senden wir, der Landtag, ein **Signal nach außen**: Ziehen wir in Zweifel, dass wir uns entschlossen dagegenstellen, sodass wir es uns heute noch einmal versichern müssen? Wie häufig haben

wir das in der Vergangenheit bereits getan? - Immer, wenn in Schleswig-Holstein etwas passiert ist, standen wir zusammen und haben in aller Klarheit deutlich gemacht, dass das nicht unsere Vorstellung von diesem Land ist.

Ich glaube, auf natürlich besorgniserregende **Umfragewerte** wie die, die die **AfD** im Moment erzielt, damit zu reagieren, dass man sich hier im Landtag hinstellt und den Menschen draußen sagt: „Der Landtag ist sich einig; wir fühlen uns hier ohne die AfD wohler“, hilft überhaupt nicht. Was nützt uns ein solches Bekenntnis, das wir hier abgeben? Was nützt uns eine solche Debatte?

Ich sage Ihnen: Man muss mit in seinem eigenen Umfeld handeln, politische Entscheidungen treffen und der Bevölkerung deutlich machen, dass wir die Situation im Griff haben. Das ist ein Konjunkturprogramm gegen die AfD - nicht Anträge wie der vorliegende, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Sie hätten Ihre Formulierungskunst beispielsweise auch bei der Formulierung von **Anträgen** nutzen können, als es gestern um das **Asylpaket II** ging. Wir befinden uns in einer Situation, in der es entscheidend ist, welche Maßnahmen wir ergreifen. Wie können wir die Probleme lösen? - Die drei regierungstragenden Fraktionen gucken zu. Der Ministerpräsident ergreift in der Debatte nicht das Wort. Sie von den regierungstragenden Fraktionen schlagen in keinem einzigen Antrag vor, wie Sie die Flüchtlingszahlen reduzieren und Problem in Schleswig-Holstein, in Deutschland und in Europa lösen wollen. An dieser Stelle hätten Sie Ihre Kreativität einbringen sollen. Da hätte es eines Antrags bedurft. Dann hätten wir uns die Debatte heute sparen können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Ich habe manchmal das Gefühl, dass jemand in den regierungstragenden Fraktionen große Politik spielen will; dazu passen solche Debatten. Aber der Schleswig-Holsteinische Landtag ist kein Trainingscamp für angehende Bundespolitiker.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hallo? - Heiterkeit und Beifall)

- Lieber Wolfgang Kubicki, ich habe bewusst von den regierungstragenden Fraktionen gesprochen, damit der Verdacht nicht auf dich gelenkt wird.

(Daniel Günther)

(Zuruf SPD: Die anderen dürfen trainieren, oder was?)

- Nein, damit sind alle gemeint. Es gibt ja mehrere, die sich als Bundespolitiker bewerben.

Ich glaube manchmal, dass wir ein Stück stolz darauf sein sollten, dass wir manche Debatten, die in **anderen Bundesländern** geführt werden, in diesem Maße in Schleswig-Holstein nicht haben. Schauen Sie sich die Bundesländer an, in denen rechtsextremistische Demonstrationen stattfinden, in denen eine ganz andere Stimmung herrscht. Im Landtag sollte doch eigentlich nach außen das Bild eines Parlaments gezeichnet werden, das stolz auf Schleswig-Holstein ist. In dieser Flüchtlingskrise haben wir auch durch unsere Gemeinsamkeit, die wir bereits in der Vergangenheit hatten, ein Klima geschaffen, sodass Probleme viel seltener auftreten als in den anderen 15 Bundesländern. Das sollten wir stolz miteinander vertreten.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD]: Woran das wohl liegt?)

Ich mache mir bei all den wirklich schlimmen Entgleisungen, ehrlich gesagt, tiefgründige Gedanken darum, was dieses Problem mit der **Mitte unserer Gesellschaft** macht. Diese Sorgen habe ich. Manchmal bin ich auf Veranstaltungen - übrigens nicht nur auf CDU-Veranstaltungen, sondern ich bin auf Veranstaltungen aller bürgerlichen Kreise - und bekenne mich zur Flüchtlingspolitik und sage: Wir brauchen eine europäische Lösung und die Äußerungen der Kanzlerin sind richtig. Ich erlebe dann häufig, dass ein Teil des Saals begeistert klatscht, dass sich aber ganz viele Leute einfach zurücklehnen. Sie klatschen nicht, aber sie kommunizieren auch nicht offen darüber. Das sind doch Menschen, die wir mit unserer Arbeit wieder zurückgewinnen müssen und auch zurückgewinnen können. Das sind ja nicht Menschen, die wir dauerhaft verloren haben.

Natürlich ist das etwas, was uns alle miteinander mit großer Sorge bewegen muss. Unser Auftrag aber muss doch sein, diese Menschen davon zu überzeugen, dass nicht nur das demokratische System richtig ist, sondern dass die Parteien, die in den Parlamenten sind, diese Probleme auch ohne die AfD lösen werden. Dann schaffen wir es, die Menschen wieder zurückzugewinnen und unsere Demokratie in Deutschland dauerhaft und insgesamt zu stärken.

(Beifall CDU)

Alle wissen, wie schwierig das im Moment ist: Wie reagiert man darauf, auch auf seiner eigenen Homepage? Wann muss man Menschen entgegentreten? Sie alle wissen: Das geht nicht nur den Medien und der Polizei so. Sie alle wissen, dass viele Schilderungen von angeblichen Problemen auf dem Tisch landen. Es wird dann gesagt: Es gibt eine ganz große Kriminalität in der Nähe von Erstaufnahmeeinrichtungen. Man muss sich jedes Mal fragen: Geht man dem nach? Ist das wieder ein Fake, der im Internet unterwegs ist? All dies ist im Moment eine unglaublich sensible Aufgabe.

Daher finde ich es wichtig, dass wir alle hier im Landtag heute ein eindeutiges **Bekennnis zu unseren Medien** und zu unserem Qualitätsjournalismus abgeben, denn all das, was im Internet und in den Medien teilweise anonym stattfindet, sind Exzesse, die uns alle miteinander mit Sorge umtreiben. Wir brauchen kritische Medien, die auch auf unsere Politik einen kritischen Blick haben. Deswegen ist es unglaublich wichtig, dass wir uns mit aller Entschiedenheit gegen die Hetze, die auch gegen Medien in Deutschland stattfindet, wenden.

(Beifall CDU)

Wir sollten immer sehen, dass wir von unserer Seite aus selbst nicht zum Teil das Gleiche tun, was wir den anderen vorwerfen, was wir Rechtspopulisten und Rechtsextremisten vorwerfen. Lieber Kollege **Andresen**, ich sehe, dass Sie diesen Antrag unterschrieben haben. Das macht diesen Antrag aus meiner Sicht eher ein Stück weniger glaubwürdig. Ich habe mir angesehen, was Sie auf **Facebook** teilweise posten. Das ist immer sehr eng an genau den gleichen Sachen dran. Sie schlagen mit einer Keule auf Medien und die bürgerlichen Parteien, ohne zu prüfen, ob die Sachverhalte, die Sie dort darstellen, überhaupt richtig sind.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Facebook-Post vom 29. Januar 2016, Rasmus Andresen:

„Ich kotze! Jetzt werfen sie sogar Handgranaten! Rechter Terror nimmt in Deutschland massiv zu. ... Wo bleibt da der Aufstand der sogenannten bürgerlichen Parteien und Teilen der Medien?“

(Beifall SPD, PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was er da postet, war am Ende einer Auseinandersetzung zwischen zwei Sicherheitsdiensten, und er steigt auf eine solche Art und Weise darauf ein.

(Daniel Günther)

Ich lese Ihnen zweitens vor, was die **Anarchistische Koordination** in Flensburg geschrieben hat:

„Wer schon immer mal wissen wollte, welche charakterlosen Arschlöcher die LSF ausstrahlt sehen wollen, der kann sich hier ein Bild machen: Faber, Döring, Richert - nehmt euch in Acht. Wenn ihr unbedingt weiterhin den Sturm haben wollt, dann sät nur weiter Wind.“

Danach sind Bilder vom FDP-Mann Richert, vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Döring und vom Oberbürgermeister Simon Faber vom SSW gepostet. Dem Kollegen Andresen fällt dazu nichts Besseres ein, als zu sagen: Die haben sicherlich über die Stränge geschlagen, aber das hat die Polizei bei ihrem Einsatz schließlich auch gemacht. Dazu sage ich Ihnen wirklich, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir alle miteinander sollten vorsichtig damit sein.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das ist genau daraus zitiert, Herr Kollege Andresen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Daniel Günther [CDU]:

Wir alle miteinander sollten aufpassen, dass wir diesem gesellschaftlichen Klima nicht durch unser eigenes Handeln einen Vorschub leisten. Da müssen wir alle miteinander aufpassen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie müssen bitte auf die Zeit achten.

Daniel Günther [CDU]:

Deswegen appelliere ich an Sie alle: Solche einseitigen Anträge, die ausblenden, dass wir auch Probleme im linksextremistischen Bereich haben, dass wir auch Probleme im salafistischen Bereich haben, gucken Sie sich das an - -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich bitte Sie. Ihre Redezeit ist deutlich abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Daniel Günther [CDU]:

Ich weiß, dass es Sie nervt, wenn man auch über Gewalt von dieser Seite spricht. Sie wollen immer nur über diese Form von Gewalt reden, aber wir haben in Deutschland auch andere Gewaltexzesse. Die sollten wir miteinander nicht ausblenden. Von daher appelliere ich an Sie: Ersparen Sie uns in Zukunft solche Debatten über solche Anträge.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Daniel Günther [CDU]:

Lassen Sie uns lieber Politik für die Menschen in unserem Land machen. Damit bekommen wir die AfD nämlich wirklich klein.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben in unserer Fraktion darüber diskutiert, ob es Sinn macht, zum jetzigen **Zeitpunkt** so einen **Antrag** zu stellen.

(Zurufe CDU)

- Ich würde mich freuen, wenn Sie zuhören könnten. Ich musste den Kram eben auch anhören.

(Weitere Zurufe CDU)

- Sie werden gleich hören, was das heißt. - Wir haben sehr ernsthaft überlegt, ob es hier in diesem Parlament dann wieder eine Debatte gibt, in der der eine dem anderen irgendetwas vorwirft und Populismus unterstellt. Wir haben dies auch mit unserem Koalitionspartner sehr ernsthaft diskutiert. Unser Partner, Fraktionsvorsitzender Stegner, hat hier eine Rede gehalten, die genau das wiedergespiegelt hat, was wir mit diesem Antrag ausdrücken wollten. Wir wollten ein Zeichen setzen. Wir wollten deutlich machen, dass wir hier im Landtag alle gemeinsam ein Zeichen gegen rechts setzen. Dass es da draußen eine Gefahr gibt, wer will das bitte schön abstreiten?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Eka von Kalben)

Ich bin eben vom NDR gefragt worden, warum es jetzt diese Debatte gebe und ob wir das Thema dadurch nicht aufbauschen. Denn in Schleswig-Holstein gebe es zum Glück noch nicht so eklatante **Umfragewerte** für die **AfD**, wie 17 % in Sachsen-Anhalt, weil in Kiel zum Glück noch keine KIGIDA - oder wie die sich hier nennen würden - auf der Straße herumlaufen. Vielmehr sind bei uns zum Glück ganz viele Menschen, auch junge Menschen, immer noch Teil einer Willkommenskultur. Ja, das ist alles gut. Da müssen wir aber doch jetzt deutlich machen, dass wir wollen, dass das so bleibt. Wenn hier die Rechten sitzen, dann wollen wir nicht sagen: Oh, hätten wir doch besser aufgepasst, jetzt müssen wir mit den Nazis im Parlament sein. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie das schlecht finden.

(Beifall SPD und SSW)

Herr Günther, Sie widersprechen sich auch. Sie selbst erzählen davon, dass es in Ihren Ortsverbänden besorgte Bürgerinnen und Bürger gibt. In unseren gibt es sie auch, es gibt sie auch bei der SPD. Diese Bürger suchen Antworten, und wir wollen sie nicht an den rechten Rand verlieren. Das genau ist der Punkt, und wir müssen darüber reden, wie das am besten gehen kann.

(Zuruf Daniel Günther [CDU])

- Ja, aber Sie beginnen Ihre Rede hier vorn damit, dass dies alles nicht nötig sei, dass dies alles nur Populismus sei, im Übrigen sollten wir aufpassen, dass wir selbst nicht in der linksradikalen Ecke stünden. Das ist doch absurd.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Günther, wenn es einen Grund gab, diesen Antrag zu stellen und hier im Landtag darüber zu diskutieren, dann hat Ihre Rede eben richtig deutlich gemacht, dass das wichtig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt PIRATEN - Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich bin wirklich sehr enttäuscht und überrascht darüber, mit welcher Vehemenz sich hier der CDU-Vorsitzende gegen so einen Antrag stellt, der sämtliche Vorwürfe und Polemiken ausgelassen hat und der ein sehr konsensorientierter Antrag ist, von dem wir immer noch gedacht haben, dass Sie ihm sogar zustimmen oder ihn unterstützen könnten. Stattdessen wird mit keinem Satz gesagt, was daran anders sein sollte.

Sie werfen uns vor, wir hätten keinen **Änderungsantrag** zur **Asyldebatte** gestellt. Wir haben hier ganz klar gesagt, wie wir uns positionieren. Ich habe gesagt, das sind für mich Scheinlösungen. Mein Änderungsantrag ist die Integrationsarbeit dieses Innenministers. Deswegen brauche ich hier auch keinen Antrag XYZ dazu zu stellen, warum ich kein Asylpaket will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen keinen Änderungsantrag zu einem Asylpaket, das wir nicht wollen.

Ein weiterer Punkt: Wenn Sie diesen Antrag anders hätten haben wollen, dann hätten Sie einen **Änderungsantrag** stellen können. Stattdessen sagen Sie: Wir brauchen statt dieses Antrags ein **Bekennnis zu den Medien**. Ja, wir brauchen ein Bekenntnis zu den Medien. Überall, wo ich kann, auch in Schülerdiskussionen, spreche ich dazu. Neulich wurde ich bei einer Diskussion in Malente gefragt: Wo kann man sich denn noch informieren? Im Netz wird so viel Hetze verbreitet, woher soll man wissen, was richtig ist? Dann verweise ich immer auf die öffentlich-rechtlichen Medien. Ja, auch die können einmal etwas falsch melden, und sie schreiben logischerweise auch nicht immer das, worüber wir uns freuen. Nach manchen Landtagssitzungen würde man sich auch andere Schwerpunkte als den „Friedhof der Kuschtiere“ oder Ähnliches wünschen. Aber es ist tatsächlich so, dass ich ein hohes Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien habe. Ich halte es für unsäglich, dass gerade das auch von der rechten Seite genutzt wird, um das in Misskredit zu stellen.

Meine Damen und Herren, die Hetze und die Gewalt richten sich nicht nur gegen Flüchtlinge, und sie sind auch nicht nur ursächlich in der Flüchtlingsdiskussion zu sehen, sondern sie wabern schon lange und kommen jetzt in einer Hetze gegen Politik, gegen Medien, gegen Flüchtlinge, gegen Menschen, die anders aussehen, gegen Jüdinnen und Juden hoch. Ich hatte gerade in der letzten Woche ein Gespräch mit dem Landesverband. Dort sagt man: „Wir befürchten, dass wieder Jüdinnen und Juden Deutschland verlassen, weil sie Angst vor Rechten haben.“ Wenn mir das ein Landesverband sagt, Herr Günther, dann ist das doch gruselig; das ist doch nicht egal.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dies macht mir total Angst. Ich halte das für ein wirklich ernst zu nehmendes Problem. Wenn wir

(Eka von Kalben)

schon darüber reden, warum dann bitte nicht im Schleswig-Holsteinischen Landtag darüber reden? Es ist doch eine unserer Aufgaben, hier darüber zu reden. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass dieser **Hass** auch lange kaschiert worden ist.

Insoweit möchte ich abschließend noch auf Ihren Antrag eingehen, liebe **PIRATEN**. Sie sagen, wir sollten aus unserem **Antrag** herausstreichen, dass wir uns in Medien oder auf Podien damit auseinandersetzen. Ich kann mir vorstellen, was dahintersteht, nämlich eine große Abscheu, diesen Menschen auch noch eine Bühne zu bieten. Wir haben das erlebt. Ich habe neulich eine Talkshow gesehen, an der Herr Augstein und Ralf Stegner teilgenommen hatten, der sich ja nun auch nicht so leicht unterbuttern lässt. Dort war es so, dass Frau Petri und andere Schweitzer Rechtspopulisten herumgepöbelt und Blödsinn erzählt haben, sodass andere Meinungen überhaupt nicht mehr zu Wort kamen. Insofern habe ich Verständnis dafür, dass es nervt, mit denen zusammen auf einem Podium zu sitzen, und dass es auch gewisse Gefahren gibt, wenn die Moderation nicht gut ist.

Aber es führt kein Weg daran vorbei: Wir müssen uns auch mit **Rechtspopulisten** auseinandersetzen; anderenfalls kommt wieder dieser wahnsinnige Spruch: „Man wird das doch hier wohl mal sagen dürfen“. Sonst könnten wir das nie entlarven. Wir müssen es mit Argumenten entlarven, wir müssen es mit guter Politik entlarven. Das ist der einzige Punkt, bei dem ich Ihnen komplett zustimme. Die Politik hier im Hause muss gut gemacht werden, der Stil muss gut sein, und wir müssen uns inhaltlich damit auseinandersetzen. Bei diesem Punkt bin ich voll bei Ihnen. Aber ich bin nicht dafür, das entweder totzuschweigen und zu sagen: „Wir haben ja gar kein richtiges Problem; deshalb brauchen wir im Landtag auch nicht darüber zu sprechen“, oder zu sagen: „Wir halten hier nur Bekenntnisreden, und mit den Rechten reden wir nicht“. Beides halte ich für falsch.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Angelika Beer?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern.

Angelika Beer [PIRATEN]: Frau Kollegin, Sie haben eben den Änderungsantrag meiner Kollegen angesprochen. Darin beantragen

wir, die Worte „auf Podien und in den Medien“ zu streichen.

Das ist keine Absage an die gemeinsame Forderung, sich mit Rechtsextremen oder auch Rechtspopulisten auseinanderzusetzen. Wir sind aber der Überzeugung, dass jeder für sich entscheiden muss, ob er bereit ist, sich mit Vertretern von rechtsextremen oder rechtspopulistischen Organisationen oder Parteien an einen Tisch zu setzen.

Ihr Antrag macht daraus keine Verpflichtung, erwartet aber, dass man das automatisch tut. Wir selber differenzieren je nach Vorfall, sage ich mal. Sie wissen auch, dass ich im letzten Jahr, als es hier eine Diskussion mit der Kollegin Trebesius, der Europaabgeordneten der AfD, gab, eine Presseerklärung herausgegeben und gesagt habe: „Demokratie muss das aushalten.“ Ich habe mich dieser Diskussion gestellt. Aber wir möchten, dass jeder für sich die Freiheit hat, auch ganz klar zu sagen: „Nein, mit denen setze ich mich nicht an einen Tisch.“

(Beifall PIRATEN)

- Ich kann nicht verstehen, in welcher Form unser Antrag irgendjemandem die Freiheit nimmt, sich nicht mit jemanden an einen Tisch zu setzen. Insofern kann ich Ihren Antrag noch weniger verstehen.

Wenn Sie auch noch sagen, Sie würden sich der Debatte stellen, dann verstehe ich auch dies nicht. Ich würde nie jemanden zwingen, sich auf irgendein Podium zu setzen, weder mit einem Antrag noch mit körperlicher Gewalt.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, noch auf einen ernsthaften Punkt hinzuweisen. Ich glaube, der Kern der Debatte - das ist, glaube ich, der Punkt, über den wir als demokratische Parteien alle gemeinsam nachdenken müssen - ist: Wie schaffen wir es eigentlich, unseren Rechtsstaat zu schützen, ohne ihn aufzugeben? Ich glaube, das ist der Kernpunkt, über den wir in bestimmten Situationen auch bereits diskutiert haben: am Beschneidungsverbot, an der Kopftuchdebatte. Wie können wir das Dilemma auflösen, dass wir **Religionsfreiheit** wollen, dass wir aber auch **andere Grundwerte und Werte** haben, die ihr unter Umständen entgegenstehen können?

Wie schaffen wir es, auf komplexe Fragen einfache Antworten zu geben beziehungsweise deutlich zu machen, dass es eine einfachen Antworten gibt? Ich glaube, das sind Fragen, die uns alle angehen müs-

(Eka von Kalben)

sen. Ich merke das gerade auch in der Rechtsdebatte immer wieder, Herr Kubicki. Da wird dann von Lieschen Müller gesagt: „Warum könnt ihr den nicht einfach festnehmen, am Kragen packen, ins Flugzeug stecken und ihn abschieben, wenn ihr doch gesehen habt, dass er dies oder das gemacht hat?“ Dann deutlich zu machen, dass wir in einem Rechtsstaat leben, dass bei uns die Unschuldsvermutung gilt, sind Punkte, die unglaublich schwierig sind. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten: Wie bringen wir unsere Grundsätze rüber, ohne politische Correctness zu verlieren?

Das Problem, liebe Opposition, ist doch dieses: Sie empfinden diesen Antrag als einen Vorwurf an Sie, dass Sie das nicht machen. So ist es überhaupt nicht.

(Widerspruch CDU)

Aber wenn Sie sagen, wir täten das immer nur, dann kommt es offensichtlich dennoch nicht richtig an. Insofern verstehe ich Ihre Aufregung darüber überhaupt nicht, sondern ich halte es für ein ernsthaftes Anliegen von uns allen.

Wie gehen wir zum Beispiel damit um, dass die Rattenfänger immer von „das Volk“ sprechen? Ich sage immer: „Ich bin auch ein Teil dieses Volkes, aber ich bin vielleicht nicht das Volk, das er vertritt.“ Das sind Punkte, an denen wir alle gemeinsam arbeiten müssen.

Ja, Herr Günther, der wichtigste der Punkte, die wir tun können, um Rechtsextremismus aufzuhalten, ist **gute Politik**, um Lösungen für die Bevölkerung zu finden, damit diese insoweit zufrieden ist. Dazu hätte gestern für Sie die Möglichkeit bestanden. Zur Demokratie gehört auch, dass man eine andere Lösung für die richtige hält und nicht nur Ihre. Wir müssen ja nicht Ihrem Antrag zustimmen, um die Lösung richtig zu finden. Auch das gehört zur Wahrheit der Debatte. Sie müssen ja auch nicht unserem Antrag zustimmen; das ist auch logisch. Das verlange ich auch gar nicht, Herr Garg. Aber es ist nicht so, dass wir in diesem Hause nicht gemeinsam darüber nachdenken dürften, welches nun die beste Lösung ist, zum Beispiel auch in der Flüchtlingsdebatte.

Zweitens müssen wir in **demokratische Bildung** und in eine lebendige Demokratie investieren. Das bedeutet auch Medienkompetenz, damit man rechte Hetze als das erkennen kann, was sie ist.

Drittens brauchen wir **Präventionsarbeit**, Beratungsnetzwerke und auch konsequente Strafverfolgung von rechten Straftätern.

Insoweit hat diese Landesregierung bereits sehr viel auf die Beine gestellt. Wir werden die Landesregierung auch weiterhin gerne dabei unterstützen.

Meine Damen und Herren, in diesem Land wollen viele Menschen leben, nicht nur wegen voller Supermarktregale, sondern wegen unseres Rechtsstaates, wegen unserer Werte, wegen unserer Humanität. Das müssen wir verteidigen. Wir dürfen nicht den kleinen Finger geben und sagen: „ein bisschen schärfere Asylgesetze, ein bisschen härterer Rechtsstaat, ein bisschen weniger Gleichstellung, ein bisschen weniger Europa“, und am Ende haben wir die ganze Hand verloren. Das möchte ich nicht. Keine Handbreit den Rechtspopulisten und keine Handbreit rechter Hetze. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist verblüffend, aus der Initiative der regierungstragenden Fraktionen etwas, wie ich finde, aus Ihrer Sicht Sinnvolles herauszufinden, wenn Sie zugleich sagen, die AfD werde blockiert. Das ist ein Beitrag, der seinesgleichen sucht.

Ich habe den vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen so verstanden, dass er Ausdruck der Befürchtung ist, der **politische Rechtsradikalismus** könne wieder eine **demokratiegefährdende Größe** erreichen, was ich momentan nicht sehe. Der Antrag solle daher zeigen, dass alle Demokraten im Schleswig-Holsteinischen Landtag auch mit dem politischen Signal einer gemeinsamen Resolution dieser Entwicklung entgegenwirken. Deshalb wäre es vielleicht nett gewesen, Frau von Kalben, man hätte vorher auch mit uns Kontakt aufgenommen mit dem Ziel, eine gemeinsame Resolution hinzubekommen, als hier einen Antrag zu stellen und zu sagen: „So wollen wir es machen.“

(Beifall FDP und CDU)

Ich befürchte aber, dass die sicherlich gut gemeinte Initiative das Problem, vor dem wir stehen, nicht löst. Ich bezweifle sogar, dass sich politischer Radikalismus überhaupt ansatzweise dadurch wirksam einhegen lässt, dass man „gute Demokraten“ definiert, die den „bösen Populisten“ und den „rechten

(Wolfgang Kubicki)

Hetzern“ durch Symbole zeigen, wie unanständig sie sind.

Dass sich die **AfD** jetzt auf einem Umfragen-Höhenflug befindet, der sie über 10 % oder sogar 15 % hievt, ist definitiv nicht darauf zurückzuführen, dass die Abgeordneten des Landtags oder des Bundestages es je versäumt hätten, ihre politischen Positionen darzustellen. Vielmehr sind diese **Umfragewerte** Ausdruck der Verunsicherung vieler Menschen darüber, ob die Politik das leisten kann, was sie leisten soll, nämlich Probleme wirklich zu lösen. Über diese Besorgnis geht Ihr Antrag aber einfach hinweg. Wenn 81 % der Bevölkerung glauben, dass die Regierung nicht mehr in der Lage ist, mit den Problemen, die den Menschen auf den Nägeln brennen, sinnvoll umzugehen, dann ist das ein Alarm-signal an die Gestaltungsfähigkeit der Politik.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Ich gehe aber noch weiter. Ich glaube nicht nur, dass der vorliegende Antrag nicht nur nicht hilft, das Problem zu lösen. Ich glaube sogar, dass er kontraproduktiv ist. Denn in Ihrem **Kreuzzug für den politischen Anstand** schießen Sie weit über das Ziel hinaus. Bedauerlicherweise fordern Sie mit Ihrem Antrag sogar zum Widerspruch heraus, was mich persönlich besonders schmerzt.

Schlimmer noch: Jeder Demokrat, dem unsere freiheitlichen Grundwerte viel bedeuten, sieht sich in der unangenehmen Lage, nun auch Rechtspositionen der AfD verteidigen zu müssen, wenn man den Rechtsstaat in diesem Land ernst nimmt.

Was soll es uns sagen, wenn Sie hier beschließen wollen, das **Legislativorgan** Landtag Schleswig-Holstein „stellt sich den neuen rechten Parteien wie der AfD entschlossen entgegen und sucht die politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit“? Was soll uns das sagen? Ein Staatsorgan stellt sich der AfD entgegen. Heißt das nicht, dass der Landtag nicht mehr über politische Problemlösungen entscheidet, sondern jetzt auch dafür genutzt werden soll, missliebige Parteien auszugrenzen?

Wollen wir das jetzt mit jeder Partei machen, die uns nicht gefällt? Wollen wir also das **moralische Mehrheitsprinzip** über das **Rechtsstaatsprinzip** erheben? Ist das Ihr Beitrag für die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates, wenn wir nicht verbotene Parteien durch Landtagsbeschluss ins Abseits stellen? Das können wir als Parteien im Wahlkampf machen. Dass sich aber der Landtag so positionieren soll, ist verfassungsrechtlich äußerst bedenklich.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Mit solchen Symbolen liefern wir der AfD die Märtyrerrolle gleich auf dem Tablett mit. Die AfD ist nämlich nur das Symptom eines Problems, aber nicht das Problem selbst.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Dass wir gemeinsam zu Demonstrationen gehen wollen. Wir haben aber nie als Landtag beschlossen, dass die AfD oder eine andere Partei als solche - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich hätte hier eine ganz andere Rede erwartet! Gerade von Ihnen!)

- Frau Midyatli, wenn Sie nicht begreifen, was Verfassungsrecht ausmacht, wenn Sie nicht begreifen, dass wir die Rechten nur mit der Stärke des Rechts bekämpfen können, dann tun Sie mir wirklich leid.

(Serpil Midyatli [SPD]: Es wird Ihnen nicht leid tun!)

Es geht ja nicht um die moralische Überlegenheit, sondern es geht um die Frage des Rechtsstaats.

Mir ist das relativ egal, wenn die Sozialdemokratie dieses Landes glaubt, man könnte den Rechtsstaat mit Füßen treten. Dann werden Sie aber die Ergebnisse erleben. Ja, sie treten den Rechtsstaat mit den Füßen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Grundsätzlich stimmt es ja: Die AfD ist eine rechtspopulistische, von Ressentiments und Xenophobie durchsetzte Partei. Sie vertritt Positionen, die oftmals nur schwer zu ertragen sind. Die Partei ist aber nicht verboten und ist deshalb ein Konkurrent im politischen Wettbewerb. Das Verfassungsorgan Landtag entscheidet deshalb auch nicht darüber, ob die AfD ein gutes oder schlechtes politisches Angebot macht. Das entscheiden immer noch die Wählerinnen und Wähler. Unsere politische Aufgabe muss darin bestehen, ihnen möglichst viele Wähler abspenstig zu machen anstatt sie der AfD in Scharen zuzutreiben, was wir gegenwärtig tun.

(Beifall FDP und CDU)

Dass Sie Ihre moralischen Vorstellungen über rechts erheben wollen, ist das eine. Das kann ich nachvollziehen. Dass Sie dabei aber auch Ihre moralischen Vorstellungen über das Recht erheben wollen, ist brandgefährlich. Noch einmal: Sie schaufeln der AfD auf diese Art und Weise Menschen zu, weil Sie die AfD in eine **Märtyrerrolle** bringen und damit genau die Vorurteile mit Nah-

(Wolfgang Kubicki)

rung füttern, die die AfD vor sich herträgt, nämlich das System sei nicht mehr reformfähig, und die Medien seien nicht mehr in der Lage, vernünftig Berichte zu erstatten.

Wir müssen an dieser Stelle auch fragen, ob wir in der Vergangenheit wirklich alles getan haben, um die Sorgen und Nöte vieler Menschen in Schleswig-Holstein aufzunehmen und nicht zu vergrößern. Tun wir alles in unserem Verantwortungsbereich, um der allgemeinen Frustration und Politikverdrossenheit keinen Vorschub zu leisten? Ich glaube, so selbstkritisch sollten wir sein: Zweifel sind da angebracht.

Politikverdrossenheit wird dadurch größer, wenn die Menschen den Eindruck haben, dass es uns nicht mehr in erster Linie um die Problemlösung geht, sondern zuerst darum, den politischen Kontrahenten schlecht dastehen zu lassen. Das Vertrauen in die Lauterkeit der Politik wird also gestärkt, wenn wir dem politisch Andersdenkenden zunächst einmal den guten Willen unterstellen, dass er ein Problem lösen will.

Auch an dieser Stelle sage ich, Herr Kollege Dr. Stegner: Wenn mehr als 50 % der Deutschen das Gefühl haben, sie könnten ihre Meinung nicht mehr frei äußern, haben wir ein **Demokratieproblem**, dem wir entgegenwirken müssen. Wir dürfen nicht so tun, als gäbe es dieses Problem nicht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Auch hier sehe ich bei Ihrem Antrag erhebliche Defizite. Es gibt einen verräterischen Passus in Ihrem Antrag, in dem eine gefährliche moralische **Kategorisierung in Gut und Böse** durchdringt. Auf Seite 2 Ihres Antrags lesen wir:

„Berechtigte Sorgen der Menschen nehmen wir weiter ernst und lassen diese mit ihren Befürchtungen nicht alleine.“

Die erste Frage ist: Wer entscheidet darüber, welche Sorgen berechtigt und welche Sorgen nicht berechtigt sind?

„Politisch andere Positionen zu vertreten, legitimiert jedoch nicht, Ressentiments zu bedienen. Rechtspopulismus lässt sich nicht dadurch bekämpfen, dass demokratische Parteien sich in ihrem Handeln oder ihrer Programmatik rechtspopulistischen Positionen anpassen.“

Was will uns dieser Passus sagen? Jeder, der eine andere Position vertritt als das, was Sie für den **politischen Mainstream** halten, ist potenziell gefähr-

det, **Ressentiments** zu bedienen? Jeder, der nicht auf der angeblich richtigen politischen Seite steht, ist also potenziell ein Rechtspopulist?

Ich kann Ihnen nur raten, diesen Punkt sorgfältig zu überdenken, bevor Sie ihn hier beschließen. Denn damit schüren Sie selbst Ressentiments und stellen andere politische Vorstellungen unter Generalverdacht.

Ich will einen Punkt aus der gestrigen Debatte aufgreifen. Ich habe mich öffentlich so geäußert, dass der Ministerpräsident eine Schande für die Flüchtlingspolitik und für das Land Schleswig-Holstein sei. Ich gebe zu: Das war eine überzogene Formulierung. Der Kern ist aber, dass ich es nicht akzeptiere, dass sich bei einer Frage, die die Menschen und auch uns bewegt, der Ministerpräsident dieses Landes nicht öffentlich äußert, nicht zu einer Position äußert und sie im Zweifel verteidigt und damit für diese Position wirbt.

(Beifall FDP und CDU)

Man kann der **Flüchtlingspolitik** von Angela Merkel viel vorwerfen. Ich glaube auch, dass sie viele Fehler gemacht hat. Die Frau stellt sich aber ins Parlament und kämpft für ihre Überzeugung. Die Frau tritt dafür ein. Das nötigt Respekt ab, aber nicht die Tatsache, dass der Ministerpräsident bei einer so zentralen Frage nicht das Wort ergreift.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe SPD)

Ich will darauf hinweisen, worin die Gefährlichkeit liegt. Ich akzeptiere jeden Kommentar, weil ich Vertreter der Meinungs- und Pressefreiheit bin. Dass diese Äußerungen aber in einem Kommentar in den „Kieler Nachrichten“ in den Bereich des Rechtspopulismus gerückt werden, das ist schon etwas, worüber ich nachdenken muss. Die Aussage lautet:

„Solche Worte fielen nicht auf irgendeiner PEGIDA-Demonstration in Dresden, sondern im Landeshaus. Dabei sind die Rechtspopulisten, von denen man solche Äußerungen eher erwarten würde, hier noch gar nicht vertreten.“

(Martin Habersaat [SPD]: Denken Sie darüber nach!)

- Denken Sie einmal darüber nach, was das heißt. Herr Kollege, **Meinungsstreit** ist die **Grundlage unserer demokratischen Grundordnung**. Sie entscheiden nicht darüber, welche Aussage rechtspopulistisch ist. Das entscheiden im Zweifel die Menschen.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall FDP und CDU)

Wenn wir so mit Ihrer moralischen Überlegenheit argumentieren, dann werden Sie sehen, wohin die Wähler Sie im Zweifel hinbringen.

Noch einmal: Wenn 50 % der Menschen sagen, sie trauten sich nicht mehr, ihre Meinung frei zu sagen, dann haben wir alle ein Problem. Wenn Sie jetzt solche Anträge formulieren, mit denen Sie bestimmen wollen, was Rechtspopulismus ist, grenzen Sie damit Menschen aus dem allgemeinen Diskurs aus. Damit tun Sie der Demokratie keinen Gefallen. Im Gegenteil, dann schaden Sie dieser Demokratie auf ungeheure Art und Weise.

(Beifall FDP und CDU)

Dass diese sozialdemokratische Schwarz-Weiß-Kategorisierung kein verzeihlicher Ausrutscher ist, sondern sozusagen zur sozialdemokratischen Grundüberzeugung gehört, zeigt uns ein Blick in die Presse. So konnten wir zum Beispiel am 11. Oktober 2015 im „Hamburger Abendblatt“ lesen, wie Ministerpräsident Torsten Albig auf einem Pinneberger Kreisparteitag seine Parteifreunde auf die künftige politische Auseinandersetzung einstimmt. Wir lesen also:

„Die kommenden Wahlen werden Richtungswahlen“, sagte er. Es gebe dann eine Entscheidung zwischen einer rechtspopulistischen und einer sozialdemokratischen Richtung.“

Es gibt also nur Rechtspopulisten und Sozialdemokraten. Der Rest findet nicht mehr statt. Es ist unverantwortlich, so zu argumentieren.

(Beifall FDP und CDU)

Ich sage Ihnen: Die Menschen werden irre in einer Demokratie, wenn sich führende Sozialdemokraten so äußern. Ich bin kein Sozialdemokrat und werde es auch nicht werden.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist auch gut so! Sehr gut! Das ist meine Meinung, die ich hier äußern darf!)

- Sie dürfen Ihre Meinung äußern. Trotzdem müssen Sie sich fragen, warum die AfD dabei ist, die Sozialdemokraten in wesentlichen Bereichen dieser Republik zu überflügeln. Diese Frage müssen Sie sich doch stellen.

(Sandra Redmann [SPD]: Seien Sie ganz still mit Ihren paar Prozenten!)

Schauen wir uns einmal an, wie stark die Sozialdemokratie in Baden-Württemberg werden wird. Die-

se Debatten aber, die Sie hier anzetteln, mit denen Sie zwischen Gut und Böse und zwischen moralisch Höherstehend und Niedrigerstehend kategorisieren - -

(Sandra Redmann [SPD]: Sie tun das doch!)

- Nein, Sie tun das. Sie machen das die ganze Zeit.

Ich würde diesen Antrag noch einmal durchlesen. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, weil wir ihn nicht für produktiv, sondern für kontraproduktiv halten. Wenn Sie in sich gehen, Herr Kollege Dr. Stegner - und das meine ich wirklich ernst -, und darüber nachdenken, dass wir unser demokratisches Gemeinwesen verteidigen wollen, dann werden Sie feststellen, dass wir die Rechtspopulisten mit Argumenten stellen müssen, aber nicht mit der moralischen Überlegenheit, die Sie an den Tag gelegt haben. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat die Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange einmal mit einem „Schade!“ an. Ich finde es schade, dass Sie, Herr Daniel Günther, und auch Sie, Herr Kubicki, bei einer wirklich notwendigen Sachdebatte um schwierige politische Themen, die uns alle bewegen, jedes Mal in den Wahlkampfmodus schalten und diese Debatten vergiften,

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

egal ob gestern in der Flüchtlingsproblematik oder heute, wenn es um Rechtspopulismus und Rechtsextremismus geht.

Ich versuche jetzt, einmal aus dem Wahlkampfmodus wieder zurückzuschalten, denn unsere Fraktion begrüßt die Initiative der Koalitionsfraktionen für diesen Antrag und für diese Debatte, weil wir sie für notwendig halten. Wer sich in den letzten Jahren kontinuierlich um die erschreckende Zunahme der Hetze durch **Rechtspopulisten** und **Rechtsextremisten** auch bei uns im nördlichsten Bundesland, Herr Kollege Daniel Günther, informiert hat, wer sich gekümmert hat und wer wie wir - ich hatte sagen wollen, wir alle, aber jetzt sage ich einfach einmal mit dem Blick zur Koalition und auf die PIRATEN wie wir - nicht bereit ist, rechtsextremem Gedankengut Platz zu lassen, weiß, dass da, wo De-

(Angelika Beer)

mokratie zur Seite rückt oder nicht vertreten ist, rechtsextreme Hetze den Platz einnimmt und die Leittragenden eben die Flüchtlinge sind. Das ist das, was wir hier präsentieren und repräsentieren wollen, weil wir nicht bereit sind, diesem Hass, egal wo, auch nur ein Stück weit Platz zu geben.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Herr Kollege Daniel Günther hat ein **Konjunkturprogramm gegen die AfD** gefordert. Darum geht es doch gar nicht. Haben Sie sich überhaupt informiert, was in Schleswig-Holstein regelmäßig passiert - jede Woche, jeden Tag -, wie es sich verändert? Ich will darauf gleich eingehen; denn es geht ja nicht darum zu sagen: Wir leben hier im nördlichsten Land der Glückseligen, wir haben kein Problem, deswegen brauchen wir nicht darüber zu reden, sondern wir wollen aufmerksam sein und mit breiten politischen Maßnahmen versuchen, Fehlentwicklungen auch bei uns gar nicht erst richtig in Schwung kommen zu lassen. Sie wissen, dass wir die DVU im Landtag hatten, und es ist gut, dass sie sich selber wieder herauskatapultiert hat. Aber mir geht es heute um etwas anderes.

Die Fakten der letzten Monate und Jahre sind eindeutig. Es sind eben überwiegend nicht mehr die altbekannten Nazis, die uniformiert und in schwarzen Springerstiefeln versuchen, gegen andere zu hetzen. Nein, es sind zum Beispiel die Mitglieder der **NPD**, die sich im Vorfeld eines drohenden Verbots unter **AfD, PEGIDA, LEGIDA** und andere mischen und so versuchen, rechtsextremes Gedankengut gesellschaftsfähig zu machen und jene, die im Moment unzufrieden sind - das ist hier gesagt worden -, versuchen zu agitieren und in rechtsextreme Bahnen zu leiten. Das müssen wir verhindern.

Das ist übrigens kein Phänomen in Schleswig-Holstein, sondern das gibt es in ganz Deutschland. Wer sich dann auch noch die Entwicklungen auf **europäischer Ebene** anschaut, welche Bündnisse die Rechtsextremisten inzwischen schließen, dann muss ich sagen, das ist jedenfalls meine Antwort darauf: Egal wo rechtsextremes Gedankengut und Rechtspopulismus herrschen, es muss von Anfang an unsere Antwort sein, den Anfängen zu wehren.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

In den letzten Monaten und Wochen sind unzählige rechte Plattformen auch bei uns in Schleswig-Holstein entstanden, im Internet, insbesondere in den sozialen Medien. Sie versuchen, **Hass** auf alles zu

verbreiten, was anders ist. Das Bundeskriminalamt hat im vergangenen Jahr 1.027 Angriffe auf Unterkünfte von Flüchtlingen verzeichnet - fünfmal mehr als im Jahr zuvor. Die Gewaltakte gegen Flüchtlinge haben zugenommen. Das BKA warnt vor neuen Terrorzellen nach dem Vorbild des NSU. Wie der Präsident des BKA Münch gegenüber „Bild am Sonntag“ sagte, brauchten die Polizeibehörden schnelle Ermittlungsergebnisse und Urteile, um das Dynamit der rechtsextremen Straftaten zu durchbrechen. Noch Fragen? - Das sind Realitäten. Wenn Sie allein gestern nach Vorfällen gesucht hätten, hätten Sie ein erschreckendes Bild hier heute darlegen können. Ich nenne nur die Überschriften: Brand in Gelsenkirchener Flüchtlingsunterkunft, Geplantes Flüchtlingsheim in Sachsen-Anhalt angegriffen, Schläger verfolgen Tunesier in Chemnitzer Innenstadt, Containeranlage für Flüchtlinge in Brand gesetzt in Oberbayern, Brandanschlag von Nazis in Kahla auf Demokratie-Laden und SPD-Bürgerbüro. - Das ist nur eine Momentaufnahme, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Menschen, die unsere Hilfe erbitten, die gerade ihr Leben gerettet haben, sind endlich bei uns und sehen sich rassistischer Hetze ausgesetzt. Auch mit dieser Resolution wollen wir zeigen, dass wir das in keiner Form tolerieren.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir gehen dagegen auf allen Ebenen vor: in den Medien, auf Podien, im Parlament und auf der Straße.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das scheint der CDU fremd oder unbekannt zu sein: Bekannte NPD-Kader haben gerade in Schleswig-Holstein ganzen Seiten gegründet wie zum Beispiel „Neumünster wehrt sich“. Dafür könnte ich noch viele andere Orte mehr nennen. Wir haben zum Beispiel NPD-Kommunalpolitiker in unserer Ratsversammlung in Neumünster. Wir haben monatlich mindestens ein bis zwei Demonstrationen von Rechtsextremen und Rechtspopulisten. Boostedt, Anfang Januar gegen die Flüchtlinge in der Erstaufnahme: neun Nazis - ja, nicht viel -, eine Hundertschaft und 60 Demokraten, die das nicht zulassen wollten. Neumünster, 16. Januar 2016: NPD-Kader wie der von Wulff haben eine Kundgebung angemeldet und verbreiten rassistisches Gedankengut in der Öffentlichkeit. Zwei Hundertschaften, Wasserwerfer und das breite Bündnis „Wir können sie stoppen“. Und schon für den 28. Februar 2016 steht die nächste Demonstration in Neumünster auf der Tagesord-

(Angelika Beer)

nung - wieder gegen die Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster.

In **Neumünster** haben wir ein breites Bündnis, das ist gut, und das ist über Jahre entstanden. Ich begrüße ausdrücklich, dass sich alle demokratischen Parteien dort engagieren, auch die CDU, nach dem Motto: „Neumünster ist bunt statt braun“. Wir stehen nicht nur auf, wenn die Nazis versuchen, auf die Straße zu gehen, sondern wir setzen eigene Schwerpunkte, die wichtig sind. Das Legen von Stolpersteinen, Baumpflanzungen zum Gedenken an Auschwitz, Filmwochen gegen rechts, jährliches Gedenken am 27. Januar, Diskussion über religiös motivierten Extremismus, Clips der Jugendlichen gegen rechts, um nur einiges zu nennen. Egal, ob PEGIDA, LEGIDA, SHEGIDA - auch im dänisch-deutschen Grenzgebiet ruft zum Beispiel SIAD - der dänische PEGIDA-Ableger - zu einer Aktion gegen den sogenannten Asylmissbrauch und gegen Islamisierung auf. Am 20. Februar wollen sie erneut symbolisch die Grenze zu Kruså schließen. **Rassistische Ideologie** macht an Grenzen eben nicht halt, und auch dagegen wenden wir uns.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten auch etwas zur Kenntnis nehmen - ich gebe zu, dass ich hier nicht die Zeit zur Ursachenanalyse habe -, aber es ist schon ein Alarmzeichen, wenn eben diese Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, von denen ich gerade erzählt habe und von denen es leider in Schleswig-Holstein viel zu viel gibt, jetzt auch dazu übergehen, **Bürgerwehren** zu formieren. In Neumünster haben sie erste Streifzüge angemeldet, in anderen Orten ebenfalls. Das ist eine innen- und rechtspolitische Frage, aber auch eine Frage von Zivilcourage. Wir werden den Bürgern nur die Sicherheit zurückgeben können, wenn wir zum Beispiel mit einer solchen Resolution, aber auch mit politischen Konzepten ganz klar sagen: Geht nicht den rechten Rattenfängern auf den Leim, Demokratie sieht anders aus.

(Beifall PIRATEN, SSW und vereinzelt SPD)

AfD und PEGIDA tragen die politische und gesellschaftliche Verantwortung für die verbale Verrohung der Diskussion. Deswegen rate ich allen: Lasst uns nicht nur hier Wahlkampfreden halten. Es ist eine langfristige Entwicklung, die wir gemeinsam zurückdrehen müssen. Demokratie ist stark, wenn sie in diesen Grundsatzfragen auch eine Stimme findet. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **AfD** ist in **Schleswig-Holstein** eigentlich noch gar nicht vorhanden. Es gibt keine Strukturen, es gibt keine Figuren, es gibt keine Menschen, die mit dieser Gurkentruppe in irgendeiner Art und Weise verbunden werden. Trotzdem führt es dazu, dass allein das Vorhandensein von wenigen dieser komischen Menschen uns Demokraten dazu bringt, aufeinander einzuschlagen, dass die Heide wackelt. Das ist kein gutes Bild. Die Gewinnerin dieser Debatte - wenn wir so weitermachen - wird die AfD sei und es werden nicht die demokratischen Parteien sein.

Deshalb ist es wichtig, dass wir Demokraten zusammenstehen. Wir scheinen uns manchmal davon wegzubewegen. Emotionen sind völlig okay, trotzdem lautet unsere Aufforderung als SSW: Wir müssen die Reihen schließen, wir müssen zusammenarbeiten. Trotz Unterschieden in dem, was wir politisch vertreten, müssen wir uns gemeinsam als Parlament, gemeinsam als demokratische Parteien gegen solche Bestrebungen wenden. Es nützt nichts, wenn wir da irgendwie gegeneinander vorgehen.

(Beifall)

Wenn ich davon rede, möchte ich auch gern über das reden, worum es eigentlich geht, nämlich **rechtsextremses Gedankengut**, das sich unbemerkt überall ein bisschen einschleicht, und das vornehmlich auch über die **AfD**.

In der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ oder in der „Neuen Westfälischen“ kann man lesen, was Frau Petry so von sich gibt, zum Beispiel: Für viele Mitglieder bei ihr sei die umstrittene Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch unter ethischen Gesichtspunkten nicht abschließend geregelt. Eine Änderung könne zudem ein Mittel gegen Kindermangel in Deutschland sein. - Da ist alles drin: völkisches Denken; Frauen als Gebärmaschinen; Küche, Kinder, Kirche nur für Frauen. Der Rest ist nicht mehr da drin. Das ist nicht nur ein schräges Frauenbild, sondern da sind auch Anleihen aus dunklen, braunen Vergangenheiten dabei, die wir nicht tolerieren können. Der eigentliche Gegner ist die AfD.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ein weiteres Beispiel ist in aller Munde. In einem Interview mit Frau Petry im „Mannheimer Morgen“ ging es um Grenzübertritte von Asylbewerbern. Der Journalist dachte, er höre nicht richtig, und hat noch einmal nachgefragt: Wie soll ein Grenzpolizist in dem Fall reagieren, wenn ein Asylbewerber über die Grenze möchte? Die Antwort von Frau Petry lautete: Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen.

(Lars Winter [SPD]: Unglaublich!)

Dazu sagt die stellvertretende Bundesvorsitzende von Storch: Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlingskinder, ja. - Kinder sollen an deutschen Grenzen erschossen werden! Das sind die eigentlichen Feinde der Demokratie, nicht wir untereinander, sondern die AfD ist es.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Meine Damen und Herren, um ein bisschen auf das ideologische Gerüst dieser Partei einzugehen, die durchaus extreme Anleihen bei der sogenannten neuen Rechten macht: **Hermann Behrendt**, NRW-Vorstand der AfD, hat - es ist noch gar nicht so lange her - das Buch „Mandative Demokratie“ geschrieben. Dort hat er auf knapp über 500 Seiten dargelegt, was er sich für dieses schöne Land vorstellt. Er sagt zum Beispiel:

„Die Mitbestimmung hat zur Schwächung des deutschen Wirtschaftsstandortes beigetragen.“

- Mitbestimmung von Mitarbeitern in Unternehmen soll es für die anscheinend nicht mehr geben.

Er sagt auch:

„Ein ausufernder Sozialstaat lädt zu Missbrauch ein. Natürlich gibt es Arbeits-scheue, Subventionsbetrüger oder Einwanderer, denen es nur auf das soziale Netz ankommt.“

- Das sind echt schräge Äußerungen.

Er sagt auch:

„Demokratie und Schulden sind Zwillinge.“

- Das heißt, wer keine Schulden machen will, muss die Demokratie abschaffen. Das ist das Bild, das

solche Menschen vertreten. Der Gipfel ist, dass sie es auch sagen. Er sagt zum Beispiel:

„Repräsentation durch ein Parlament ist keine essenzielle Voraussetzung für eine freiheitlich demokratische Grundordnung“.

- Diese Leute wollen Parlamente abschaffen. Diese Leute wollen die Demokratie abschaffen. Das sind die eigentlichen Feinde und nicht wir untereinander.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Conclusio für heute lautet: Eine Zusammenarbeit mit der AfD kann es nicht geben, nicht in diesem Parlament und nicht andernorts. Selbstverständlich werden wir uns den Diskussionen mit diesen Leuten stellen, aber eine Zusammenarbeit wird es nicht geben.

Meine Damen und Herren, Anfang der **90er-Jahre** - auch damals hatten wir es mit einer Flüchtlingskrise zu tun - saßen die demokratischen Parteien zusammen, und die **Rechtsradikalen** von der DVU saßen mit einem räumlichen Puffer dazwischen auf der rechten Seite. Es gab keine politischen Schnittmengen, keine Annäherung, keine Chance auf Einfluss für diese Leute. Sie standen mit ihrem fremdenfeindlichen Weltbild allein da. Wir Demokraten haben zusammengestanden und den Menschen im Land gezeigt: Mit denen ist kein Staat zu machen. Denn wir haben eine tiefe und weite Kluft gezogen zwischen gelebter Demokratie auf der einen Seite und Hass und Zwietracht auf der anderen. Ein politisches Niemandsland sozusagen. Seit damals ist es keiner rechtsextremen Partei gelungen, die Kluft zu überwinden und ihren **Fuß in dieses Parlament** zu setzen.

Glaut man den Prognosen, könnte sich dies absehbar ändern. Mit der AfD setzt eine Partei zum Sprung ins Parlament an, die mit der Umschreibung Wolf im Schafspelz gelinde davonkäme. Wie ist das möglich? - Ich will es Ihnen sagen: AfD, NPD und PEGIDA arbeiten seit geraumer Zeit daran, die Kluft zu überwinden. Allein können sie es nicht schaffen, die brauchen jemanden, der ihnen von der anderen Seite eine Brücke entgegengbaut.

Zu diesem jemand - ich muss leider sagen, wie es ist - entwickeln sich zunehmend auch Teile des demokratischen Parteienspektrums. Standen früher Parteien wie DVU und NPD in dem Ruf, die Ängste der Bürger auszunutzen, sich immer neue Schikanen gegen Asylsuchende auszudenken, so müssen wir heute erleben, dass es insbesondere die

(Lars Harms)

CSU ist, die kaum eine Gelegenheit auslöst, den Ton in der Asyldebatte zu verschärfen. Das ist kein Vorwurf gegenüber der CDU, die da völlig anders aufgestellt ist.

Aus der deutschen Willkommenskultur droht eine Art Verabschiedungskultur zu werden. **Rhetorische Brücken** führen immer dazu, dass rechtes Gedankengut von der Mitte der Gesellschaft nicht ferngehalten werden kann. Wortkreationen wie „Verabschiedungskultur“, aber auch immer wiederkehrende Forderungen nach Grenzsicherungen oder Abschiebung - obwohl dies gar nicht geht, das wissen wir alle - sind genauso eine Brücke.

Ich möchte mit Verlaub ein Zitat zum Thema Asylbewerber verlesen, nicht um anzuprangern, sondern um zum Nachdenken anzuregen. In diesem Haus wurde einmal gesagt:

„Wenn sie hier sind, die Asylverfahren abgeschlossen sind, dann ... sollen sie unverzüglich zurückgeschickt werden.“

- Das war es schon; ich vermute, Sie haben Schlimmeres erwartet. Das Bemerkenswerte an diesem Zitat ist: Es stammt vom **März 1993** vom damaligen DVU-Abgeordneten Helmut Thienemann, der dadurch nahezu tumultartige Zustände im Haus auslöste, als er im Plenum unter anderem auch forderte, den Zuzug von Flüchtlingen zu stoppen. Es müsse Schluss sein mit Scharen junger alleinstehender Männer, die schließlich auch sexuelle Bedürfnisse hätten, wie seine Parteikollegin Renate Köhler anmerkte. - Sie merken, dass wir von der heutigen Diskussion nicht weit weg sind. Die DVU hatte an dem Tag drei Anträge im Gepäck. Einer davon war die Einführung einer Straßennutzungsgebühr für Ausländer. - Das kommt einem sehr bekannt vor. Das lasse ich einfach einmal so stehen. Viel wichtiger ist: Es war ein CDU-Abgeordneter - Reinhard Sager -, der sehr deutlich die Haltung aller demokratischen Parteien im Haus auf den Punkt brachte: Die Anträge hätten nichts anderes zum Ziel, als Ressentiments gegen Ausländer zu schüren, und seien abzulehnen. - So kam es dann auch.

Eigentlich müsste ich jetzt Karl Otto Meyer zitieren, der sich vor diesen Menschen aufbaute, während im heimischen Postkasten in Schafflund die Morddrohungen eintrudelten, und Herrn Stawitz schonungslos die Leviten las.

Ich möchte mit Erlaubnis des Präsidiums aber jemand anderen aus der damaligen Debatte zitieren, nämlich die CDU-Abgeordnete Ursula Röper. Sie sagte kurz und knapp:

„Gewalt beginnt mit Worten.“

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für das Klima in unserem Land trage jeder seinen Teil der Verantwortung, zum Beispiel auch durch das, was er sage. - Ich frage mich nun, welche Worte Frau Röper zu Teilen der heutigen Debatten benutzt hätte.

Wir Demokraten müssen zusammenstehen - heute wie früher - gegen die AfD und die anderen, die meinen, dieses Land mit rechten Stammtischsalven in die Vergangenheit bomben zu können. Nur dann kann es uns gelingen, dies zu verhindern. Die Kluft, die wir einst schufen, um ein Vakuum zu schaffen zwischen Demokratie und Hass, zwischen humaner Politik und stumpfer Gewalt, brauchen wir mehr denn je. Wenn wir Demokraten uns alle einig sind, dann schicken wir die AfD dorthin, wohin sie gehört: auf den Müllhaufen der Geschichte.

Meine Damen und Herren, wir müssen zusammenstehen. Es gibt keinen Streit, wer der bessere Demokrat ist. Das dürfen wir nicht tun. Wir alle sind Demokraten, und wir alle können nur gemeinsam unsere Werte verteidigen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Günther, es wundert Sie wahrscheinlich nicht, dass ich jetzt hier stehe. Ich wollte aber eigentlich sowieso zu diesem Thema sprechen, denn ich finde, das ist ein wichtiges Thema, bei dem man auch über die guten Beiträge von einigen der Fraktionsvorsitzenden hinausgehen und sich noch einmal genauer damit beschäftigen kann, wie man eigentlich heutzutage mit Rechtspopulismus bei uns umgehen sollte.

Ich möchte aber natürlich trotzdem kurz auf die von Ihnen ziemlich dreisten Vorwürfe eingehen, bei denen Sie **Facebook-Posts** von anarchistischen Gruppen - bei denen ich noch nicht einmal weiß, wer dahintersteht - hier mit mir in einen Topf werfen. Sie zitieren aus Zeitungsartikeln verkürzt und verschweigen beispielsweise, dass der CDU-Fraktions-

(Rasmus Andresen)

vorsitzende im Stadtrat in Flensburg, ein von mir sehr geschätzter Kommunalpolitiker, übrigens Rechtsanwalt von Beruf, sich zu demselben Artikel auch geäußert und Sachen gesagt hat - ich werde die Zitate gleich vortragen -, von denen ich sagen muss, soweit würde ich nie gehen:

„Frank Markus Döring ... nimmt die Angelegenheit dagegen außerordentlich gelassen.“

- Es geht also um die Angelegenheit, die Sie hier gerade angesprochen haben.

„Er will von juristischen Schritten absehen. ‚Wenn man das als Politiker nicht aushält‘, sagt er, ‚hat man sich den falschen Job ausgesucht‘.“

Und er sagt weiter:

„Er habe ein gewisses Verständnis für die Frustration der Besetzer und wolle nun nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen.“

Ich habe noch nicht einmal Verständnis für die Besetzer. Ich finde es nicht okay, wenn man zu Gewalttaten aufruft. Und ich finde, dass man das auch scharf zurückweisen muss.

Was aber aus meiner Sicht nicht geht, ist, das hier in einen Topf mit der Debatte darüber zu werfen, dass Asylbewerberheime in Deutschland brennen, dass es Anschläge gibt, dass rechte Übergriffe wieder auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Herr Kollege, es ist so, dass weite Teile der Öffentlichkeit nicht mehr aufschreien, anders als vor einigen Jahren, wo Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem breiten Bündnis der Zivilgesellschaft mit Kirchen, Gewerkschaften, anderen Akteuren und mit allen Parteien - wenn ich richtig informiert bin - für einen „**Aufschrei der Anständigen**“ gesorgt hat. Jetzt kann man von dem Begriff halten, was man will. Aber genau so etwas fehlt in der heutigen gesellschaftlichen Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Solange Ihre Partei so auftritt und mit dem Aufmachen von Nebenkriegsschauplätzen keine Antworten oder Lösungen im Kampf gegen rechts versucht zu formulieren, solange muss man das auch kritisieren und darf man das auch deutlich äußern.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Beifall Sven Krumbeck [PIRATEN])

Vor einigen Jahren haben wir hier noch sehr kontrovers über die **Präventionsprogramme** gegen rechts gestritten, die wir im Dezember 2015 Gott sei Dank einstimmig bei den Haushaltsberatungen beschlossen haben, und die hier von Eka von Kalben auch lobend erwähnt worden sind. Das alles sind Maßnahmen, die waren vor ein paar Jahren noch umstritten. Da gab es keine Unterstützung aus Ihren Reihen. Ich sage das nicht als Kritik, ich sage das, weil das zur Debatte mit dazugehört und weil man sich auch selbst in seiner eigenen Rolle kritisch reflektieren sollte.

Ich glaube, Dänemark ist ein ganz gutes Beispiel. - Ich weiß, meine Zeit ist abgelaufen.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, das ist tatsächlich so.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist auch tatsächlich mein letzter Satz. - Denn Dänemark ist ein gutes Beispiel dafür, wie sehr man auch Fehler machen kann. Es zeigt, dass es nicht hilft, einfach nur auf gesellschaftlichen Konsens in bestimmten Fragen, beispielsweise in der Asylpolitik, zu setzen. Das macht Rechtspopulisten stärker. In Dänemark lagen sie Mitte der 90er-Jahre bei 7 %, jetzt liegen sie bei 21 %. Das gesellschaftliche Klima wurde total vergiftet. Das kann keine Antwort sein, die wir hier finden dürfen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner von der SPD-Fraktion.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich ein wenig enttäuscht über die Debatte bin. Die Reden, die hier aus der Regierungskoalition gehalten wurden, waren keine parteipolitischen Reden,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein! - Weitere Zurufe CDU)

sie waren einladende Reden. Wir haben vor zehn Tagen hier einen Antrag vorgelegt, zu dem ich gern

(Dr. Ralf Stegner)

wüsste, was an ihm Sie stört, oder was Sie gern anders hätten. Die PIRATEN haben einen Antrag dazu gestellt. Dem stimmen wir nicht zu, aber sie haben sich damit befasst. Das hätten Sie auch tun können. Ich verstehe das nicht.

Wer hier sagt, die **freie Meinungsäußerung** sei gefährdet, weil das manche Leute in Deutschland behaupten, dem muss ich sagen: Sie ist nicht gefährdet. Das ist eine rhetorische Figur, damit man hinterher gegen Ausländer hetzen kann. Wir finden das falsch. Man kann hier seine Meinung sagen, man muss nicht behaupten, Rechtsradikale würden in ihrer Meinung unterdrückt. Das ist wirklich falsch, und wir verteidigen die freie Meinungsäußerung.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man in einer solchen Debatte dem Kollegen Andresen Gewalt vorwirft, wenn man sagt, der Ministerpräsident sei eine Schande für dieses Land, oder wenn man sagt, die SPD trete das Recht mit Füßen - das ist hier gesagt worden -, kann ich nur sagen, dass diese Sätze eigentlich nicht zu kommentieren sind, weil sie offenkundig maßlos sind und die Betroffenen eine Entschuldigung verdient hätten. Ich möchte Sie aber gern fragen: Wie wirken solche Sätze in einer Debatte, in der wir uns mit den Feinden der Demokratie auseinandersetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren? Das will ich Sie sehr ernsthaft fragen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Beifall Angelika Beer [PIRATEN] und Sven Krümbeck [PIRATEN])

Warum dieser Antrag? Lassen Sie mich das noch einmal begründen. Auch in Schleswig-Holstein hat die **AfD** in Umfragen 7 bis 8 %. Machen wir uns da einmal nichts vor. Lassen Sie mich aus der heutigen Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zitieren. Wir haben in unserem Antrag ja PEGIDA und AfD genannt. Da sagt Frau Festerling von der PEGIDA-Führung, die sagt, die AfD sei ihr parlamentarischer Arm, gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Folgendes auf die Frage nach dem Umgang mit weiter eintreffenden Flüchtlingen in der Zukunft:

„Wenn sie weiterhin über die Grenze kommen und man sie nicht festnehmen kann, erschießt sie. ... Scheiß auf den Anstand.“

Das steht heute in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in der Debatte nicht deutlich auseinanderhalten können,

dass Wettbewerb zwischen demokratischen Parteien in der Sache das eine ist, dass aber der entschlossene Kampf gegen die Feinde der Demokratie das andere ist, dann machen wir doch wirklich etwas falsch. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Sven Krümbeck [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Tobias von Pein, ebenfalls von der SPD-Fraktion, das Wort.

Tobias von Pein [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich ehrlich gesagt, was noch in unserem Land passieren muss, um zu kapieren und wahrzunehmen, dass wir gar nicht mehr an dem Punkt sind, wo wir nur stolz darauf sein können, wo wir stehen, und sagen können, ja Ihr seid in der Analyse vielleicht etwas schärfer, wir sehen das Problem aber auch, und ich glaube, dass wir das demokratisch „wegdiskutieren“ können.

Zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Kubicki: Ich nehme das sehr ernst. Ich glaube aber, dass es wichtig ist, sich die **Stimmung** in der **Bevölkerung** noch einmal näher anzuschauen. Es gibt dazu schon länger - wir haben das hier auch schon diskutiert - Studien. Es gibt auch die aktuellen Umfragen dazu. Sie sagen sehr richtig, dass ein **funktionierendes Staatswesen** da präventiv wirken kann.

Wir haben das in den Umfragen vom NDR auch sehen können, dass man, wenn man eine ordentliche Flüchtlingspolitik macht, wenn man sich um dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen kümmert, wenn man das vor Ort kommuniziert, wenn man mit der Zivilgesellschaft ständig im Kontakt ist, präventiv wirken und rechten Stimmungen vorbeugen kann. Wenn andere Bundesländer das schlechter machen, dann sieht man auch, wie dort die Stimmung schlechter sein kann. Da müssen wir wahrscheinlich in die Bundesländer Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern gucken. Gerade Mecklenburg-Vorpommern ist ein sehr erschreckendes Beispiel, wo die AfD in den Umfragen gerade in die Höhe schießt.

Es gibt einen steigenden Hass in der Gesellschaft, es gibt eine steigende Kompromisslosigkeit und einen steigenden - so würde ich es nennen - **Fundamentalismus in den Meinungen**, indem man gar nichts anderes akzeptiert. Man fordert zwar die

(Tobias von Pein)

Meinungsfreiheit ein, aber wenn man dann eine andere Meinung vertritt, dann ist das die falsche Meinung oder die Lügenpresse. Das heißt, es gibt eine Verrohung der Debatte.

Insgesamt habe ich das Gefühl, dass man versucht, dieser Debatte hinterherzulaufen. Diese Debatte hat sich meiner Meinung nach schon nach rechts verschoben. Das sieht man auch daran, dass Politikkonzepte diskutiert werden, die früher gar nicht mehrheitsfähig waren, und heute sogar versucht wird, das eine oder andere davon im Schnelldurchlauf durch den Bundestag zu bekommen. Gott sei Dank gibt es auch aufrechte Bundestagsabgeordnete, die laut sind und sich dagegen positionieren.

Die Strategien, um dem zu begegnen, sind ein funktionierendes Staatswesen, das ist aber auch Prävention. Es war diese Koalition, die die **Demokratieförderung** massiv ausgebaut hat, noch bevor wir diese harte Debatte von heute hatten. Zum Zeitpunkt Februar 2016 sagen wir: Wir müssen den Wurzeln etwas entgegensetzen und da weitermachen. Ich glaube, dass es viel wichtiger ist, dort heute weiterzugehen und zu sagen, die Demokratieförderung ist der richtige Weg. Es stimmt auch nicht, dass wir in den Bereichen Islamismus und Salafismus nichts täten. Auch da machen wir etwas. Aber das an dieser Stelle mit der Frage Rechtsextremismusprävention zu vermischen, ist mal wieder total unfair.

Dem Kollegen Rasmus Andresen, der sich nun wirklich in jede Anti-Nazi-Demo selber mit einbringt und sehr aufrecht mitdemonstriert, vorzuwerfen, er würde mit demokratiefeindlichen Stimmungen sympathisieren, ist nun wirklich an den Haaren herbeigezogen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie müssen nun bitte zum Schluss kommen.

Tobias von Pein [SPD]:

Ich komme zum Schluss. - Demokratie ist nichts Selbstverständliches, auch das muss man einmal laut sagen. Es muss klar gesagt werden, dass sie jeden Tag neu erkämpft, erlebt und erstritten werden muss. Wir haben in diesem Antrag viele wichtige Punkte, die auch auf Staatswesen und Prävention eingehen und eben nicht nur die Position noch einmal klarmachen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Tobias von Pein [SPD]:

Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke. - Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Harms, zunächst einmal möchte ich mich ausdrücklich bei Ihnen für Ihre Worte bedanken. Die englische Schriftstellerin Evelyn Beatrice Hall hat einmal gesagt:

„Ich missbillige, was Sie sagen, aber ich werde bis zum Tod Ihr Recht verteidigen, es zu sagen.“

Ich glaube, genau das und nichts anderes haben Sie auch bei dem Beitrag meines Fraktionsvorsitzenden erlebt. So kenne ich ihn seit einem Vierteljahrhundert.

Ich will einmal sehr deutlich sagen: Mich haben zwei Erlebnisse ganz besonders geprägt, und mir haben sie auch imponiert, und da möchte ich an das anschließen, was Sie, Herr Kollege Harms, ausgeführt haben.

Erstens war dies die Art und Weise, in der von **1992 bis 1996** - damals war ich Mitarbeiter meiner Fraktion - mit der DVU, später DLVH, zum Schluss mit sechs fraktionslosen Rechtsradikalen, umgegangen wurde. Man hat sich hier im Landtag konkret mit den einzelnen Themen auseinandergesetzt - einer für alle -, sich diese Menschen vorgenommen, aber sie in der Sache gestellt. Ich finde, dass dies die richtige Art und Weise ist, um sich mit den politischen Parolen dieser Menschen auseinanderzusetzen.

Lieber Kollege Harms, so leid es mir tut, deswegen passt diese Resolution, die Sie heute hier verabschieden lassen wollen, gerade nicht.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Serpil Midyatli, Sie sind wutentbrannt rausgestürmt. Bei allem Verständnis dafür, dass man auf bestimmte Dinge extrem emotional reagieren

(Dr. Heiner Garg)

kann, glaube ich: Bestimmte Kraftausdrücke, die ich hier nicht wiederholen will, gehören sich nicht, auch dann nicht, wenn man vor Wut schäumt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Was habe ich denn gesagt?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, ich möchte darauf hinweisen, dass wir jetzt an dieser Stelle keine Dialoge zwischen Rednerpult und Abgeordneten beginnen wollen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin, Sie werden aber auch mir gestatten, auf etwas zu reagieren, genauso, wie Sie es Ihrem grünen Kollegen gestattet haben, auf etwas zu reagieren. Ich gehe davon aus, dass Sie selbstverständlich diese Neutralität wahren.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das ist selbstverständlich. Ich wollte darauf hinweisen, dass es nicht üblich ist, dass wir in dieser Weise Dialoge zwischen Abgeordneten und Rednern am Rednerpult führen. Ich möchte Sie darum bitten, das in der gebotenen Kürze dann auch abzustellen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber er darf doch sagen, was er möchte!)

- Selbstverständlich darf hier jeder sagen, was er möchte. Darauf müssen wir nicht hingewiesen werden. - Herr Dr. Garg, bitte!

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worauf ich vor allen Dingen hinweisen wollte, ist das Zweite, was mich beeindruckt hat. Das haben Sie ja sozusagen eingefordert. Ich kann mich an den **Landtagswahlkampf 2012** erinnern. Es war März, kurz vor der Landtagswahl. Nicht nur mit allen hier im Landtag vertretenen Parteien, sondern auch gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern haben wir uns in Lübeck in einer Demonstration gegen rechts gestellt. Ich glaube, es waren 10.000 Demokraten gegen weniger als 100 Verwirrte.

Ich finde: Das sind die richtigen Signale. Es ist schade, dass die Situation heute nicht genutzt wurde - vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich Leute anschicken, Anwälte von Schwulen und Lesben, Anwälte von Frauenrechten sein zu wollen, bei denen sich mir die Nackenhaare aufstellen. Ich will

von diesen Menschen weder außerparlamentarisch, geschweige denn in irgendeinem Parlament vertreten werden.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Ich sage es noch einmal: Da helfen solche Bekundungen nichts, wie Sie sie heute zur Abstimmung vorlegen, sondern da müssen wir sie jeweils bei jedem einzelnen Thema in der Sache stellen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Wir müssen deutlich machen, dass die politischen Angebote, die diese Menschen offerieren, praktisch gleich null sind. So und nicht anders würde ich mir eine Auseinandersetzung vorstellen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter!

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Geduld, Frau Präsidentin.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. - Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was zu dem Antrag zu sagen ist, hat meine Kollegin Angelika Beer gesagt. Ich habe mich wegen der Eingangsrede des Kollegen Dr. Stegner zu Wort gemeldet. Zunächst einmal möchte ich Sie ausdrücklich dafür loben, dass Sie in Ihrer Rede jetzt nicht mehr die Anonymität des Internets dafür verantwortlichen machen, dass leider auch in den sozialen Medien - so wie an Stammtischen - gehetzt wird. Da haben Sie dazugelernt; das finde ich gut.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Ich möchte aber auch kritisieren, dass Sie in Ihrer Rede unser Land so über den grünen Klee gelobt haben, dass alles toll sei, dass die Menschen doch

(Dr. Patrick Breyer)

glücklich sein müssten. Wenn man die **Probleme**, die auch vorhanden sind, so komplett **ausblendet**, müssen die Menschen wirklich den Eindruck gewinnen, dass sich die Politik von der Lebenswirklichkeit abgekoppelt hat. Das war wirklich eine Familie-Hansen-Rede.

Die allermeisten Menschen, die Kritik an Politik und an dem demokratischen System üben, differenzieren sehr wohl zwischen einerseits der **Demokratie**, die sie gut finden, die eine große Mehrheit in unserem Land hinter sich hat, und andererseits dem **politischen System**, wie es im Moment ausgestaltet ist. Dagegen richtet sich die Kritik, nicht pauschal gegen die Demokratie.

Genauso zum Thema **Lügenpresse**. Große Mehrheiten der Menschen teilen den pauschalen Vorwurf nicht, dass wir eine Lügenpresse hätten. Genauso gibt es aber eine Mehrheit, die Kritik daran übt, dass die Berichterstattung nicht immer ausgewogen und neutral ist - Stichwort Ukraine-Berichterstattung. Da ist auch etwas dran. Das müssen wir anerkennen. Deswegen haben wir unter anderem eine Reform des Landespressegesetzes zur Stärkung der inneren Pressefreiheit vorgeschlagen. Journalisten selbst beklagen teilweise eine Einflussnahme auf die Themenwahl.

Wenn Sie, sehr verehrter Herr Dr. Stegner, sagen, die SPD rücke nicht nach rechts, frage ich Sie: Wer verschärft denn das Asylrecht auf Bundesebene? Wer, wenn nicht der SPD-Bundesvorsitzende, spricht von „kriminellen Asylbewerbern“ und fordert Leistungskürzungen, um Abschiebungen zu erleichtern? - Natürlich springen Sie auf diesen Zug mit auf.

Haltung zeigen für Demokratie und Menschenrechte heißt für uns PIRATEN, dass die Politik bei sich selbst anfangen muss, zum Beispiel indem sie echte Mitbestimmung der Bürger herstellt, indem sie auch für mehr soziale Gerechtigkeit sorgt - gerade die Einkommens- und Vermögensungleichheit ist auch unter sozialdemokratischen Regierungen mit angewachsen -, indem sie den Einfluss der Wirtschaftslobby eindämmt, indem sie das **Vertrauen der Bürger** wieder erkämpft und verdienen muss. Dafür kämpfen wir PIRATEN. Dafür gibt es uns. Das leistet einen echten Beitrag für die Demokratie, nicht ein „Weiter so!“.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat die Abgeordnete Eka von Kalben von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte gern in meinem letzten Redebeitrag dieser Debatte - ohne dass ich das Ende der Debatte ausrufen will - noch einmal diejenigen im Haus, die sich ernsthaft mit dem Antrag auseinandergesetzt haben, animieren, auffordern, bitten, wenn wir eine nummernweise Abstimmung vorschlagen, den Bekenntnissen, denen man folgen kann, zu folgen.

Ich nehme einmal irgendeinen Punkt heraus, Punkt 3:

„Der Landtag verurteilt jegliche Gewalt und den enormen Anstieg der Gewalttaten gegenüber Geflüchteten ...“.

Dagegen zu stimmen, wäre doch erbärmlich.

Sie haben gesagt, Sie wollen kein klares Bekenntnis gegen die AfD. Das ist bedauerlich. Das kann man rechtssystematisch sicherlich so vertreten, wie Sie das gemacht haben.

Ich halte diesen Punkt politisch - wir sind auch ein politischer Raum - für hochgradig wichtig. Aber ich akzeptiere es, wenn Sie sagen, dass das ein Punkt sei, über den Sie nicht springen könnten.

Zu den anderen Punkten habe ich bisher gerade von der CDU nur die Argumente gehört, ein Beschluss darüber sei eigentlich nicht nötig oder löse die Probleme nicht. Natürlich löst eine **Resolution** nicht alle Probleme dieser Welt; das ist doch klar. Aber wir haben in den vergangenen Jahren zu Recht schon viele Resolutionen verabschiedet: für Frieden, für Freiheit, gegen sexuelle Diskriminierung und - zum Glück! - auch schon gegen Rechtsextremismus. Warum, meine Damen und Herren von CDU und FDP, können Sie den heutigen Beschluss nicht als gemeinsames **Zeichen dieses Landtags** anerkennen? Ich kann Ihre Haltung, ehrlich gesagt, noch nicht verstehen und finde sie sehr bedauerlich. Aus welchem politischen Grund können Sie dem Antrag heute nicht zustimmen?

Wir haben es vielleicht versäumt, Ihnen den Text formell vorab zuzuschicken. Ich kann nachvollziehen, dass Sie darüber sauer sind. Herr Günther, wir hatten aber vorher darüber gesprochen, ob die CDU sich anschließen könne. Sie haben gesagt, Sie wollten darüber noch in Ihrer Fraktion beraten - zu Recht. Es war unser Fehler - ich gestehe ihn ein;

(Eka von Kalben)

das sage ich auch in Richtung der FDP -, dass wir sie nicht formell gefragt haben. Aber ich appelliere an Sie, im Sinne der Sache zumindest Teilen des Antrags zuzustimmen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Daniel Günther von der CDU-Fraktion.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt muss ich leider Frau Abgeordnete Eka von Kalben direkt ansprechen, weil sie mich ja auch angesprochen hat. Ich hoffe, das wird mir nachgesehen. - Uns nützt die Theatralik, mit der Sie plötzlich an uns appellieren, heute zuzustimmen, überhaupt nichts.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wessen Theatralik? Meine? Das war kein Theater! Das war sehr ernst gemeint!)

Wir haben uns zwar einmal kurz darüber unterhalten, als der Antrag vorgelegen hat. Aber wenn es Ihnen ernsthaft darum gegangen wäre, dass der Landtag heute wirklich ein **gemeinsames Bekenntnis** abgibt, dann hätte Ihr erster Weg sein müssen, vor der **Formulierung des Antrags** mit allen Fraktionen dieses Parlaments darüber zu sprechen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir können zwar die Debatte verlängern und uns über einzelne Formulierungen unterhalten. Aber ich finde, dass Herr Kollege Wolfgang Kubicki schon klar und konkret definiert hat, welche Punkte des Antrags aus unserer Sicht nicht zustimmungsfähig sind.

Unser Ansatz ist - das haben wir in der Debatte deutlich gemacht, und dazu stehen wir auch -: Es nützt uns überhaupt nichts, wenn wir, der Schleswig-Holsteinische Landtag, Beschlüsse fassen, in denen wir unseren Wunsch zum Ausdruck bringen, dass die AfD klein bleiben möge. Wir müssen Politik für die Menschen machen. Wir müssen die Flüchtlingsfrage in unserem Land lösen. Dadurch machen wir die AfD klein.

(Beifall CDU und FDP - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Daniel Günther [CDU]:

Herr Dr. Stegner, ich lasse keine Zwischenfrage zu. - Wir haben unsere Auffassung deutlich gemacht. Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil wir es für ein falsches Signal halten, hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag so zu beschließen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ich sehe, wie die Abstimmung ausgehen wird - nicht alle Fraktionen werden zustimmen -, ist es mir wichtig, noch einmal auf Folgendes hinzuweisen: Ich bin der Überzeugung, dass alle Abgeordneten, die dazu gesprochen haben, gute Argumente für die Bekämpfung von Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus vorgetragen haben. Diese Argumente sollten wir mitnehmen. Ich bin immer noch zutiefst davon überzeugt, dass wir trotz aller Schwierigkeiten, die wir anscheinend an dem heutigen Tag haben, alle Demokraten sind. Das Parlament als Ganzes, aber auch jede hier vertretene Fraktion und jede Partei stellt sich gegen Rechtsradikalismus und gegen jede sonstige Form von Radikalismus. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Von dieser Überzeugung lasse ich mich auch nicht abbringen.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich nun Herrn Ministerpräsidenten Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Irgendetwas in der öffentlichen Debatte in Deutschland läuft anscheinend falsch. Wir als Gesellschaft haben es im vergangenen Jahr hinbekommen, **1 Million Menschen** in unser Land **aufzunehmen** - ohne dass es zu großen politischen Verwerfungen gekommen ist, ohne dass unsere Wirtschaft zusammengebrochen ist, ohne dass unsere

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Schulen nicht mehr wissen, wie sie Unterricht abhalten sollen, ohne dass es zu großen Aufständen gekommen wäre. Es ist nicht so, dass es keine Probleme gegeben hätte; es gab und gibt viele Probleme. Aber gemessen an der Größe der Herausforderung hat diese Gesellschaft auf eindrucksvolle Weise gezeigt, dass sie der Aufgabe gerecht geworden ist - als eine der wenigen Gesellschaften in Europa.

Dies müsste eine große Zeit für die **Parteien** sein, die für diesen Staat stehen. Das sind die Parteien, die in diesem Hohen Hause vertreten sind und debattieren. Diese Parteien müssten eigentlich an **Zuspruch in der Bevölkerung** gewinnen, weil sie zeigen, dass sie - bei allem Streit im Detail - Antworten geben können und sich weder verstecken noch in irgendeinen populistischen Unsinn fliehen. Wir müssten also erleben, dass die Volksparteien, die kleinen wie die großen, großen Zuspruch von der Bevölkerung erhalten.

Tatsächlich erleben wir, dass meine Partei in **Umfragen** vor den **Landtagswahlen** dramatisch verliert. Aber davon profitiert die Union nicht, und auch andere in diesem Parlament vertretene Parteien haben kaum Vorteile davon. Dagegen steigt eine Partei, die wir alle hier im Parlament nicht haben wollen, in den Umfragen auf hohe zweistellige Werte. Was genau läuft also schief in der Debatte in unserem Land?

Trotz aller Probleme, die wir zweifellos haben, können wir insgesamt doch eine Erfolgsgeschichte erzählen. Unsere Gesellschaft leistet etwas, was sie sich noch vor einem Jahr im Leben nicht zugetraut hätte.

Ich möchte das Problem festmachen an der **Herausforderung**, die heute schon formuliert wurde und um die es scheinbar geht - Herr Günther hat es auch schon gesagt -: Wir müssen die **Flüchtlingsfrage** lösen. Das erwarten die Menschen von uns.

Wenn wir diese Frage falsch unterlegen und fragen, was die Flüchtlingsfrage eigentlich ist, dann - davon bin ich zutiefst überzeugt - bereiten wir das Feld für unsere Niederlage, für die Niederlage der Demokraten. Wenn die Flüchtlingsfrage tatsächlich wäre, wie es uns nachhaltig gelingt, dass nicht 1 Million, sondern nur noch 200.000 Menschen zu uns kommen, und wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern zeigen müssen, dass es nur noch diese 200.000 sein werden, dann werden wir an dieser Fragestellung scheitern. Denn es ist schlicht so - das wissen wir alle, die wir hier sitzen und diskutieren -, dass wir als Gesellschaft diese Antwort auf

diese Frage nicht geben können. Die Antwort hängt nämlich davon ab, ob in Syrien Frieden herrscht, ob die humanitäre Situation in den jordanischen, libanesischen und irakischen Lagern akzeptabel ist und ob es europäische Solidarität gibt. Nicht beantwortet wird die Frage durch die Asylpakete I, II und III - oder welche Ordnungszahlen noch folgen werden. Wir wissen das, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich beteilige mich an den Debatten, aber insbesondere an der Suche nach Lösungen. Auch wenn ich nicht jeden einzelnen Punkt für richtig halte, wird das **Asylpaket II** nächste Woche den Bundesrat passieren. Es ist übrigens, wie Sie alle wissen, kein Zustimmungs-, sondern ein Einspruchsgesetz. Deswegen bedarf es auch nicht der Zustimmung des Landes Schleswig-Holstein. Alle Ministerpräsidenten haben in der Runde bei der Bundeskanzlerin zugesichert, nicht den **Vermittlungsausschuss** anzurufen, obwohl viele Punkte im Detail von uns nicht mitgetragen werden können. Voraussetzung ist, dass das, was der Bundesinnenminister vorlegt, dem entspricht, was wir in der Runde vereinbart haben.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Es war jedenfalls so, dass man das gestern nicht hätte zurechtweisen müssen.

Wir haben Streit über die Frage der Erweiterung der Liste der **sicheren Herkunftsstaaten**; eine solche Regelung wäre zustimmungsbedürftig. Darüber wird im Sommer zu entscheiden sein. Die Aussage zu dieser Frage lautet: Wenn der Bundesaußenminister etwas vorlegt, was auch für die Koalitionsländer zustimmungsfähig ist, dann wird es wahrscheinlich auch die Mehrheit der rot-grünen Länder bekommen. Bisher ist nichts vorgelegt, was zustimmungsfähig ist, sodass nicht einmal das schwarz-grüne Land Hessen wird zustimmen können.

Die Debatte, die wir in diesem Zusammenhang führen, dreht sich um sehr wenige Menschen. Diese Debatte dreht sich um 30.000 Menschen aus den Maghreb-Staaten.

Wir hingegen diskutieren nun über 1 Million Menschen, die zu uns kommen. Bei 1.700 Menschen ringen wir um den Familiennachzug; das wiederum sind lediglich 1.700 Menschen von 1 Million, über deren Bedeutung wir für dieses Land nachdenken.

Was glauben Sie, welchen Eindruck die Menschen bekommen, wenn wir ihnen als relevante Flüchtlingsfrage nennen: Wie kann die Zahl der Flüchtlin-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

ge reduziert werden? Es gehe demnach darum, von einem Zuzug von 1 Million Menschen auf einen Zuzug von 200.000 zu gelangen. Wir diskutieren hier nun aber über eine Fallgröße von 1.700. Dann stellen wir nach Beschließen des Asylpakets II - unabhängig davon, ob es richtig oder falsch ist - fest: Wie über Anträge von 1.800 Menschen entschieden wird, ändert nichts am Gesamtzuzug. Die Menschen werden enttäuscht zurückweichen und sagen: „Die Politiker beantworten die selbstgestellte Frage nicht.“ Die Frage muss aber beantwortet werden. Man muss auch über solche Fragen reden.

Wir könnten es zur Flüchtlingsfrage machen, diese Menschen zu integrieren. Wenn wir das können und dadurch Vorbild für Europa werden, dann können wir wie keine andere Gesellschaft auf dieser Welt zeigen: Wir können die Flüchtlingsfrage mit Ja beantworten, meine Damen und Herren, weil wir die Menschen integrieren können. Wir zeigen das dieser Tage an dieser Stelle in diesem Land an so vielen Orten.

Wir stellen die falsche Frage. Die Menschen bekommen jeden Tag von uns gesagt, wir müssten den Zuzug auf 200.000 Menschen reduzieren, sonst breche Deutschland zusammen. Was sollen die Menschen denn dann tun? Das ist die Frage von Volksparteien, auch von meinen Parteikollegen in Berlin. Die Menschen verlieren den Glauben an uns, wenn wir ihnen nicht beschreiben, welchen Erfolg wir gerade bei den Einzelfragen im Detail haben. Was sollen die Menschen noch glauben, wenn wir unsere eigene **Aufgabenstellung** unterlaufen? Über unsere Erfolge weigern wir uns, als politische Klasse zu reden. Jeden Tag lese ich hingegen in der Zeitung, dass dieses Land zusammenbricht, wenn nicht bald irgendetwas passiert.

Ich prognostiziere: Das Asylpaket II - es wird nächste Woche beschlossen - wird an der Frage, ob sich eine weitere Million Menschen aus Syrien, aus den zusammenbrechenden Strukturen, auf den Weg machen, nichts, aber auch gar nichts ändern, weil es das Asylpaket II nicht vermag.

Ob unsere österreichischen Freunde täglich nur noch 80 Asylanträge bescheiden, wird an der Frage, ob die Menschen flüchten, überhaupt nichts ändern. Ob wir aber in der Lage sind, internationale **Solidarität zu organisieren**, ob wir die **Bundeskanzlerin** dabei unterstützen, mit aller Kraft **Erfolg** in Europa zu haben, ob wir Deutschland dazu bringen, Vorbild bei der Ausstattung internationaler Lager in Jordanien und im Libanon zu sein, das kann Antworten auf die Frage geben, wie viele Menschen flüchten.

Lassen Sie uns endlich beginnen, die Menschen, die zeigen, dass wir auf die Flüchtlingsfrage eine Antwort haben, in den Mittelpunkt zu stellen. Wir können die Frage lösen. Ich war vorgestern in der Wik und habe Franny Petersen-Storck, Lavanya Boesten und Ingeborg Achse sowie vielen anderen die kleine Plakette „Schleswig-Holstein hilft“ überreicht. Das sind drei Beispiele dafür, dass wir die Flüchtlingsfrage lösen. Menschen machen sich auf den Weg, streichen ein altes Haus an, sorgen dort für Wärme, Herzlichkeit, Zuwendung und machen Integration im Alltag erlebbar. Diese Menschen lösen die Flüchtlingsfrage.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wenn wir über diese Menschen nicht beginnen zu berichten, meine Damen und Herren, und diese stärker in den Mittelpunkt unserer Debatte zu stellen, dann werden wir eine Niederlage erleben und unsere eigenen Gräber schaufeln.

Nichts wird kleingeredet. All die Probleme sind vorhanden. Aber das eigentliche Problem wird nicht hier im Landtag, wird nicht im Bundestag entschieden, sondern ist eine verrückt gewordene, zusammenbrechende Welt.

Den Menschen vorzugaukeln, wir hätten eine Antwort über ein Asylpaket, ist töricht. Denn die Menschen werden erleben, dass wir diese nicht haben. Dann folgen sie irgendwelchen Rechtspopulisten mit leichten Antworten.

Wir werden nicht verhindern können, dass es in unserer Welt Rassisten gibt. Diese gibt es in jeder aufgeklärten Gesellschaft. Wir müssen das als Demokraten ertragen und uns gegen diese mit aller Härte wenden. Wir können nur bei denjenigen werben, die anfällig sind, diese zu wählen. Wir können diesen die richtige Geschichte erzählen, von unseren richtigen Erfolgen berichten.

Sind folgende die richtigen Fragen: Bricht Deutschland gerade zusammen? Versagen wir gerade? - Ich sage Ihnen: Nein. Wir müssen einen großen **Aussagesatz** machen: Deutschland zeigt gerade - wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg - seine Stärken. Deutschland zeigt gerade, wofür Deutschland in Europa da ist, nämlich zu zeigen, dass man internationale Solidarität leben kann.

Wenn wir diese Geschichte nicht erzählen, dann ist all das, was wir gegen die AfD erzählen, völlig sinnlos. Lassen Sie uns endlich die richtige Geschichte erzählen. Dann werden wir auch Erfolg haben. - Danke.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung. - Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3880, abstimmen. Wer diesem seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist gegen die Stimmen der Piratenfraktion der vorliegende Änderungsantrag mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Antrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache, 18/3827. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie der Piratenfraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten der FDP- und CDU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW sowie PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir gemeinsam eine weitere Besuchergruppe auf der Tribüne, und zwar die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Kronshagen sowie des Gymnasiums Elmschenhagen aus Kiel. - Herzlich willkommen im Kieler Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Stand und Fortführung der Exzellenzinitiative

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3835

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich erteile nun für die Landesregierung der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Frau Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich über die Gelegenheit, Ihnen heute zu berichten. Ende Januar hat die internationale **Expertenkommission Exzellenzinitiative** zur Förderung der universitären Spitzenforschung unter dem Vorsitz von Herrn Professor Dieter Imboden ihren **Endbericht** vorgelegt. Das ist ein guter Anlass, über die Bilanz und weitere Perspektiven der Initiative zu sprechen.

Die Exzellenzinitiative hatte bekanntlich das Ziel, die deutschen Universitäten für den schärfer werdenden nationalen, vor allem aber auch internationalen Wettbewerb zu stärken - mit Erfolg. Die Kommission bilanziert einen **tiefgreifenden Veränderungsprozess der bundesdeutschen Hochschul- und Forschungslandschaft**.

Heute ist Konsens, meine Damen und Herren, Hochschulen gezielt in den Bereichen, in denen sie ihre Stärken haben, zu fördern und weiter auszubauen. Es ist inzwischen selbstverständlich, hochschulübergreifend mit anderen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammenzuarbeiten. Das ist außerordentlich zu begrüßen. Ohne Spezialisierung, ohne Bündelung und ohne Vernetzung von Kompetenzen ist Spitzenleistung nicht möglich.

Auch hochschulintern hat die Exzellenzinitiative viel bewirkt. Fächer, die früher keinen Austausch untereinander pflegten, arbeiten heute miteinander und erweitern so das Spektrum ihrer Erkenntnis. Davon profitieren nicht nur die geförderten Leuchtturmprojekte sondern auch die Universitäten insgesamt. All dies ist auch für Schleswig-Holstein festzustellen.

Die beiden Exzellenzcluster „**The Future Ocean**“ an der CAU sowie „**Inflammation at Interfaces**“ an den Universitäten Lübeck und Kiel integrieren wissenschaftliches Potenzial in einer Breite und Tiefe, die vor der Exzellenzinitiative nicht vorhan-

(Ministerin Kristin Alheit)

den waren. Geballte universitäre Spitzenforschung - Ähnliches ist auch für die Graduiertenschule **Human Development in Landscapes** zu sagen. Sie hat eine enge universitäre und außeruniversitäre Kooperation generiert und die Geisteswissenschaften an der CAU erheblich gestärkt.

Auch **finanziell** ist die Exzellenzinitiative für Schleswig-Holsteins Wissenschaftslandschaft ein Riesengewinn. Für die bisherigen Projekte der Exzellenzinitiative von 2006 bis 2017 sind insgesamt 160 Millionen € bewilligt worden, ein Viertel davon durch Kofinanzierung durch das Land. Der Wert dieser Mittel und ihre Wirkung können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Imboden-Kommission ist in ihrem positiven Urteil über die Exzellenzinitiative daher vollständig zuzustimmen.

Nun geht es darum, das **Folgeprogramm** zu gestalten. Lassen Sie mich daher etwas zu den von der Imboden-Kommission gemachten Vorschlägen sagen: Während die aktuelle Exzellenzinitiative aus drei Förderrichtlinien besteht, den Graduiertenschulen, den Exzellenzclustern und den Zukunftskonzepten, empfiehlt die Kommission eine Reduktion auf zwei Förderlinien. Für die sehr erfolgreichen Graduiertenschulen empfiehlt die Kommission eine Integration in das Programm der Graduiertenkollegs des DFG.

Im Rahmen der vorgeschlagenen Weiterentwicklung des Programms zu Exzellenzclustern zur Förderrichtlinie A schlägt die Kommission vor, die Beteiligungsmöglichkeiten kleiner Fachgebiete zu erweitern und damit deren Chancen zu erhöhen. Ich kann sagen, das begrüße ich als Wissenschaftsministerin, und das begrüßt die Landesregierung ausdrücklich, zumal es der regional breiten Verteilung von wissenschaftlicher Exzellenz in Deutschland wirklich entspricht.

(Vereinzelter Beifall SPD, Beifall Uli König [PIRATEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Gänzlich neu wäre die Förderlinie B, die sogenannten Exzellenzprämien, die an die Stelle der bisherigen Zukunftskonzepte treten sollen. Hier schlägt Imboden eine für alle Universitäten gleich hohe Jahresprämie in Höhe von 15 Millionen € vor, sozusagen für die Top Ten der deutschen Universitäten, deren Leistungsfähigkeit im Rahmen eines noch zu definierenden Verfahrens zu entwickeln ist. Es ist wichtig, dass im Rahmen der Förderrichtlinie B Aspekte des Wettbewerbs ebenso zum Tragen

kommen wie die Anforderung von Konzepten für die zu vergebenden Fördermittel.

Das Herzstück dieses Nachfolgeprogramms sollen die Exzellenzcluster II sein. Hier ist aus meiner Sicht wichtig, zu einer deutlich höheren Anzahl von geförderten Clustern zu kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein nur scheinbarer Nebenaspekt hat für das weitere Verfahren besondere Bedeutung, nämlich der Vorschlag der Kommission zur **Zeitplanung**. Vorgesprochen wird nach Auslaufen der bisherigen Exzellenzinitiative Ende 2017 eine zweijährige Übergangsfrist. In ihr können das Nachfolgeprogramm ausgeschrieben, das neue Bewerbungsverfahren durchgeführt und der Start der Projekte im Nachfolgeprogramm gut vorbereitet werden. Dies erlaubt ein geordnetes Verfahren und gibt den Hochschulen Planungssicherheit und Zeit, um ihre Projekte entsprechend aufzustellen. Ein Hauruckverfahren würde dem Anspruch, exzellente Wissenschaft zielgerichtet zu fördern, nämlich nicht gerecht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weiter sollte ein zweistufiges Ausschreibungsverfahren vorgeschlagen werden, um Ressourcen in den Universitäten und bei der Entscheidung zu schonen. Auch das erfordert eine entsprechende Übergangszeit, für die ich mich auch in den ausgesprochen intensiven Bund-Länder-Verhandlungen stark mache.

Es ist klar, wir wollen bestmögliche Rahmenbedingungen für unsere Universitäten und deren Partnerinstitutionen. Wir erwarten, dass alle 43 jetzt geförderten Exzellenzcluster erneut ins Rennen gehen, und weitere Initiativen werden natürlich hinzukommen, auch in Schleswig-Holstein. Das bedeutet einen noch härteren Wettbewerb.

Die Landesregierung unterstützt die Universitäten hier bei uns nach allen Kräften. Zur Anschubfinanzierung der Neuanträge haben wir aus dem Struktur- und Exzellenzbudget insgesamt rund 10,2 Millionen € bereitgestellt, ein Drittel davon ist bereits geflossen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum weiteren politischen Verfahren: Geplant ist im Rahmen der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz am 22. April 2016 ein Beschluss über die konkrete Ausgestaltung dieses Bereichs, sodass die Bundesregierung und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten im Juni 2016 eine entsprechende

(Ministerin Kristin Alheit)

Verwaltungsvereinbarung unterzeichnen können. Ich bin trotz der großen Konkurrenz sehr optimistisch, dass Schleswig-Holstein im Rahmen der Exzellenzinitiative II seine Spitzenstellung weiter wird geltend machen können. Wir werden die Hochschulen dabei weiter nach Kräften unterstützen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Martin Habersaat von der SPD-Fraktion.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt ja Menschen, die halten die SPD für eine leistungsfeindliche Gleichmacherpartei. Einer der vielen Beweise des Gegenteils ist die **Exzellenzinitiative**. Es geht dabei um Wettbewerb, es geht um Spitzenleistungen, es geht um den Forschungsstandort Deutschland, und diese Initiative kam von der SPD.

Diese Initiative der ehemaligen Wissenschaftsministerin Edelgard Bulmahn wurde jetzt **evaluiert**. Eine Kommission um Dieter Imboden hat Empfehlungen für die Zukunft entwickelt. Die Verkündung wurde von manchen mit Spannung erwartet. Sie hat nun aber in der Tat weniger letzte Wahrheiten, dafür aber viele interessante Diskussionsanreize zur Wissenschaftsorganisation enthalten.

Es sind Befunde, die zehn Professorinnen und Professoren, ganz überwiegend aus dem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich, zu Papier gebracht haben. Ein interessanter Randaspekt: Die Geisteswissenschaften waren durch eine Althistorikerin vertreten, deren Forschungsschwerpunkt aber auch technikaffin ist, weil sie sich mit Textilien in der Antike befasst. Diese Zusammensetzung macht mich als Historiker ein bisschen argwöhnisch, weil ich immer eine gewisse Sorge habe, dass die Geisteswissenschaften von den MINT-Fächern kannibalisiert werden.

Die **Presseerklärung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz** vom 29. Januar 2016 stellt zur Imboden-Kommission fest: Exzellenzinitiative - erfolgreich. Aber bildet sich das in dem Bericht tatsächlich ab? - Teilweise. Der Bericht analysiert den Einfluss der Exzellenzinitiative auf die nach Ansicht der Kommission sogenannten Baustellen und kommt zu differenzierten Ergebnissen. Zu der Fra-

ge von universitärer Differenzierung nach Wissenschaftsbereichen und Forschungsqualität: Hier gibt es keinen nachweisbaren Effekt durch die Exzellenzinitiative. Zu Governance, also zu effizienten Strukturen an den Hochschulen: Hier sagt die Kommission: Eine abschließende Beurteilung der Wirkung der Exzellenzinitiative ist noch nicht möglich. Zu Studierendenzahlen und Qualität der Lehre: Hier gibt es kaum Verbesserungen. Zu wissenschaftlichem Nachwuchs: Hier ist die Situation inklusive der Beteiligung von Frauen insgesamt nicht nennenswert verbessert.

Aber immerhin, es gibt auch Positives. Ich hoffe, Sie würdigen, dass ich auch hart mit einer SPD-Initiative ins Gericht gehe. Zu der Frage des Einbetrens der Universitäten in das Wissenschaftssystem: Das hat geklappt. Die Internationalisierung hat auch geklappt. Die Exzellenzinitiative hat dazu beigetragen, dass deutsche Forschung international sichtbarer wurde und viele exzellente Forschungsbereiche deutlicher als zuvor ans Licht getreten sind.

Insgesamt ist dies eine Bilanz mit Licht und Schatten. Daraus sollte die Schlussfolgerung nicht sein, auf eine **Exzellenzinitiative II** zu verzichten, sondern sie muss sein, sie künftig besser zu gestalten. Dabei müssen die Kriterien, die die Imboden-Kommission angelegt hat, nicht zwingend sklavisch befolgt werden. Wichtig wäre aus meiner Sicht, künftig neben der Spitze die Breite nicht aus den Augen zu verlieren. Ich finde den Ansatz richtig, künftig eher zu regionalisieren und weniger die einzelne Hochschule an sich im Auge zu behalten. Ich finde es auch wichtig, dass wir neben der Forschung auch die Lehre im Auge behalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist nicht unsere Wissenschaftspolitik, in der künftigen Universität als unternehmerisch denkender und handelnder Institution die Beseitigung gewisser kollegialer Entscheidungskulturen durchzusetzen. Das ist eine Formulierung aus dem Bericht. Es ist interessant, dass ausgerechnet eine Schweizer Kommission so einen Gesslerhut aufstellt.

Die Bundestagsfraktionen von SPD und CDU haben sich entschieden, in den kommenden zehn Jahren jeweils 400 Millionen € für eine Exzellenzinitiative bereitzustellen. Die Kommission wünscht sich 500 Millionen €; wer täte das nicht?

Frau Alheit hat es angesprochen: Des Weiteren empfiehlt die Kommission eine Übergangsphase. Diese halten wir auch für sinnvoll. Ich hoffe, das wird künftig abgesprochen.

(Martin Habersaat)

Gut ist auch der Ansatz - ich sagte es schon -, Forschungscluster künftig stärker in Regionen zu denken. Gut ist der Ansatz, Förderperioden künftig zu verlängern. Gut ist auch die Idee, flexibler in der Höhe der Förderung zu werden, um so mehr streuen zu können. Ich hoffe, dass der Ansatz mitdenkt, dass forschungsstarke Fachhochschulen eines Tages auch ein Stück vom Glanz abbekommen können. Nichts abbekommen würde Schleswig-Holstein vermutlich aus der zweiten Förderlinie, die sich mit den Top-Ten-Universitäten Deutschlands befassen soll und die auf Grundlage gezeigter Leistungen in der Vergangenheit ausgezeichnet werden.

Die schleswig-holsteinischen Hochschulen leisten eine gute und erfolgreiche Arbeit, besonders auch mit unseren Exzellenzclustern. Ich befürchte aber, dass die Hochschulen als Ganzes noch nicht zu den Top Ten in Deutschland gehören werden.

Die dritte Säule, die **Graduiertenschulen**, soll zumindest aus der Exzellenzinitiative herausgenommen werden. Ich hoffe auch da, dass es uns gelingt, etwas abzusprechen, nämlich dass sich die DFG dieser Schulen annimmt, gerade weil in Schleswig-Holstein auch die Geisteswissenschaften in dieser Säule gefördert werden.

Fazit: Die Exzellenzinitiative hat unter dem Strich ungefähr 3 % der finanziellen Mittel im Hochschulbereich bewegt. Für diese 3 % konnte aber eine Menge bewegt werden, auch was Teamgeist an den Hochschulen angeht. Künftig kann es noch besser werden, und daran wollen wir gern mitarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Ich hatte gerade vergessen, Ihnen mitzuteilen, dass jede Rednerin und jeder Redner jetzt noch 7 Minuten Redezeit hat. Das haben wir gerade auch schon bei Martin Habersaat so gehandhabt. Das liegt daran, dass die Frau Ministerin die vereinbarte Redezeit etwas überzogen hatte.

Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Volker Dornquast von der CDU-Fraktion das Wort.

Volker Dornquast [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schönen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition für den Berichtsantrag zu diesem wichtigen und aktuellen Thema, und schönen Dank an die Regierung

für den gegebenen Bericht. Sie greifen damit unter anderem auch meine Kleine Anfrage von Juli 2015 auf, in der ich die Landesregierung zum Thema Forschung und zum Thema **Finanzmittel für Forschung und Entwicklung** in Schleswig-Holstein befragt hatte. Aus der damaligen Antwort ergeben sich die Hochschulen und die Forschungseinrichtungen, die mit ihren exzellenten Projekten Anteil an der Förderung aus der Exzellenzinitiative haben, wie die Universitäten in Kiel und Lübeck, das GEOMAR-Helmholtz-Zentrum und das Leibniz-Zentrum Borstel.

Mit diesen Projekten beweist die Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein, dass sie in der obersten Liga mitspielen kann. Darauf können wir alle stolz sein.

Die 2005 ins Leben gerufene und 2006 begonnene **Exzellenzinitiative** hatte das Ziel und hat dieses Ziel natürlich auch immer noch, in Kooperation des Bundes und der Länder die Forschung mit beachtlichen Finanzmitteln zu stärken. Herausragende Forschungsprojekte sollten sichtbar gemacht und mit der Förderung der Wissenschaftsstandort Deutschland insgesamt gestärkt werden. Dieses ist in den zehn Jahren des Bestehens auch dank der geförderten Forschungseinrichtungen und ihrer Leistungen gelungen. Schleswig-Holstein kann Spitzenforschung.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

- Danke, das ist genau richtig.

Das Land stellte von 2006 bis 2012 immerhin 22,5 Millionen € bereit. So war es dann quasi auch ein Selbstgänger, dass nach der ersten Förderphase von 2006 bis 2012 eine Fortsetzung vereinbart wurde. Der damalige Wissenschaftsminister Jost de Jager hat das ja für Schleswig-Holstein damals vorangetrieben.

Das, was sich bis heute bewährt hat - das stellt der Evaluationsbericht der international besetzten Kommission ausdrücklich fest -, muss natürlich über das Jahr 2017 hinaus seine Fortsetzung finden. 2016 ist deshalb das Jahr, in dem diesbezüglich endgültige Sicherheit geschaffen werden muss. Ob mit Veränderungen oder durch Fortführung in der bisherigen Form, muss die weitere Diskussion zeigen.

Bisher beteiligte, aber natürlich möglicherweise auch neue geeignete **Einrichtungen** müssen jetzt die notwendige **Sicherheit** haben, um alles vorzubereiten. Dies braucht Zeit. Je früher politisch entschieden wird, desto größer ist die Chance, sich in-

(Volker Dornquast)

tensiv vorzubereiten, und damit eröffnet sich wiederum die Chance, dabei zu sein.

Die grundsätzliche Einigung zwischen Frau Bundeskanzlerin Merkel und dem Ministerpräsidenten liegt in dieser Frage bereits vor. Jetzt kommt es natürlich auf die Details der Vereinbarung an.

In den Verhandlungen mit den anderen Ländern und dem Bund reicht es natürlich nicht, wie es bei dieser Regierung immer wieder üblich ist, nur zu rufen: „Lieber Bund, bezahle!“. Vielmehr muss das **Land** seine Bereitschaft offen signalisieren, auch selbst mit seinen Anteilen dabei zu sein. Das ist, glaube ich, ausreichend geschehen. Aber besser wäre es, dies mit erhöhten **Eigenmitteln** zu tun. Darüber ist ja auch schon gesprochen worden. Auch die CDU-Fraktion ist dazu aus Überzeugung bereit.

Es muss Stellung bezogen werden - Sie haben dies zum Teil auch getan, Frau Ministerin -, wenn es darum geht, wie wir mit den **Ergebnissen der Evaluation** umgehen wollen. Ich hätte dieses Gutachten natürlich auch gern als offizielle Drucksache für den Landtag gesehen.

Ich frage noch einmal: Ist die Höhe der jetzigen Förderung wirklich ausreichend? Ich meine, nein. Es muss hier etwas geschehen, um auch keinen zu starken Verdrängungswettbewerb von den bisher geförderten Einrichtungen zu bekommen.

Wie kann es gelingen, auch die notwendige **Dynamik** in der **Spitzenforschung** zu erhalten? Denn es darf natürlich nicht darum gehen, in dieser Förderung allein eine Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen zu sehen, sondern diese Mittel sollen ganz gezielt neue Impulse bei der Forschung setzen. Sie sind also quasi on top auf die normale Grundfinanzierung.

Ist der vorgeschlagene **Wegfall der Graduiertenschulen** akzeptabel? Die Kommission hat es ja begründet. Ich kann dieser Begründung durchaus ein bisschen etwas abgewinnen, um es ganz ehrlich zu sagen. Aber es ist trotzdem eine Grundsatzfrage, die wir, um die Stellung des Landes Schleswig-Holstein dazu zu bekommen, auch entsprechend im Ausschuss diskutieren sollten.

Auch die Frage, wie wir mit der neuen Förderperiode umgehen wollen, ob wir den Vorschlag der Kommission aufgreifen wollen, eine Verlängerung der jetzigen Förderperiode um zwei Jahre zu akzeptieren und zu unterstützen, ist eine gute Idee, um dann im Jahr 2019 mit der neuen Förderperiode und mit den neuen Rahmenbedingungen zu starten.

Ich bitte Sie, alle diese Punkte im Bildungsausschuss weiter zu diskutieren. - Schönen Dank.

(Beifall CDU und Uli König [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir Grüne freuen uns, dass wir dieses sehr wichtige Thema heute hier im Plenarsaal beraten. Auch Ihr Redebeitrag, Herr Dornquast, hat zum Ausdruck gebracht, dass **Wissenschaftspolitik** durchaus nicht immer kontrovers sein muss, sondern dass man an der Sache orientiert auch gemeinsam Erfolge für unsere Hochschulen erzielen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das Gutachten von Professor Imboden ist auch aus unserer Perspektive eine sehr gute Grundlage dafür. Es geht darin nicht nur um die **Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative**, sondern es enthält auch viele **Handlungsempfehlungen** zur grundsätzlichen Entwicklung für unsere Hochschul- und Wissenschaftslandschaft. Das begrüßen wir ausdrücklich, weil wir glauben, dass wir diese Debatte in unserem Land brauchen.

Die Ergebnisse sind aus unserer Sicht kein Blankoscheck für die Debatte, die auf Bundesebene geführt wird, nur einige wenige große Bundesuniversitäten zu fördern und sich um den Rest nicht zu kümmern. Eher das Gegenteil ist richtig: Die Diskussion um eine Zweiklassengesellschaft im Hochschulbereich sollte ein für alle Mal - auch mit den Ergebnissen dieses Gutachtens - beendet werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir Grüne unterstützen die **Fortführung der Exzellenzinitiative** und wünschen uns sehr starke Bewerbungen aus Schleswig Holstein, vor allem natürlich von der Christian-Albrechts-Universität hier in Kiel.

Ein wichtiges Ergebnis des Gutachtens ist die zentrale Bedeutung von Kooperationen für exzellente Forschung. Erst durch das Bündeln der unterschiedlichen Stärken der Wissenschaftseinrichtungen ent-

(Rasmus Andresen)

steht exzellente Wissenschaft, so das Gutachten. Diese Auffassung teilen wir Grüne. Wir glauben, dass unsere Wissenschaftslandschaft im Land dafür sehr gute Anknüpfungspunkte bereithält.

Die **Exzellenzcluster** - die Kollegen sind darauf schon eingegangen -, die es in unserem Land gibt, sind dafür gute Beispiele. Beispielsweise kooperiert die Kieler Christian-Albrechts-Universität beim Exzellenzcluster Future Ocean nicht nur mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem GEOMAR und dem Institut für Weltwirtschaft, sondern beispielsweise auch mit der Muthesius Kunsthochschule.

Auch beim Exzellenzcluster Entzündungsforschung gibt es Kooperationen. Die Christian-Albrechts-Universität ist zusammen mit der Universität Lübeck und anderen außeruniversitären Forschungseinrichtungen auch wieder mit dabei.

Wir finden es gut - um die Frage für die Grünen schon einmal zu beantworten, Herr Kollege Dornquast -, dass die Imboden-Kommission eine zwei-jährige **Verlängerung** vorgeschlagen hat.

Dadurch wird Zeit geschaffen, eine **neue Struktur** im Bereich der Wissenschaftspolitik auf den Weg zu bringen.

Das Gutachten sagt auch, dass in der neuen Phase der Exzellenzinitiative nicht einfach alte Initiativen weiter gefördert werden sollen, sondern dass **neue Ideen** entstehen müssen. Auch das finden wir Grüne richtig.

Es ist auch richtig, nicht immer nur darauf zu setzen, dass Universitäten immer wieder neue Zukunftskonzepte schreiben und einreichen müssen, um gefördert zu werden. Vielmehr schaut man sich nun auch einmal die **Umsetzung von Zukunftsprojekten** in der Vergangenheit an. Deswegen unterstützen wir auch diesen Ansatz.

Gleichzeitig spricht sich das Gutachten für **Durchlässigkeit** aus. Es ist nicht so, dass einmal zehn Universitäten bestimmt und danach immer gefördert werden, sondern in dem Gutachten kann man auch davon lesen, dass es um Durchlässigkeit geht. So haben Hochschulen auch die Möglichkeit, im System aufzusteigen.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass Herr Professor Kipp, der Präsident der Christian-Albrechts-Universität, dies auf dem gestrigen parlamentarischen Abend mit den freien Berufen zum Ausdruck gebracht hat. Außerdem hat er sich sehr positiv zu beiden Phasen der Exzellenzinitiative geäußert. Wir

unterstützen die CAU jedenfalls dabei, in diesem System weiter aufzusteigen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Allerdings kommt es natürlich auf die Kriterien und die Ausgestaltung an. Je nachdem, wie die Kriterien ausgestaltet sind, haben einige Hochschulen bessere Chancen als andere. So ist das immer. So ist das auch bei der Exzellenzinitiative. Ich glaube, dabei müssen wir noch ein bisschen konkreter werden. In dem Gutachten werden zwar viele Sachen angerissen, aber natürlich nicht alle Punkte bis ins Detail ausformuliert.

Interessant an dem Gutachten ist außerdem, dass wir nicht nur über **Forschungsförderung** reden, sondern auch über sehr viele **Begleitfragen**. Das Gutachten sagt, dass exzellente Forschungsförderung eigentlich nur funktionieren kann - das ist eine Lehre aus der letzten Phase der Exzellenzinitiative -, wenn man das Ganze mit Begleitmaßnahmen flankiert. Aus unserer Perspektive geht es dabei auch sehr um die Frage des wissenschaftlichen Nachwuchses. Durch die Exzellenzinitiative sind zunächst einmal mehr befristete Verträge entstanden. Das ist ganz normal, weil das befristete Projekte sind. Gleichzeitig spricht sich das Gutachten aber auch deutlich dafür aus, durch Begleitmaßnahmen mehr Stellen im Wissenschaftsbereich zu entfristen und jungen Nachwuchswissenschaftlern eine größere Perspektive zu geben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb passt es auch ganz gut, dass wir den Hochschulen über die **Grundfinanzierung** die Möglichkeit geben, in diesem Bereich tätig zu werden. Es passt auch sehr gut, dass sich Staatssekretär Fischer und Ministerin Alheit dafür eingesetzt haben, dass bei der Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auch diese Thematik angesprochen wurde. Dabei sind gute Maßnahmen umgesetzt worden. Das hätte die Große Koalition in Berlin allein nämlich nicht hinbekommen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Es ist jetzt natürlich für die SPD schwierig, wenn man die eigenen Minister im Land lobt, die Beteiligung im Bund jedoch kritisiert. Da haben wir es ein bisschen einfacher.

Gleiches gilt auch für die Frage der **Betreuerrelation**. Darüber wird wenig gesprochen. Das Gutachten spricht ausdrücklich an, dass mehr Professoren

(Rasmus Andresen)

renstellen über die Kapazitätsverordnung immer dazu führen, dass mehr Studienplätze bereitgehalten werden müssen. Dadurch kann die Qualität selten steigen. Auch das ist ein strukturelles Problem im Wissenschaftsbereich. Darüber müssen wir meines Erachtens in der nächsten Zeit eine Debatte im Land führen.

Die Kommission hat noch viele andere Anmerkungen gemacht, beispielsweise zum Thema Governance Strukturen. Die Frage der Beteiligung und die Frage, wie man an den Hochschulen durch dieses Exzellenzprojekt alle mitnimmt, sind wichtige Fragen. Damit hat die Christian-Albrechts-Universität durch breite Beteiligungsprozesse gute Erfahrungen gemacht. Im Gutachten steht dazu nichts. Vielleicht können wir im Dialog mit unseren Hochschulen dazu noch weitere Ideen entwickeln.

Die **Graduiertenschulen** sollen aus unserer Sicht bleiben. Für uns ist es sehr wichtig, dass diese nicht ersatzlos abgeschafft werden, sondern dass man zu anderen Förderstrukturen kommt. Ich freue mich, dass wir dies im Bildungsausschuss in der nächsten Woche und darüber hinaus hoffentlich mit unterschiedlichen Akteuren diskutieren können. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Rede halte ich stellvertretend für meinen erkrankten Kollegen Christopher Vogt.

Auch ich danke der Ministerin für ihren Bericht. Allerdings muss ich das ein wenig kritischer betrachten, als dies der Kollege Habersaat getan hat.

Das sogenannte Imboden-Gutachten stellt heraus, dass die **Exzellenzinitiative** das Potenzial hat, im Zuge des Wettbewerbsföderalismus positiv auf die Landeshochschulgesetze zu wirken und die institutionellen Rahmenbedingungen der Universitäten zu verbessern. Schleswig-Holstein hat es da der Exzellenzinitiative zuletzt nicht besonders leicht gemacht. Mit der **Hochschulgesetznovelle** hat die Koalition den Hochschulen in vielen Punkten leider einen Bärendienst erwiesen. Anstatt die Forschung zu stärken und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Universitäten zu verbessern, wurden

die Bürokratie ausgeweitet, neue Gremien und Beauftragte geschaffen und universitäre Entscheidungsprozesse erschwert.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Interessant fand ich die Äußerungen der Wissenschaftsministerin beim letzten Hochschulempfang der Landesregierung. Frau Ministerin, laut Presseinformation haben Sie gesagt, dass die Politik den Rat der Wissenschaft brauche. Das finden wir auch. Wir empfehlen sogar der Politik, den Rat der Wissenschaft ernst nehmen, zumindest wenn es um Gesetze geht, die die Wissenschaft des Landes direkt betreffen. Das war allerdings leider nicht der Fall.

Die Evaluation der Exzellenzinitiative durch die Imboden-Kommission zeigt doch, wie sinnvoll es ist, von Experten Vorschläge zur Wissenschaftspolitik einzuholen. Wir werten es als ersten kleinen Schritt zum Positiven, dass die Landesregierung die Vorschläge der Kommission aufgreifen will. Leider greift sie aber wieder nur das auf, was ihr in den Kram passt.

Ich würde Ihnen raten, sich einmal etwas genauer die Aussagen der Imboden-Kommission zum Bereich Governance der Universitäten anzuschauen. Die Kommission spricht sich nicht nur klar dafür aus, Universitäten nicht als Dienststelle des Ministeriums zu verstehen, sondern hält es auch für unabdingbar, die **Autonomie** der Hochschulen zu stärken. Unser Entwurf für ein Hochschulfreiheitsgesetz sah dies vor. Die Koalition hat mit ihrem Gesetz im Wesentlichen das Gegenteil gemacht. Auch aufgrund solcher Beispiele musste die Imboden-Kommission zu dem ernüchternden Ergebnis kommen, dass entsprechende Reformen in den Landeshochschulgesetzen nicht oder wenig ambitioniert implementiert seien und die Autonomie, die interne Steuerungsfähigkeit und das institutionelle Selbstverständnis der Universitäten im internationalen Vergleich weniger ausgeprägt sei. Es handelt sich hierbei um eine der Kernbotschaften der Expertenkommission. Neben der besseren finanziellen Förderung muss eben auch die Autonomie gestärkt werden, wenn wir unsere Hochschulen im internationalen Wettbewerb besser aufstellen wollen.

Meine Damen und Herren, interessant wird es auch, wenn wir uns die von der Imboden-Kommission vorgeschlagenen neuen **Förderlinien** anschauen. Bei beiden Linien, beim Exzellenzcluster II und bei der angedachten Exzellenzprämie, wird deutlich, dass die Kommission den aus wissenschaftspolitischer Sicht richtigen Vorschlag macht, allein nach **Wissenschafts- und Forschungskriterien** weitere

(Anita Klahn)

Förderungen zu vergeben und explizit regionalpolitische oder andere politische Kriterien keine Rolle mehr spielen zu lassen. Leider schafft die Politik der rot-grün-blauen Koalition mit ihrem neuen Hochschulgesetz keine gute Ausgangslage für unsere Universitäten, um an der Exzellenzinitiative II teilzunehmen.

Das Gutachten weist zu Recht auf viele Baustellen hin. So wäre zum Beispiel zu prüfen, wie sich das **Verhältnis von Studierenden zu Professuren** in unserem Land speziell in den Fachrichtungen Naturwissenschaften und Mathematik sowie in den Ingenieurwissenschaften entwickelt und ob es hier Handlungsbedarf gibt.

Ferner regt das Gutachten an, **fachliche Schwerpunktsetzungen** vorzunehmen. Diese Themen müssen wir diskutieren.

Wir halten es auch für richtig, dass die Bundesregierung 1 Milliarde € dafür verwenden möchte, verlässliche **Karrierewege für Nachwuchsforscher** aufzuzeigen. Denn wie will man verlässlich Spitzenforschung an den Universitäten betreiben, wenn man die jungen Spitzenforscher mit schlechten Arbeitsbedingungen geradezu vergrault?

Schließlich stellt das Gutachten klar, wie wenig **Forschungsförderung** in Deutschland im Vergleich zur internationalen Spitzenforschung betrieben wird. Wir brauchen da endlich ein Umdenken. Wir brauchen aus unserer Sicht endlich einen grundlegenden Paradigmenwechsel in unserer Technologie- und Wissenschaftspolitik.

(Beifall FDP)

Wir werben dafür, dass endlich mehr Verständnis dafür aufgebracht wird, welche elementare Bedeutung die Wissenschaft für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hat.

Das Land sollte dankbar sein, dass es die Exzellenzinitiative überhaupt gibt und unsere Hochschulen daran partizipieren können; denn aus eigener Kraft macht Schleswig-Holstein viel zu wenig, um unsere Universitäten gerade im Bereich der Forschung zu unterstützen. Die Freude über die Exzellenzinitiative ist schön und gut, aber wir müssen endlich unsere Hausaufgaben machen, und da gäbe es viel zu tun. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Uli König.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf Antrag der Koalitionsfraktionen werden wir heute über den Stand und die Förderung der sogenannten **Exzellenzinitiative** unterrichtet. Die Landesregierung berichtet über das vor zehn Jahren initiierte Programm zur Förderung und Stärkung der Universitäten und der Wissenschaft in diesem Land. Das ist gut so. Das kann man so machen, auch wenn die Wissenschaftsministerin das alles bereits Ende Januar in der Presse veröffentlicht hat.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Ja, genau, finde ich gut, Herr Habersaat, transparent, genau. Vor dem Hintergrund der Evaluierung und der Ergebnisse des sogenannten Imboden-Gutachtens ist eine Beschäftigung hier im Landtag sicher nicht verkehrt. Die Exzellenzinitiative ist ein gemeinsames **Förderprogramm von Bund und Ländern**, das 2006 aufgelegt wurde. Es soll den Wissenschaftsstandort Deutschland insgesamt stärken, die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern und Spitzenforschung im Universitäts- und Wissenschaftsbereich sichtbarer machen. Für die beiden Förderperioden 2006/2007 bis 2012 und 2012 bis 2017 haben Bund und Länder insgesamt 4,6 Milliarden € zur Verfügung gestellt. Davon entfielen 25 % auf die Länder. Wir alle wissen in Zeiten knapper Haushalte: Das ist nicht gerade wenig, das ist eine dicke Stange Geld. Ich finde es wirklich gut, dass wir dieses Geld aufgewendet haben. - Vielen Dank an die Landesregierung und die Regierungskoalitionen, die dafür zuständig waren.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Der Dank gilt aber auch denen, die sich im Rahmen der Förderung besonders profiliert haben und die erfolgreich in den Genuss der **Förderung** gekommen sind. Vier Projekte aus Schleswig-Holstein waren dabei: einmal das Exzellenzcluster „Future Ocean“, da war die CAU die Sprecherhochschule, das Exzellenzcluster „Information and Interfaces“, wieder ist die CAU Sprecherhochschule, die Graduiertenhochschule „Human Development in Landscapes“ - wieder die CAU als Sprecherhochschule - und dann noch die Graduiertenhochschule „Computing in Medicine and Life Sciences“. Diesmal ist die Uni Lübeck Sprecherhochschule, aber das ist leider nach 2013 nicht fortgesetzt worden.

Das ist auch ein kleiner Kritikpunkt, die Ministerin hat es gerade schon angesprochen: Wir müssen zusehen, dass die Exzellenzinitiative nicht nur den ganz großen Hochschulen zugutekommt, sondern dass die **kleinen Hochschulen** auch eine Chance

(Uli König)

haben, sich hier zu bewerben und von der Exzellenzinitiative zu profitieren, und das stärker, als es heute der Fall ist. Ich denke da zum Beispiel an die FH Flensburg, Herr Andresen. Ich denke, da wird heute schon eine ganze Menge Forschung gemacht, die durchaus darunterfallen könnte, wenn wir mehr auf die kleinen Hochschulen eingehen würden. Auch die Uni Lübeck würde ich an der Stelle gern weiter vorne sehen, weil ich glaube, dass es nicht an der Forschung liegt.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wir haben auch noch andere FHs, ja, definitiv.

Der nächste Teil, den ich kritisch sehe, ist: Warum müssen wir dann die Hochschulen mit Bundesmitteln auf ein Exzellenzniveau heben? Ich hätte mir zum Beispiel gewünscht, dass wir auf **Länderseite** eine **bessere Hochschulfinanzierung** schaffen, die die Hochschulen stärker finanziert. Wir haben jetzt durch die Hochschulen gelernt: Das, was die Regierung in Zukunft geben wird, ist vollkommen ausreichend. Wer bin ich, dass ich das an der Stelle kritisiere? Aber mein Piratenherz sagt doch: Eigentlich müssten wir da mehr Geld reinstecken.

(Martin Habersaat [SPD]: Das sagt das Piratenherz ja bei jedem Thema, praktischerweise!)

- Nein, nicht bei jedem Thema, oft sagen wir auch, das sei zu viel Geld, Herr Habersaat.

Wie geht es jetzt weiter? - Das Bildungsministerin bestärkt die Länder, ihre Forderungen fortzusetzen. Wenn ich Ministerin Alheit richtig verstanden habe, gibt es da auch keinen Grund zu zweifeln. Demnach soll es bis zum Frühsommer Vereinbarungen von Bund und Ländern für ein Treffen mit der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten geben, um dann den nächsten Exzellenzwettbewerb auszuschreiben. Das ist alles geordnet und wird bestimmt entsprechend vorbereitet.

Was ich mich allerdings frage, ist: Welche Lehren ziehen wir aus dem Imboden-Gutachten tatsächlich und konkret für die Wissenschaft in unserem Lande? - Mehr Risikofreudigkeit fordert der Gutachter, und als eine Voraussetzung nennt er starke Universitäten. In einem Gespräch mit dem DFG-Präsidenten Strohschneider sagte er: Wenn es weiterhin Exzellenzcluster geben soll, dann darf es keine beschränkten Rahmenbedingungen geben, welche eventuell exzellente Teilnehmer ausschließen. Je freier die **Gestaltungsmöglichkeiten** bei diesen

Clustern sind, desto besser. - Wie gesagt: auch kleinere Hochschulen.

Ich finde, über diese Grundforderung sollten wir im Ausschuss noch einmal mit den Universitäten reden. Ich würde gerne von diesen selbst hören, was einschränkende Kriterien für diese sein könnten, von denen die Politik sie befreien kann und soll. Dazu gab es im Bericht der Ministerin keine Ausführungen.

Der zweite Punkt, den ich diskussionswürdig finde, ist der der **Hochschulleitung**. Dieter Imboden sagt nämlich auch: Die wichtigste Voraussetzung, um exzellente Unis zu bilden, ist, dass es ein Vertrauen gibt, dass diese guten Universitäten auch gut geführt werden, ohne dass man ihnen allzu starke politische Vorschriften macht.

(Beifall PIRATEN und Volker Dornquast [CDU])

Diese Aussage hat mich gerade vor dem Hintergrund der jüngst beschlossenen Hochschulgesetznovelle ebenfalls zu der Frage geführt, welche politischen **Vorschriften** unsere Universitäten wohl noch einschränken und den so wichtigen **Freiraum** gefährden. Auch das sollte Gegenstand des Gesprächs mit den Hochschulen sein, das wir dann ja im Ausschuss führen können.

Für heute bedanke ich mich bei der Ministerin und ihrem Haus für den hier gehaltenen Bericht. Ich freue mich auf die Fortsetzung der Gespräche und gebe den Verantwortlichen gute Wünsche für die Verhandlung bei der Exzellenzinitiative mit auf den Weg. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich auch nochmal bei der Ministerin für den Bericht bedanken, den sie vorhin gegeben hat. Mir ist gerade zugetragen worden, ich solle ein bisschen Stimmung hier in den Plenarsaal bringen.

(Beifall SSW, Martin Habersaat [SPD] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Jette Waldinger-Thiering)

Da möchte ich doch damit anfangen: Uli König hat gerade gesagt, das Piratenherz würde auch gern noch mehr Geld für die Hochschulen fordern - ich glaube, Uli König, das ist ein Oppositionsherz, denn Oppositionsherzen schreien immer nach mehr Geld.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Zum Glück macht der SSW das nicht!)

Ich fange an: Schleswig-Holstein ist exzellent. Forschung und Lehre an der CAU haben überzeugt. Die **Exzellenzcluster** und die **Graduiertenschulen** haben hervorragende Arbeit geleistet. Leider wird die dritte Runde der Exzellenzinitiative wohl ohne Beteiligung schleswig-holsteinischer Universitäten durchgeführt werden. Dies bedauert der SSW sehr. Nun sollen Hochschulen anderer Bundesländer die Chance nutzen, ihre Wissenschaftsstandorte voranzubringen.

Wir erinnern uns: Die Ablehnung der **Exzellenzinitiative** war massiv. In der ersten Runde wurde die Einführung einer **Zwei-Klassen-Landschaft** befürchtet: auf der einen Seite hoch geförderte Spitzen-Unis, denen die Studierendenmassen zuströmen und die alle guten Professorinnen und Professoren vom Markt saugen, und auf der anderen Seite die Massenuniversitäten, die gerade so den Kopf über Wasser halten können.

Die Vorbilder aus dem Ausland gibt es reichlich. In Frankreich und England legt der Besuch der richtigen Universität die anschließenden Karrierechancen fest. Deutschland hielt sich immer zugute, dass eben nicht der Name der Universität für die Zukunft der Absolventin und des Absolventen entscheidend ist, sondern allein deren individuelle Leistungen. Allerdings müssen wir ehrlicherweise einräumen, dass diese rosarote Brille die Wirklichkeit geschönt hat. Auch bei uns gab es immer Hochschulen mit besonderem Prestige, aber eben keine Elite-Unis. Was wir heute haben, ist aber tatsächlich eine Aufspaltung. Im Zuge eines Konzentrationsprozesses haben sich **Forschungsuniversitäten** und **Ausbildungsuniversitäten** entwickelt. Das hat etwas mit der Exzellenzinitiative zu tun. Die festgestellte Publikationsflut der Projekte der Exzellenzinitiative ist ein Symptom einer Bündelung oder - wie es im Bericht heißt -: Es ist allerdings unklar, inwieweit die universitären Forschungsschwerpunkte durch die Exzellenzförderung neu geschaffen wurden.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Fleming Meyer [SSW])

Damit ist auch klar: Es fließen Kapazitäten weg von den Ausbildungsunis hin zu den Forschungsunis, ohne dass sich neue Potenziale entwickeln. Diese Konzentrationsprozesse sind wohl unumkehrbar. Gerade darum müssen wir diese Entwicklung unbedingt im Auge behalten. Der **Kurswechsel** in der **Universitätspolitik** war grundsätzlich richtig. Allerdings wurden an einigen Stellen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und gute Strukturen oftmals nicht anerkannt. Die vielfältige deutsche Universitätslandschaft wurde auf Teufel komm raus an internationale Standards angepasst. Dabei wurden leider Fehler gemacht.

Darum begrüßt der SSW ausdrücklich die Arbeit der Imboden-Kommission. Wen wundert es, dass nicht alles Gold ist, was da glänzt. Die Imboden-Kommission spricht von „Baustellen“ - das ist wohl der Begriff, der zeigt, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht -, aber auch davon, dass teilweise schon mit der Lösung der Probleme begonnen worden sei.

Umsetzungsprobleme wie die erhebliche Belastung durch die Formulierung von Anträgen im Rahmen der Exzellenzinitiative werden im Bericht ebenso kritisiert wie das Problem der **Nachwuchsförderung** nach Abschluss der Promotion, die sich durch die neuen Strukturen sogar verschlechtert hat. Wir brauchen motivierte Professorinnen und Professoren. Deren Ausbildung ist allerdings nach Ende der Promotionsphase nicht gewährleistet. Diese Baustelle kann Schleswig-Holstein aber nicht aus eigener Kraft wuppen.

Die Empfehlungen der Kommission fließen ins Gesamtkonzept für eine neue Bund-Länder-Initiative ein. Die Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder soll bis Mitte des Jahres zusammen mit den Ministerpräsidenten ein neues Konzept vorlegen.

Es war richtig, vor weiteren Entscheidungen erst einmal die Auswirkungen der Exzellenzinitiative untersuchen zu lassen. Dabei sollte es eine Rolle spielen, dass Schleswig-Holstein ebenso wie die anderen Nordländer in der dritten Runde der Exzellenzinitiative nicht vertreten sein wird. Die solide Arbeit gerade beim wissenschaftlichen Nachwuchs hat gegenüber der Antragslyrik der Mitbewerber nicht punkten können. Das ist eine sehr bedauerliche Entwicklung, die wir unbedingt umsteuern müssen.

Die Graduiertenschulen an der CAU haben hochmotivierte und kollegial organisierte Forschung ermöglicht, die vor allem jungen Frauen gute Chan-

(Jette Waldinger-Thiering)

cen einräumen. Die gute Betreuungsstruktur in den Graduiertenschulen - oftmals ist Mehrfachbetreuung die Regel - findet Eingang in die Promotionsordnung. Das ist der richtige Weg und darum ausdrücklich zu begrüßen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/3835 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Da aufgrund der Wortmeldungen offensichtlich die Absicht besteht, die Angelegenheit im Ausschuss weiter zu beraten, will ich Sie darauf hinweisen, dass die Überweisung von mündlichen Berichten an den Ausschuss nicht vorgesehen ist. Im Zuge des Selbstbefassungsrechts haben Sie natürlich die Möglichkeit, das im Fachausschuss weiter miteinander zu erörtern.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Differenzierten Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3838

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst dem Abgeordneten der CDU-Fraktion, Peter Sönnichsen, das Wort.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen zu Beginn meiner Ausführungen mit einigen Zahlen verdeutlichen, warum wir diesen Antrag gestellt haben: Laut Datenbank des Statistischen Bundesamtes haben im Schuljahr 2013/14 fast 47.000 Schülerinnen und Schüler in Deutschland die Schule ohne einen anerkannten **Schulabschluss** verlassen. In Schleswig-Holstein waren es rund 2.300 Schülerinnen und Schüler. Bei circa 30.000 Schulabgängern in Schleswig-Holstein sind das fast **8 %** dieses Schuljahrgangs. Davon sind 5 % Schülerinnen und Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf.

Das Dramatische hinter den Zahlen ist, dass diese jungen Menschen es besonders schwer haben werden, einen Berufsschulabschluss zu erzielen. Sie verlassen die Schule ohne Aussicht auf eine **berufliche Perspektive** beziehungsweise mit nur sehr geringen Anschluss- und Teilhabechancen im beruflichen Bereich. Laut Berufsbildungsbericht 2015 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung liegt die Ungelerntenquote der 20- bis 29-Jährigen bei 52,1 %. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind Zahlen, mit denen wir uns nicht zufriedengeben können.

Mir ist klar, und wir alle wissen natürlich, dass es bereits jetzt unterschiedliche Möglichkeiten gibt, den **Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss** nachträglich zu erwerben. Unsere berufsbildenden Schulen bieten vielen Jugendlichen dazu die Chance.

(Beifall CDU)

Ebenso besteht für Schülerinnen und Schüler, deren schulische Leistungen erkennen lassen, dass sie Schwierigkeiten beim Erreichen dieses Schulabschlusses haben, die Option, in einer flexiblen Übergangsphase darauf vorbereitet zu werden. Hier können sie die achte und neunte Jahrgangsstufe in drei Jahren durchlaufen. Erste Erfolge zur Reduzierung des Anteils junger Erwachsener ohne einen Schulabschluss konnten damit schon erzielt werden. Das ist auch gut so.

Auf der anderen Seite werden nicht alle Schülerinnen und Schüler trotz intensiver Bemühungen in der Lage sein, das Niveau der KMK-vereinbarten Bildungsstandards für den Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss zu erreichen. Dennoch verfügen sie über Fertigkeiten und Kompetenzen, die sie oft zu einer Berufsausbildung befähigen und die gesellschaftlich anerkannt gehören.

Ebenso verlassen Schülerinnen und Schüler mit **sonderpädagogischem Förderbedarf** die Schule ohne einen anerkannten Abschluss. Sie erhalten mit Erreichen der für sie festgelegten Ziele ihres Förderplans den Abschluss des Förderzentrums, zum Beispiel mit dem Schwerpunkt Lernen. Anders ausgedrückt: Sie erhalten ein Zeugnis, das bundesweit maximal als Teilnahmebestätigung gewertet wird. In der Schulstatistik werden sie aber als Schulabbrecher gewertet mit dem Makel, es nicht geschafft zu haben. Ich bin der Auffassung: Das ist ihnen gegenüber nicht fair, das haben sie nicht verdient.

(Beifall CDU)

(Peter Sönnichsen)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Antrag möchten wir diesen jungen Menschen die Möglichkeit geben, optimistisch in die Zukunft zu blicken, mit einer Chance auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Ein Schulabschluss erleichtert nicht nur die gesellschaftliche Teilhabe, sondern stärkt auch das Selbstwertgefühl jedes Einzelnen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Unser Vorschlag sieht daher vor, dass wir den betroffenen Schülerinnen und Schülern einen **anerkannten Schulabschluss** geben. Aus dem Abschluss soll hervorgehen, inwieweit von den Anforderungen des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses abgewichen beziehungsweise an welchen Stellen der Lehrplan individuell angepasst wurde. Das sorgt für Klarheit bei den Schülerinnen und Schülern und auch bei den zukünftigen Ausbildungsbetrieben und Arbeitgebern. Auch diese können nachvollziehen, wo die Stärken ihres Gegenübers liegen, wissen wir doch alle, wie wichtig es im Arbeitsleben genommen wird, was nicht im Zeugnis steht. Schreiben wir also die vorhandenen Stärken hinein! Damit erleichtern wir diesen jungen Menschen den Weg in eine Ausbildung und damit in eine positive Zukunft.

Wir, die CDU-Fraktion, sind entscheidungsfähig, sonst hätten wir den Antrag nicht gestellt. Wir sind aber auch gern bereit, das Anliegen im Ausschuss zu vertiefen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und Anita Klahn [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, eben erlebt zu haben, wie breit die CDU bildungspolitisch auch personell aufgestellt ist.

(Anita Klahn [FDP]: Ach Mensch, Kai, was soll denn das? - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist stillos!)

- Das war in diesem Fall gar nicht stillos gemeint, sondern ich fand die Rede des Kollegen Sönnichsen wirklich mehr als brauchbar. Ich fand sie absolut passend und wollte nur darlegen, warum man das in bestimmten Bereichen ein bisschen differenzierter

betrachten sollte. Das war in dem Moment eine ehrliche Bewunderung und gar nicht unangemessen.

(Anita Klahn [FDP]: Manchmal gehen Komplimente schief!)

- Manchmal gehen sie schief, aber man muss sie auch akzeptieren, wenn sie ehrlich gemeint sind.

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie haben jetzt das Wort für Ihre Rede. Ich glaube, Sie sind richtig verstanden worden.

Kai Vogel [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lang erklärtes Ziel unserer Bildungspolitik ist es, keinen Jugendlichen auf dem Weg zu einem Abschluss zu verlieren. Der qualifizierte Schulabschluss ist ein grundlegender Schritt, damit der Einstieg in den Beruf beziehungsweise eine weitere Qualifizierung erfolgen kann.

Durchschnittlich knapp 1.000 Schülerinnen und Schüler - der Kollege Sönnichsen hat es dargestellt -, die den Ersten allgemeinbildenden Abschluss erlangen wollten, verlassen jedes Jahr die Schulen in Schleswig-Holstein bedauerlicherweise ohne Abschluss. Das entspricht einem Anteil von rund 3 % an der Gesamtzahl aller Schülerinnen und Schüler, die die Schule verlassen. Ich sprach von denjenigen, die einen Abschluss erlangen wollten. Und jeder Jugendliche ohne Abschluss - darin sind wir uns sicherlich einig -, ist einer zu viel.

Diesen Jugendlichen allerdings einen **Schulabschluss unterhalb des Ersten allgemeinbildenden Abschlusses** anzubieten, finde ich schwierig. Die Gründe für ein Nichterlangen des Abschlusses sind sehr vielfältig. Häufig sind ein hoher Absentismus oder mangelnde Leistungsbereitschaft der Grund dafür. Ich glaube allerdings kaum, dass hier eine Regelung des differenzierten Abschlusses sinnvoll greift. Sinnvoller wäre es sicherlich zu schauen, wie es uns gelingen kann, Schülerinnen und Schüler mit sehr hohen Fehlzeiten - häufig ist es Schwänzen - wieder für die Schule zu motivieren oder besser greifende Unterstützung beim Beheben von Lerndefiziten zu bieten. Ich sehe hier auch ein wenig die Gefahr, dass das Angebot eines „**Hauptschulabschlusses light**“ ein **falsches Signal** setzt und diejenigen Schüler demotiviert, die eine reale Perspektive haben, den Standard des Ersten Allgemeinbildenden Bildungsabschlusses zu erreichen, wenn

(Kai Vogel)

auch die einfachere Alternative ohne größere Anstrengungen zu erhalten ist.

Weitere 4 bis 5 % - darauf hat Herr Sönnichsen ebenfalls hingewiesen - aller Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein haben einen anerkannten **sonderpädagogischen Förderbedarf**. Ich glaube, um die Schülerinnen und Schüler ging es Ihnen in dem Antrag ohnehin primär. Für diese Schülerinnen und Schüler ist es sicher motivierend, einen anerkannten Abschluss zu erlangen. Sie erhalten in vielen Schulen ein Zeugnis, wenn sie die Schule verlassen, doch leider kein anerkanntes. Diese Jugendlichen haben sich angestrengt, um an den Abschlussarbeiten und Prüfungen erfolgreich teilzunehmen, doch der sonderpädagogische Förderstatus ermöglicht es ihnen nicht, ein offizielles Abschlusszeugnis zu erhalten.

Ein schwerwiegendes Problem scheint mir darin zu liegen, dass ein solcher differenzierter Schulabschluss für die **Wirtschaft** nicht wesentlich attraktiver ist als keiner. Auf jeden Fall sollte man, bevor man ein solches Modell umsetzt, sehr genau mit den Dualpartnern erörtern, in welchen Branchen und Berufsbildern eine Nachfrage nach Schülerinnen und Schülern mit einer solchen geringen Qualifikation besteht. Es bringt am Ende auch nichts zu suggerieren: „Jetzt habt ihr einen Abschluss!“, aber sie kommen dann trotzdem nicht in eine Ausbildung.

Ich habe zudem große Bedenken, gerade in diesem sensiblen Bereich einen **schleswig-holsteinischen Sonderweg** zu gehen. Die Sache läge vielleicht anders, wenn es unter den Bundesländern in der KMK-Konferenz einen Konsens gäbe, einen solchen Schulabschluss einzurichten. Es gibt zwar eine Arbeitsgruppe genau zu diesem Thema, doch die Ergebnisse der entsprechenden KMK-Arbeitsgruppe sind noch vollkommen offen. Nach meiner Kenntnis werden diese im Sommer diesen Jahres erwartet.

Ich schlage deshalb folgendes Verfahren vor: Der Antrag der CDU wird in den Bildungsausschuss überwiesen - das hatten Sie, Herr Sönnichsen, ja bereits auch schon vorgeschlagen -, und er wird dann aufgerufen, wenn die entsprechende Meinungsbildung in der Kultusministerkonferenz stattgefunden hat. Sobald dies der Fall ist, sollte der Bildungsausschuss darüber beraten, ob er zum Antrag der CDU und eventuell ergänzenden Materialien eine schriftliche Anhörung der beteiligten Institutionen und Verbände durchführen will. Dabei ist im Hinblick auf das Ende der Legislaturperiode natürlich etwas Zeitmanagement erforderlich. Doch ich

glaube, es wäre am Ende auch kein Unglück, wenn wir den Antrag in der 19. Legislaturperiode neu auf die Tagesordnung nehmen, denn in der Sache sind wir uns - glaube ich - sehr einig. Ich hoffe, dass dies ein Verfahren ist, das für alle Seiten akzeptabel ist und bitte, entsprechend zu beschließen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Viele haben das schon angesprochen, die Zahlen von Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss sind frappierend. Gerade, Anfang Februar 2016, gab es die neue **PISA-Auswertung** über die low-performing Students. Die Zahlen für Deutschland liegen zwar unter dem OECD-Durchschnitt, sie sind aber trotzdem sehr beunruhigend, wenn man sieht, dass 9 % der Schülerinnen und Schüler in allen drei Bereichen - Mathe, Lesekompetenz und Naturwissenschaften - unterhalb der normalen Erwartung bleiben. Sie erreichen gerade einmal die Stufe 1 oder noch weniger. Das ist wirklich nur ein ganz rudimentäres Wissen, und das bei 15-jährigen Schülerinnen und Schülern. Da bin ich mit Ihnen, Herr Sönnichsen, einer Meinung, dass uns das weiter bewegen muss. Wenn man sich die Zahlen der Caritas vom letzten Sommer anschaut - die schaut sich ja immer an, wie es eigentlich bundesweit aussieht -, dann muss man feststellen: Wir liegen auch im Bundesvergleich etwas über dem Durchschnitt, was die Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss angeht.

Bei dem Antrag der Union ist mir auch in Ihrer Rede, Herr Sönnichsen, nicht so ganz klar geworden, um wen es gehen soll. Soll es um die Förderschülerinnen und -schüler gehen - das haben Sie einmal kurz erwähnt -, oder soll es um alle gehen? Wenn es um die **Förderschülerinnen und -schüler** gehen soll, gibt es dazu eine **KMK-Initiative**, die gerade am wachsen ist.

Wenn es um alle gehen soll, dann ist mir noch nicht ganz klar, wie das konkret aussehen soll und - das ist jetzt ein bisschen vertauschte Rollen zwischen CDU und Grünen - was für Auswirkungen das auf die **Motivation** haben wird. Gut finde ich erst einmal, dass Sie auf die Individualisierung setzen. Das

(Anke Erdmann)

gefällt mir ganz gut. Ob das aber bezogen auf den Ersten allgemeinbildenden Abschluss für **alle Schülerinnen und Schüler** der richtige Weg ist, weiß ich nicht. Deshalb freue ich mich, wenn wir das im Ausschuss beraten. Wenn das für alle gelten soll, dann glaube ich, brauchen wir auch eine Anhörung. An der Stelle habe ich nämlich mehr Fragen als Antworten.

Ich glaube, bei der Frage, wie wir eigentlich mehr Schülerinnen und Schüler zum Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss bekommen, muss eher gefragt werden, was wir den Schulen an Rückenwind mitgeben können. Wir sind gar nicht so schlecht aufgestellt, auch das muss man sagen. Die Flex-Klassen hatten Sie schon angesprochen. Das ist eine Errungenschaft der Großen Koalition, die auch gute Ergebnisse zeitigt. Genau das Gleiche gilt für das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt, wo Coaches schon in der Sekundarstufe I Berufsberatung machen. Die Jugendberufsagenturen, die Britta Ernst und Ines Strehlau hier nach vorn gebracht haben, gibt es auch. Die kümmern sich darum, wie man den Übergang vernünftig gestaltet bekommt. Es geht nicht nur um Abschlüsse, sondern es geht hier vor allem auch um Anschlüsse.

Ich finde solche Angebote wie Produktives Lernen oder auch Praxisklassen durchaus sinnvoll, die Schülerinnen und Schüler - die 9 %, um die es hier geht; in Mathe sind es sogar 18 % - bekommen wir möglicherweise nicht durch ein Mehr desselben, sondern eher durch andere Zugänge, mit einer sehr praxisbezogenen Schulausrichtung auf der Spur. Ich finde aber auch, dass wir solche Projekte wie „Mathe macht stark“ oder „Niemanden zurücklassen“ noch weiter pushen können. Darüber reden wir heute Nachmittag noch einmal im weiteren Sinne, wenn es um die Qualitätsentwicklung geht.

Als die OECD im Februar ihre Zahlen vorgestellt hat, hat sie auch noch ein paar Vorschläge an die Politik gemacht, was man jetzt eigentlich tun müsste. Einige davon sind wenig griffig, zum Beispiel wenn es heißt, Barrieren zum Lernen sollte man abbauen. Darunter kann ich mir jetzt noch nicht so viel vorstellen. Aber die Fragen, wie ich eigentlich Eltern von sozioökonomisch benachteiligten Familien - so schreibt es PISA - stärker einbeziehen kann oder wie ich gerade die alleinerziehenden Eltern erreiche, und wie ich spezielle Programme für Migrantinnen und Migranten machen kann, wie ich besonders gute und motivierende Lernumgebungen schaffen kann, sind Fragen, über die wir uns noch intensiver unterhalten müssen. Dem möchte ich noch mehr Gewicht beimessen als dem Ziel, das

Niveau des Ersten allgemeinbildenden Abschlusses noch einmal abzusenken.

Trotzdem finde ich die Initiative interessant, sie gibt einen Impuls. Wir sollten im Bildungsausschuss darüber eingehend beraten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Anliegen der Union, die Wertigkeit des Schulabschlusses unterhalb des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses, also des ehemaligen Hauptschulabschlusses, zu verbessern, kann ich sehr gut nachvollziehen. Nur stellt sich auch bei mir die Frage, ob das der richtige Weg ist. Denn gerade in der **Arbeitswelt** werden Anforderungen und **Erwartungshaltungen** an einen Schulabschluss gestellt. Inwieweit es sinnvoll ist, den ersten Abschluss im Niveau noch weiter nach unten abzusenken, vermag ich nicht wirklich nachzuvollziehen.

Auch wir sehen, dass gerade Schülerinnen und Schüler mit einem **besonderen Förderbedarf** in Teilbereichen unterschiedliche Kompetenzen haben, die sie auch durchaus zu einer Berufsausübung befähigen. Aber auch diese Schülerinnen und Schüler sind, wenn sie in einer Förderschule gewesen sind, sicherlich mit einem Abschluss ausgestattet, der darauf individuell hinweist.

Ich kann mir vorstellen, dass Anlass für diesen Antrag vielleicht ein Blick nach **Bayern** gewesen ist, wo es nämlich gerade an den Förderzentren die Varianten gibt, den Hauptschulabschluss abzulegen, einen individuellen Abschluss mit Prüfung oder aber einen individuellen Abschluss ohne Prüfung zu bekommen.

Ich finde den Vorschlag, im Bildungsausschuss darüber zu beraten, da genauer hinzuzugucken, sehr sinnvoll.

Grundsätzlich finde ich - weil Sie ja die Zahlen von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Abschluss genannt haben -, dass wir da einen kleinen Denkfehler machen. Deutschland und Schleswig-Holstein haben ein so gutes Schulsystem. Da gibt es so viele Wege, dass man nicht unbedingt davon

(Anita Klahn)

ausgehen kann - die Kollegin Erdmann hat es eben auch schon geschildert -, dass jemand, der von einer Regelschule ohne Abschluss abgeht, durch das Raster fällt. Denn der hat die Möglichkeit, in anderen Systemen dann doch noch einen Schulabschluss zu erlangen, zum Beispiel über die Berufsvorbereitungsjahre. Ich denke, das fällt immer gern hinten runter. Wenn man die ehrlichen Zahlen dann tatsächlich einmal hat, sind die Prozentanteile sehr viel niedriger. Nicht ohne Grund haben wir in Deutschland im internationalen Vergleich die geringste Jugendarbeitslosigkeit.

Wir sind eher der Meinung, dass wir gucken müssen, mit welchen speziellen **individuellen Fördermöglichkeiten** wir diejenigen Kinder erreichen, die Lernschwierigkeiten in verschiedenster Form haben. Das ist der Bereich Inklusion, über den wir ja immer wieder sprechen, und den wir auf wirklich alle Schülerinnen und Schüler ausweiten müssen. Das Fach „Lernen lernen“ ist in Schulen ausgesprochen wichtig. Da sollten wir hingucken. Ich bin ganz optimistisch, dass wir Schülerinnen und Schüler an der Stelle noch besser erreichen.

Gerade auch, was den Förderschulbereich betrifft, sind wir nach wie vor der Auffassung, dass wir diese **Förderzentren** brauchen, weil wir spezielle Angebote für Kinder mit besonderem Bedarf brauchen, insbesondere dann, wenn Eltern das wollen. Wir müssen einfach anerkennen, dass nicht alle Familien mit inklusivem Unterricht zurechtkommen. An der Stelle tun wir etwas, um diesen Jugendlichen vielleicht auch einen Schulabschluss zu ermöglichen.

Ich bin der Meinung, dass eine enge **Zusammenarbeit aller Akteure** unerlässlich bleibt: Eltern, Schulen, Berufsagentur, Betriebe, gegebenenfalls Werkstätten für Menschen mit Behinderung, auch Kammern und möglicherweise andere Fachdienste. Mit viel Einfühlungsvermögen, ganzheitlicher Förderung und individuellen Förderplänen werden wir die Kinder erreichen, damit sie einen Abschluss bekommen.

Das ist das ganz Wichtige, und es ist hier auch schon gesagt worden: Wir müssen dafür sorgen, dass alle Menschen mit ihren individuellen Fähigkeiten in der Gesellschaft anerkannt werden und - was Sie so schön formuliert hatten - es nicht darauf hinausläuft, dass es ein Makel ist, keinen Abschluss zu haben, sondern wir den Menschen in der Form, in der er vor uns steht, akzeptieren. Lediglich, um Statistiken zu schönen, weitere Abschlüsse einzuführen, halte ich nicht für zielführend. Ich freue

mich auf die weitere Beratung im Ausschuss. - Danke.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Sven Krumbeck.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der CDU-Antrag hat den Charme, niemanden auf der Strecke zu lassen, allen eine Chance einzuräumen und jeden zum individuellen Erfolg zu führen. Das sind gute Ziele, und niemand wird sich dagegen aussprechen können und wollen. Ob Krankheit, persönliches Tief oder mangelnde Unterstützung: Für einen fehlenden Schulabschluss gibt es immer Gründe. Das bedeutet nicht, dass dieser Zug für immer abgefahren ist. Jeder hat die Chance, wann immer er möchte und sich dazu in der Lage fühlt, jeden Schulabschluss nachzuholen.

Die CDU fordert nun einen **differenzierten Schulabschluss** in Anlehnung an die allgemeinbildenden Schulabschlüsse vor allem für diejenigen, die die Standards der KMK nicht erreichen können und - aus welchen Gründen auch immer - ganz ohne Abschluss bleiben. Ich ahne eine Art „**Kategorie-B-Schulabschluss**“ und bin sicher, dass die CDU das so nicht meint. Aber läuft es nicht genau darauf hinaus, dass wir einen Abschluss anstreben, der zwar systematisch eingeordnet wird und in der Struktur an den allgemeinbildenden Schulabschluss angelehnt wird, aber doch immer ausdrückt: Das ist zweite Klasse? Kann es sein, dass wir uns damit auf den falschen Weg machen? Verlassen wir damit nicht die Linie der individuellen Lernbiografien? Sagen wir damit nicht: Standards schaffst du nicht, nimm lieber die Light-Variante?

Ich bin an dieser Stelle wirklich verunsichert. Eigentlich wollten wir genau so etwas nicht mehr machen: die Absolventen in verschiedene Kategorien des Erfolgs verklappen, und wenn für diejenigen unterhalb des Standards zurzeit nichts da ist, einfach eine neue Kategorie schaffen. Sollte der Weg nicht ein anderer sein? Sollten wir nicht Mühe und Mittel in die Anstrengung investieren, unser **System gut und durchlässig zu gestalten**? Sollten wir nicht eher dafür sorgen, das System Schule, berufliche Bildung und Weiterbildung so gut zu machen, dass jeder jeden Abschluss nachholen kann, wann immer er kann und will?

(Sven Krumbeck)

(Beifall PIRATEN, Martin Habersaat [SPD]
und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Müssen wir uns nicht auf die Leistungsfähigkeit des Systems konzentrieren, damit alle, die es nicht leicht haben, nicht verloren gehen? Wir haben so viele Fördermöglichkeiten, dass es mir schwerfällt zu glauben, ein Mehr an Abschlüssen mache den Einzelnen fitter für das Leben, die Arbeit oder die Weiterbildung.

Solche Fragen müssen wir uns stellen, wenn wir feststellen, dass Betriebe immer mehr und häufiger darüber klagen, dass die Bewerber nicht die nötige Ausbildungsreife haben, und es uns weder gelingt, die Zahl derer, die ohne Abschluss die Schule verlassen, spürbar zu verringern, noch dafür zu sorgen, dass das System Schule es wirklich schafft, alle mitzunehmen.

Vielleicht ist der CDU-Antrag ein guter Anlass, einmal eine **ehrliche Bestandsaufnahme** zu machen. Reicht es, zu unterstellen, dass Schule nicht gut funktioniert, weil die Personalkapazitäten zu knapp bemessen sind? Oder müssen wir uns die Frage stellen, ob wir Schule überfordern, weil wir sie zwar gern zum Lern- und Lebensort stempeln, aber nicht dafür sorgen, dass sie sich auch zu diesem entwickeln kann? Müssen wir in diesem Zusammenhang eingehender als bisher über Ganztagschulen in verbindlicher Form sprechen? Oder reicht es, den Aufgabenkatalog für Schule zu entrümpeln? Müssen wir die Schule auf Kernkompetenzen reduzieren? Wenn wir das ausdrücklich nicht wollen, müssen wir deutlich sagen, welche Art von Schule wir wollen, was das kostet und was wir zu zahlen bereit sind.

Ein differenzierter Abschluss unterhalb der Mindeststandards wäre das finale Armutseingeständnis der Politik. Wer sagt mir, dass wir damit den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem untersten aller Abschlüsse nicht noch verstärken? Wo sind denn alle Erkenntnisse aus PISA geblieben?

Auch wenn man den PIRATEN in diesen Tagen gerne Fatalismus in den Mund legt: Ich halte den CDU-Antrag für bestimmt gut gemeint, aber für falsch gedacht. Wir brauchen nicht mehr Abschlüsse, sondern echte **Chancengerechtigkeit durch Schule**. Lassen Sie uns alle zusammen unseren Anspruch darauf nicht vergessen. Ich hoffe daher auf eingehende und gute Beratungen im Bildungsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat Frau Abgeordnete Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Aus Sicht des SSW ist es gut und wichtig, dass die CDU dieses Thema auf die Tagesordnung setzt, denn nach wie vor ist die Zahl der jungen Menschen, die ohne anerkannten Schulabschluss ins Leben gehen, viel zu hoch. Das ist leider nicht nur bei uns im Norden, sondern bundesweit so. Dabei dürfte jedem klar sein, wie wichtig der Faktor Bildung für die Biografie des Einzelnen ist.

Die CDU erwähnt in ihrem Antrag die Stärkung des Selbstwertgefühls durch einen Schulabschluss, aber Bildung ist natürlich auch der Schlüssel zum beruflichen Erfolg und damit zu einem selbstbestimmten Leben und zu mehr Zufriedenheit. Übergeordnet gesehen gibt es deshalb kaum eine wichtigere Aufgabe, als allen Kindern und Heranwachsenden **bestmögliche Bildungschancen** zu geben.

Natürlich ist der Übergang von Schule zu Beruf beziehungsweise der Übergang in eine Ausbildung ganz besonders wichtig. Hier haben SPD, Grüne und SSW nicht ohne Grund einen Schwerpunkt ihrer Bildungspolitik gelegt. Wir wollen, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler die Schule mit einem Abschluss und einer echten Perspektive verlassen. Niemandem soll die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und der Weg in die Berufswelt erschwert werden. Da sind wir uns mit den Antragsstellern einig.

Ich gebe aber zu bedenken, dass die **Gründe**, die zu einem **Abbruch der Schullaufbahn** führen, sehr unterschiedlich sind. Viele Schulabbrecher scheitern ja nicht, weil sie das Niveau der KMK-Standards unterlaufen. Viele verlassen die Schule ohne Abschluss, weil sie zum Beispiel gesundheitliche Schwierigkeiten oder schlicht Motivationsprobleme haben. Hier setzt das Ministerium vor allem auf präventive Maßnahmen. Das halte ich für diese Zielgruppe für deutlich zielführender als ein Abschluss mit geringeren Standards.

Vermutlich wäre ein solcher einfacher Abschluss sogar Gift für die **Motivation** vieler anderer Schüler. Sie müssten sich dann ja weniger anstrengen und würden hinter ihrem eigenen Potenzial zurückbleiben. Ob die **Wirtschaft** diesen Absolventen dann eine Chance geben würde, ist völlig offen.

(Jette Waldinger-Thiering)

Von dieser Seite wird ja schon länger über die mangelnde Ausbildungsreife geklagt.

Eine weitere Gruppe, die die Schule ohne den ersten allgemeinbildenden Abschluss verlässt, ist die der Schülerinnen und Schüler mit einem **festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf**.

Ein Teil von ihnen wird unterhalb des Niveaus des Ersten allgemeinbildenden Abschlusses beschult und verlässt die Schule mit einem Förderabschluss. Diese jungen Menschen haben wir ganz besonders im Blick, und zwar unabhängig davon, ob sie inklusiv oder exklusiv beschult werden. Selbstverständlich sollen auch sie echte Perspektiven am Arbeitsmarkt haben.

Falls die CDU mit ihrem Antrag auch auf diese Gruppe zielt, muss ich eines klar sagen: Mit einer Art „vereinfachtem Hauptschulabschluss“ ist diesen Schülern kaum geholfen. Ihnen hilft ein differenzierter Unterricht, der sich an ihren Stärken und Schwächen orientiert und sie möglichst individuell fördert.

Auch wenn ich dieser Idee insgesamt eher skeptisch gegenüberstehe, bleibt das übergeordnete Thema „Übergang Schule - Beruf“ ungemein wichtig. Wir müssen uns dringend dafür einsetzen, dass junge Menschen nicht länger an dieser Schnittstelle verloren gehen, sondern echte Chancen bekommen. Wir sollten also auch über diesen Ansatz der CDU-Fraktion gründlich im Ausschuss diskutieren. Dass diese Diskussion auf der Grundlage der Ergebnisse der entsprechenden KMK-Arbeitsgruppe am meisten Sinn ergibt, dürfte allen klar sein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Frau Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst.

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich schließe mich den Vorrednerinnen und Vorrednern in der Einschätzung an, dass diese Debatte wichtig ist und geführt werden muss.

Teilen der Antragsbegründung können wir zustimmen; wir sind allerdings ratlos, welche Intention Sie eigentlich verfolgen. Wir haben geglaubt, es gehe Ihnen darum, für die **Schülerinnen und Schüler**

mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine befriedigendere Regelung zu finden. Darüber wird auch bei uns diskutiert. Man muss wissen, dass diese Schülerinnen und Schüler durchaus ein Abschlusszeugnis bekommen. Dies spricht ebenso dafür, diese Debatte zu führen, wie der Umstand, dass Schülerinnen und Schüler mit einem Abschlusszeugnis einer Schule für sonderpädagogischen Förderbedarf in der KMK-Statistik als Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss gezählt werden. Auch darüber haben wir natürlich Diskussionsbedarf.

Den Schülerinnen und Schülern, die die Schule verlassen, sollte - auch unter dem Gesichtspunkt des lebenslangen Lernens - durchaus dokumentiert werden, welche Leistungen sie erbracht haben und was sie mitbringen.

Ich stelle allerdings fest, dass die CDU, die sich doch sonst - wie wir - darum sorgt, dass die Standards der Schulabschlüsse gesichert bleiben und dass diese von den Schülerinnen und Schülern auch erreicht werden, nunmehr mit einem resignativen Ansatz daherkommt und letztlich sagt: Die Schülerinnen und Schüler erreichen es nicht, und deshalb **senken** wir die **Standards**. - Das halte ich nicht für den richtigen Weg.

Die Zahl der Schülerinnen und **Schüler ohne Abschluss** ist zu hoch. Sie ist in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren leider leicht gestiegen. Wenn wir aber auf die Entwicklung seit der ersten PISA-Studie schauen, dann stellen wir fest, dass Deutschland unglaubliche Erfolge erzielt hat. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss lag damals bei über 12 %; heute ärgern wir uns in Schleswig-Holstein darüber, dass der Anteil von 7 auf 7,6 % gestiegen ist. Dennoch war unser Weg der richtige. An dem Ziel, den Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss auf unter 5 % zu senken, sollten wir festhalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mich treibt auch um, dass die Sorge geäußert wird, die Schülerinnen und Schüler seien nicht mehr genug **motiviert**. Sie wissen, dass die Chance, schon mit dem ersten Schulabschluss einen **Ausbildungsplatz** zu bekommen, in den vergangenen Jahren viel geringer geworden ist. Bundesweit ist sogar darüber diskutiert worden, ob der mittlere Abschluss zum Regelschulabschluss gemacht werden sollte, da der erste Abschluss oft nicht mehr den Zugang zur Arbeitswelt vermittele.

Das alles sind Punkte, die zu bedenken sind. Sehr gewichtig ist der Hinweis, dass ein einzelnes Bun-

(Ministerin Britta Ernst)

desland sich nicht eigene Abschlüsse kreieren sollte, da wir gerade dabei sind, die Abschlüsse zu standardisieren.

Ich bin froh darüber, dass wir im Bildungsausschuss Gelegenheit haben werden, genau über diese Fragen zu diskutieren und dadurch einen Impuls zu bekommen, mit welcher Position das Bundesland Schleswig-Holstein die Debatte auf Bundesebene begleiten wird. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Es drängt den Abgeordneten Sönnichsen, trotz der bevorstehenden Ausschussberatungen kurz vor der Mittagspause noch einen Dreiminutenbeitrag zu halten. Er hat das Wort.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir leid, wenn ich die Debattenzeit etwas verlängere. Aber wenn ihr etwas schneller esst, dann klappt alles.

Darauf, dass wir um eine Ausschussüberweisung nicht herumkommen würden, waren wir vorbereitet. Das finde ich auch gut so.

Was die laufenden und fortzusetzenden **Beratungen der KMK** betrifft, so kann es durchaus ein Signal sein, dass wir uns damit beschäftigen. Allein das sehe ich schon einmal als sehr wichtig an.

Ich will aber insbesondere Ihre Frage beantworten, Frau Erdmann. Natürlich stehen die Schülerinnen und Schüler mit **sonderpädagogischem Förderbedarf** im Vordergrund, was unseren Antrag angeht. Aber ich bin auch sehr nahe bei Kai Vogel, der gesagt hat, dass jede und jeder, die beziehungsweise der es nicht geschafft hat, eine beziehungsweise einer zu viel ist. Darum müssen wir uns kümmern. Dafür sehe ich hier sehr gute Ansätze.

(Beifall CDU)

Auch wir hören die Aussagen der **Wirtschaft**, dass die Schüler nicht mehr so gute schulische Voraussetzungen mitbrächten und daher nicht mehr so gut auf die Berufsausbildung vorbereitet seien. Ich füge aber hinzu, dass die Wirtschaft genauso über eine mangelnde Zahl an Ausbildungsbewerbern klagt. Auch das ist ein Grund dafür, dass wir niemanden zurücklassen sollten. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass in dieser Richtung etwas geschieht.

Wir sprechen in unserem Antrag mit keinem Wort davon, die **Standards abzusenken**.

(Beifall CDU)

Ich sage noch einmal in aller Deutlichkeit: Auch der Umstand, dass manche ihr Zeugnis nur als - das Wort ist vielleicht nicht besonders schön - „Teilnahmebestätigung“ erhalten, hindert uns nicht daran, auch auf die Stärken noch einmal ganz besonders hinzuweisen. Ich habe die Signale vernommen, dass die Bereitschaft besteht, darüber im Ausschuss zu sprechen.

Lieber Kai Vogel, dass das nicht von heute auf morgen geht, ist verständlich. Auf den Zeitplan können wir uns sicherlich verständigen. Aber bis Mai nächsten Jahres müssen wir durch sein; danach bin ich nicht mehr dabei.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag auf Drucksache 18/3838 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen.

Ich unterbreche die Sitzung und wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:07 bis 15:01 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne den Nachmittagsteil unserer Sitzung. Begrüßen Sie gemeinsam mit mir die Schülerinnen und Schüler der dänischen Schule Süderbrarup und des Regionalen Bildungszentrums Technik in Kiel. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für die Bibliotheken in Schleswig-Holstein und zur Änderung des Landespresseggesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/3800

(Unruhe)

- Ich warte gern, bis Sie sich ausgetauscht haben.

(Präsident Klaus Schlie)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich bitte zunächst die Landesregierung und dann die Fraktionen nach ihrer Stärke um ihr Wort. - Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Was, meine Damen und Herren, ist der Unterschied zwischen Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein?

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Die sind größer!
- Oliver Kumbartzky [FDP]: Die geographische Lage!)

In Hessen beschloss eine schwarz-gelbe Landesregierung 2010 ein **Bibliotheksgesetz**; jetzt wurde es von einer schwarz-grünen Landesregierung novelliert. In Rheinland-Pfalz wurde ein Bibliotheksgesetz von einer rot-grünen Landesregierung auf den Weg gebracht. Mit dem nun vorgelegten Gesetzentwurf sind wir in Schleswig-Holstein das fünfte Bundesland, das sich auf diesen Weg zu einer gesetzlichen Regelung des Bibliothekswesens macht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Bibliotheken** sind wichtige demokratische Einrichtungen unserer Gesellschaft, nicht mehr und nicht weniger. Sie stehen für die **öffentliche Daseinsvorsorge** und müssen bei der Sozialraum- und Stadtentwicklungsplanung berücksichtigt werden. Sie sind ein Standortfaktor unserer Städte und Kommunen.

Bibliotheken gehören zu den bedeutendsten **Bildungseinrichtungen** unseres Landes, denn sie dienen der Aus- und Weiterbildung, der Lese- und Sprachförderung, der kulturellen Teilhabe und der sozialen Integration. Damit, meine Damen und Herren, leisten sie auch einen ganz wichtigen Beitrag zur Integration der neu zu uns kommenden Bürgerinnen und Bürger. Bibliotheken sind also Räume der gelebten Demokratie. Daher passt der Gesetzentwurf - ich hätte fast gesagt: wie die Faust aufs Auge - zur Debatte heute Morgen in diesem Saal.

Bibliotheken sind **Informations- und Kommunikationszentren**. Sie sorgen dafür, dass Menschen in der digitalisierten Welt sozusagen nicht hinten runterfallen, weil sie dafür sorgen, dass sich Menschen in dem Informationsdschungel zurechtfinden können. Zugleich sind sie Einrichtungen, die das

kulturelle Erbe des Landes dokumentieren, erhalten und zugänglich machen.

Der Bibliotheksgesetzentwurf unterstreicht den Stellenwert der Bibliotheken für unsere Gesellschaft und trägt zur Umsetzung einer konzeptionellen Kulturpolitik im Sinne der Kulturperspektiven für Schleswig-Holstein bei. Das soll heißen: Wer die Kultur im ländlichen Raum stärken will, wer mehr Teilhabe will, der kommt an einer Stärkung des Status der Bibliotheken nicht vorbei.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Grundlage eines Eckpunktepapiers, das auf vier Regionalkonferenzen diskutiert wurde, habe ich dem Kabinett im November 2015 einen Referentenentwurf vorgelegt; danach wurden die Fachverbände und die kommunale Familie angehört. Die Stellungnahmen, meine Damen und Herren, können Sie im Übrigen im Internet auf den Seiten des Kulturministeriums einsehen.

Der Gesetzentwurf wurde in der Fachwelt als beispielhaft gelobt. Es wurde sogar eine weitere gesetzliche Normierung zur Verpflichtung der Qualitätsstandards, insbesondere der öffentlichen Bibliotheken, gewünscht.

Erwartungsgemäß ist sich die **kommunale Familie** nicht ganz einig über die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes. Ich halte aber fest, dass wir nicht zuletzt auf Anregung der kommunalen Landesverbände die Intention des Gesetzentwurfs durch die Bereitstellung von Projektmitteln untermauert haben - erstmals in diesem Land überhaupt.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf die im Anhörungsverfahren vorgeschlagenen und nun in den **Entwurf** eingearbeiteten **Änderungen** möchte ich nur kurz eingehen: Es hat eine Reihe kleinerer und eher redaktioneller Änderungsvorschläge gegeben. Wir haben uns zum Beispiel bewusst und stringent für die Bezeichnung „Bücher und andere Medienwerke“ entschieden. Das Buch bleibt das Leitmedium. Mit der Bezeichnung „Medienwerke in körperlicher und unkörperlicher Form“ - dieser Begriff ist recht sperrig - halten wir uns an fachbibliothekarische Standards. Daneben konnten wir den Gesetzentwurf auch substantiell verbessern.

Der **Büchereiverein** wurde aufgenommen und damit grundsätzlich in seiner Funktion anerkannt. Dies stand zwar nie infrage, findet sich nun aber zur Beruhigung aller auch im Gesetzentwurf wie-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

der. Im Ausschuss will ich gern darüber berichten, welche gesetzestechnischen Überlegungen zunächst dazu geführt hatten, dass wir den Büchereiverein nicht im Gesetzentwurf erwähnt haben; aber es war keine inhaltliche Frage.

Die **Unabhängigkeit der Medienauswahl** wurde explizit aufgenommen. Die Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften findet sich nun im Gesetzentwurf ebenso wie die Musikbibliothek.

Nicht neu im Gesetzentwurf, aber dennoch der Erwähnung wert ist: Wir wollen die gesetzlichen Regelungen zu den **Pflichtexemplaren** aus dem Landespressegesetz in das Bibliotheksgesetz überführen und zeitgemäß novellieren. In Sachen digitales Pflichtexemplarrecht konnten wir eine gute Regelung finden, die nur in kleineren Details noch verbessert wurde. Wir sind für die Umsetzung, denke ich, bei der Unibibliothek Kiel ganz genau richtig.

Mit der Benennung der **Landesbibliothek** als **Landesoberbehörde** wird die Gleichrangigkeit zu den Landesoberbehörden des Denkmalschutzes und Archivwesens herausgestellt.

Lassen Sie mich zum Abschluss, meine Damen und Herren, die Stellungnahme von **Professor Eric Steinhauer**, Fachreferent für Recht, Politik und Allgemeines an der Unibibliothek Hagen und Honorarprofessor am Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin, zitieren:

„Es besteht die gute Gelegenheit vor allem vor dem Hintergrund der hohen Landesmittel im Finanzausgleichsgesetz, dass das geplante Bibliotheksgesetz Schleswig-Holstein konzeptionell und förderpolitisch neue Maßstäbe setzt.“

In Zusammenhang mit den zur Verfügung stehenden Projektmitteln in Höhe von 430.000 €, die ich vorhin schon ansprach, spreche ich von einem **Anreizgesetz**, da wir den Kommunen keine Pflichtaufgabe auferlegen. Keines der fünf bestehenden Bibliotheksgesetze in dieser Republik hat diese Aufgabe erfüllen können. In keinem anderen Gesetz steht dergleichen. Also sprechen wir hier von einem Anreizgesetz.

Wir wollen Anreize schaffen, mit innovativer Bibliotheksarbeit voranzugehen, und die Arbeit der Bibliotheken mit einem **Bibliothekspreis** würdigen.

Ich sehe zum Beispiel in der Integrationsarbeit eine wichtige Rolle der Bibliotheken als Treffpunkte und als Anbieter niedrigschwelliger Angebote, als

Vermittler von Sprache, Bildung und Kultur. Genau das ist es, was wir mit den Projektmitteln weiter unterstützen können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im November 2014 wurde das Bibliotheksgesetz Rheinland-Pfalz mit den Stimmen aller Fraktionen im Landtag verabschiedet - auch mit den Stimmen der CDU. Der für die rheinland-pfälzische CDU sprechende Abgeordnete Biebericher sagte damals:

„... in vielen Gesprächen konnten wir die Überzeugung gewinnen, dass ein Gesetz durchaus sinnvoll ist ...“

Er sagte weiter:

„Darüber hinaus ist auch die positive Wirkung einer Zusammenfassung aller wesentlichen Aspekte des Bibliothekswesens in einem Gesetz und die damit verbundene Steigerung der Handlungsfähigkeit auf diesem Feld als positiv anzusehen. Selbst wenn das vorliegende Gesetz in erster Linie nur deklaratorischen oder appellatorischen Charakter hat, so ist es doch eine nicht zu unterschätzende Aufwertung für die Bibliotheken ...“

Und auch für die vielen professionellen, aber auch ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, füge ich hinzu.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also, liebe CDU-Fraktion, geben Sie sich einen Ruck. Mischen Sie sich ein, engagieren Sie sich.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die eingeplanten Projektmittel einfach aus dem Haushalt zu streichen, den Vorwegabzug für die Bibliotheken im FAG infrage zu stellen und nichts für die Absicherung der Bibliotheken zu tun, das reicht nicht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum: Machen Sie mit! Sie sind herzlich eingeladen.

Dass Bibliotheken erfolgreich sind, hat uns das Alvensbach-Institut gerade eindrucksvoll belegt. Die öffentlichen Bibliotheken gehören nach wie vor mit über 200 Millionen Besuchen zu den meistbesuchten Kultureinrichtungen im kommunalen Bereich.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Damit dies so bleibt, setzen wir uns mit diesem Gesetzentwurf für die Weiterentwicklung und für die Arbeit unserer Bibliotheken ein. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 4 Minuten 30 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht jetzt zusätzlich allen Rednern der Fraktionen zur Verfügung. Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Peter Sönnichsen das Wort.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, nach so vielen aufmunternden Worten in die Richtung der CDU will ich voranstellen, dass ich zum Gesetzentwurf rede. Das stellt meinen Respekt, meine Anerkennung für die Leistungen der Bibliotheken und der Büchereien, die gute Arbeit und die ausgezeichnete Aufgabenwahrnehmung sowie die Tatsache, dass hier ein wirklich unverzichtbarer Beitrag zur kulturellen Bildung geleistet wird, nicht infrage.

(Beifall CDU)

Im Übrigen stelle ich aber zu dem **Gesetzentwurf** fest: Hier geht es wahrscheinlich und nach meiner Überzeugung nur darum, noch einen Punkt aus dem Koalitionsvertrag abzuhaken. Die SPD hat ihre Einheitsschule bekommen, die Grünen ihr Hochschulgesetz, und nun soll der SSW noch sein Bibliothekengesetz bekommen.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Lieber Lars Winter, auffällig ist doch, dass es nach der zweiten Kabinettsbefassung dazu nicht einmal eine Pressekonferenz gegeben hat. Es ist eine schmale Presseinfo herausgekommen. SPD und Grüne haben dies gar nicht kommentiert, und der SSW hat geschrieben. Offensichtlich gibt es hier nichts zu bejubeln, und der große Wurf ist ganz einfach nicht da.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben schon am Dienstag alle Akteure über die Presse wissen lassen, und ich darf zitieren:

„Es reicht nicht, immer nur nach Geld zu rufen.“

Doch, genau das ist der Knackpunkt. Unter A und der Überschrift „Probleme“ zitiert der Gesetzentwurf die **Empfehlung** der **Enquete-Kommission** des Bundes. Danach sollten von den Ländern eigene Bibliotheksgesetze zur Behebung des Mangels sowie zur Regelung von Aufgaben und Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken erlassen werden.

Ging der Gesetzentwurf des SSW in der 17. Wahlperiode noch von **Verpflichtungen** aus, deren fehlende Kostenabschätzung hauptsächlich zur Ablehnung führten, vermeiden Sie jetzt jegliche Verpflichtung. Sie beschreiben Aufgaben und beeilen sich mehrfach mit der Versicherung, dass keine neuen Aufgaben geschaffen werden; nur um Konnexität zu vermeiden.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Die Frage stellt sich nicht, Sie, beziehungsweise Ihre Landesregierung, haben den Gesetzentwurf vorgelegt. - Dabei tragen ohnehin die Kommunen die Kosten. Das Geld wird zwar vom Land überwiesen, kommt aber aus der Schatulle der Kommunen auf dem Weg des Vorwegabzugs, den ich nicht infrage gestellt habe. Aber die Tatsache als solche werden wir immer wieder betonen, ob Ihnen das gefällt oder nicht.

(Beifall CDU)

Zu den im Gesetz beschriebenen **Aufgaben** und **Kriterien der Wahrnehmung**: Dass öffentliche Bibliotheken auch regelmäßige Öffnungszeiten haben müssen, dazu bedarf es meiner Überzeugung nach keines Gesetzes.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Einen angemessenen Medienetat, angemessene Personal-, Raum- und Materialausstattung? - Ich habe es eben schon gesagt: Diese haben die Träger, also die Kommunen, zu liefern.

Sie wollen in Abstimmung der Gemeinden ein System an öffentlichen Büchereien, sodass alle Einwohnerinnen und Einwohner in angemessener räumlicher Nähe Zugang zu Bibliotheken haben, trauen sich aber nicht, ins Gesetz zu schreiben, dass dort, wo **Standbüchereien** nicht eingerichtet sind, **Fahrbüchereien** vorgehalten werden müssen. Vielmehr belassen Sie es bei dem Wort „können“. Wie wollen Sie das durchsetzen? Das ist ein zahnloser Tiger, das ist Unverbindlichkeit in Perfektion, gerade für den von Ihnen zitierten öffentlichen Raum.

(Beifall CDU)

(Peter Sönnichsen)

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich glaube Ihnen wirklich, dass der Erhalt und die Weiterentwicklung des Bibliothekswesens Ihnen ein aufrichtiges Anliegen sind. Das haben Sie in vielen Gesprächsrunden nachvollziehbar deutlich gemacht, aber der Gesetzentwurf wird dem nicht gerecht. Es reicht nicht aus festzustellen, ob wir das erste, das fünfte oder das sechzehnte Bundesland sind, das sich ein Gesetz gibt. Es reicht auch nicht aus, den Status irgendwie noch einmal neu zu beschreiben. Zur Zielerreichung fehlt es noch an viel Überzeugungsarbeit, und zwar nicht bei den handelnden Akteuren oder bei mir, sondern in der Regierungskoalition und Ihrem Kabinett. - Danke.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon vor neun Jahren hat die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Lage der Kultur in Deutschland angeregt, die Aufgaben und die Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken in **Bibliotheksgesetzen der Länder** zu regeln. Das trifft sich mit Artikel 13 Absatz 3 unserer Landesverfassung, wo es heißt, ich zitiere:

„Die Förderung der Kultur ... einschließlich ... des Büchereiwesens ... ist Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.“

Es tut vielleicht gut, das hier noch einmal in Erinnerung zu rufen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nach Thüringen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Rheinland-Pfalz ist Schleswig-Holstein nun das fünfte Bundesland, das ein Bibliotheksgesetz bekommt. Es ist nicht so, dass der heute vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung der erste Anlauf zu diesem Ziel war. Bereits die Große Koalition in der 16. Legislaturperiode hat über ein solches Gesetz nachgedacht. Daraus wurde dann wegen der vorgezogenen Neuwahl nichts. In der darauffolgenden Legislaturperiode hat sich die Koalition aus CDU und FDP in vornehmer Zurückhaltung geübt und es dem SSW überlassen, einen Entwurf vorzulegen. Dieser wurde in den Ausschussanhörungen intensiv beraten, um dann kurz vor der erneut vor-

gezogenen Neuwahl im Ausschuss und im Plenum abgelehnt zu werden.

Jetzt, heute, 2016: Wir machen das. Frau Ministerin Spoorendonk setzt wie die gesamte Küstenkoalition auf den Grundsatz, Reformen auf der Grundlage einer möglichst **breiten öffentlichen Diskussion** einzuleiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So sind diesem Gesetzentwurf vier **Regionalkonferenzen** im ganzen Land vorausgegangen. Dieses Verfahren schließt die Bereitschaft ein, eigene grundsätzliche Überlegungen infrage zu stellen und gegebenenfalls auf ihre Umsetzung zu verzichten und auch lieb gewonnene Positionen zu räumen. Auch darum ist der heute vorliegende Entwurf nicht identisch mit dem 2011 beratenen Entwurf, sondern sehr viel schlanker. Vieles, was für die praktische Umsetzung des Gesetzes erforderlich ist, kann besser in entsprechenden Ausführungsverordnungen geregelt werden.

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht sind in dem Entwurf folgende Elemente besonders wichtig: Erstens. Das Gesetz verankert jetzt das **Medienwerk** als Gegenstand der Bibliotheksarbeit, nicht mehr das Buch allein, und stellt klar, dass Bibliotheken heute weit mehr zu leisten haben, als Bücher zu sammeln und zu katalogisieren.

Zweitens. Das Gesetz definiert trennscharf die verschiedenen **Arten** von öffentlichen und nicht öffentlichen beziehungsweise wissenschaftlichen **Bibliotheken**.

Drittens. Das Gesetz schreibt die zentrale Rolle des **Büchereivereins** und der von ihm unterhaltenen Büchereizentrale als Dienstleistungsagentur für die Bibliotheken fest, ohne eine Pflichtmitgliedschaft der öffentlichen Bibliotheken im Büchereiverein zu verankern.

Viertens. Das Gesetz definiert die **Förderung** der Bibliotheken über den **kommunalen Finanzausgleich** als Pflichtaufgabe des Landes. Das halte ich angesichts der Entwicklung, die es dort gegeben hat, für sehr gut.

(Beifall SPD und SSW)

Fünftens. Das Gesetz stärkt die **zentralen öffentlichen Bibliotheken**, insbesondere die Universitätsbibliothek Kiel und die Landesbibliothek, durch die Regelungen zur Anbietungspflicht.

Meine Damen und Herren, das Gesetz definiert keine grundsätzlich neuen Aufgaben, die den Ruf nach

(Beate Raudies)

Konnexität auslösen könnten. Es schafft weder für das Land noch für Städte und Gemeinden zusätzliche finanzielle Herausforderungen, die gerade in der jetzigen Zeit schwer zu bewältigen wären.

Aber, lieber Kollege Sönnichsen, was hätten Sie denn gesagt, wenn wir das Gegenteil getan hätten? Das hätte Ihnen doch auch nicht gefallen. Dann hätte spätestens der Herr Kollege Koch hier vorn gestanden und gesagt, wir geben zu viel Geld aus. Sie müssen sich einmal entscheiden, was Sie denn nun kritisieren wollen, dass wir zu viel Geld bereitstellen oder dass wir kein Geld bereitstellen.

Lieber Kollege Sönnichsen, wenn ich Ihre Argumentation höre, es bedürfe keines Gesetzes, weil nur das geregelt werde, was ohnehin Standard sei, dann muss ich sagen: Wenn ich der Kollegin Rathje-Hoffmann gestern zugehört habe, hätten Sie mit der Argumentation von Ihnen auch Ihr Gesetz zur Regelung der Freien Wohlfahrtspflege nicht einbringen dürfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Als Letztes möchte ich sagen: Was ist denn schlecht daran, im Koalitionsvertrag festgeschriebene Projekte umzusetzen? Wir finden das richtig gut. Dann können wir nämlich sagen: Versprochen und gehalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind uns darüber im Klaren, dass es vonseiten der vielen Menschen in unserem Land, die sich für ein Mehr an Kultur einsetzen, weiter gehende Forderungen gegeben hat. Wir werden darüber wie immer offen in der schriftlichen und sicherlich auch mündlichen Anhörung im Bildungsausschuss diskutieren und noch in diesem Jahr als fünftes Bundesland in dieser Bundesrepublik das neue Gesetz verabschieden.

Ich bitte um Überweisung in den Ausschuss und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Sönnichsen, es gibt in diesem Landtag eine Landtagsbibliothek. Ich würde Ihnen empfehlen, dort einmal nachzuschlagen, wozu **Koalitionsverträge** dienen. In denen würde man wohl vereinbaren, was man sich in einer fünfjährigen Regierungszeit vornimmt. Wie die Kollegin schon sagte, haben wir versprochen und gehalten; wir haben geliefert. Nicht nur mit diesem Gesetz liefern wir jetzt weiterhin, sondern wir haben auch ganz viele andere Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag gemeinsam verabredet haben, die wir gemeinsam tragen und als ein gemeinsames Projekt dieser Küstenkoalition verstehen, vorangebracht und auch tatsächlich umgesetzt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, dass ich auch stolz auf das bin, was diese Küstenkoalition in den letzten vier Jahren schon geschaffen hat.

Meine Damen und Herren, brauchen wir, nicht nur Herr Sönnichsen, sondern brauchen wir alle, **Bibliotheken**? - Ja! Bibliotheken bewahren unser **kulturelles Erbe**. Denken Sie nur an den Brand der Anna Amalia Bibliothek in Weimar, der einen immensen, teils nicht mehr wiedergutzumachenden Schaden angerichtet hat. Dort sind nicht nur Bücher verbrannt, sondern dort sind das Wissen und das Denken unserer Vorfahren vernichtet worden, Erkenntnisse und Denktraditionen, auf denen wir bis heute fußen und auf die sich unser Handeln bezieht und begründet. Sicher ist dies ein besonderes Ereignis gewesen, aber es macht die Bedeutung von Bibliotheken bewusst.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Bibliotheken fördern demokratische Mitsprache. Sie bieten Zugang zu Information für jedermann und jedefrau. Sie führen schon Kinder dahin, sich die Welt auch lesend zu erschließen. Und sie bieten neben Büchern und Zeitschriften moderne Medien wie Filme oder E-Books an ebenso wie die Möglichkeit, sich mit dem Internet zu verbinden. Das Ganze geschieht nicht zum Nulltarif, aber doch zu Preisen oder Gebühren, die sozial verträglich sind und damit niemanden ausschließen. Sie erfüllen damit eine wichtige **sozialpolitische Aufgabe**; denn es ist eben keineswegs so, dass alle Menschen in unserem Land den gleichen Zugang zu Bildung und Medien haben.

(Marlies Fritzen)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Bibliotheken sind Treffpunkt, sehr häufig auch Ort interkultureller Begegnung. Sie leisten damit gerade auch aktuell einen wichtigen Beitrag zur Integration und Verständigung. Bibliotheken sind in diesem Kontext im besten Sinne existenzielle Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe.

Brauchen wir aber ein Bibliotheksgesetz? Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages empfahl 2007 in ihrem Abschlussbericht den Ländern, den Bestand an Bibliotheken zu sichern, sie gar zur Pflichtaufgabe zu machen und Bibliotheksgesetze zu verabschieden.

Die **Initiative Bibliotheksgesetz für Schleswig-Holstein**, mit der wir ja als kulturpolitische Sprecherinnen und -sprecher alle zusammen mehrfach in Diskussionen waren, zu der sich der Schleswig-Holsteinische Landesverband des Deutschen Bibliotheksverbandes, die Landesgruppe des Berufsverbands Information und Bibliothek, der Regionalverband Nordwest des Vereins Deutscher Bibliothekarinnen und Bibliothekare, unsere Landesbibliothek, die Stadtbibliothek Lübeck sowie die Büchereizentrale zusammengeschlossen haben, fordert ein solches Gesetz und begrüßt ebenso wie der Büchereiverein den vorliegenden Entwurf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Mit dem Gesetz werden die rechtlichen Bestimmungen für das Bibliothekswesen zusammengefasst. Es unterstreicht die Bedeutung von Bibliotheken im Land, es passt das Pflichtexemplarrecht an die modernen Medien und die schleswig-holsteinische Bibliothekswirklichkeit an, und es sichert die Landesbibliothek als oberste Landesbehörde ab. Insgesamt also stärkt es die Bibliotheken im Land, und das ist auch gut so.

Brauchen wir aber die Kritik der Opposition?

(Zuruf CDU: Ja! - Heiterkeit)

Im Grundsatz ja. Auch das würde man in einem Handbuch über Parlamentarismus nachlesen können. Im Grundsatz also ja, weil die Opposition ja schließlich dazu da ist zu kritisieren. Aber, Herr Kollege Sönnichsen, Ihre Kritik ist nicht konstruktiv. Sie hilft den Bibliotheken auch kein Stück weiter. Sie können sich nicht damit herausreden zu sagen, diese Frage stelle sich ja für Sie auch nicht. Sie lehnen sich jetzt einmal bequem auf weichen Oppositionsstühlen zurück. - Ich möchte Ihnen empfeh-

len, das im Verlauf der nächsten fünf Jahre auch weiterhin so zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Heiterkeit)

Das ist in der Tat bequemer, und da kann man die reine Lehre vertreten. Aber man kann nicht kritisieren, wenn man selber nichts tut. Sie haben an dieser Stelle keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gemacht. Sie machen sich dazu nicht einmal die Mühe.

Sie sagen aber, weniger sei mehr. Sie sagen, man brauche so ein Gesetz gar nicht, weniger sei mehr. Ich bin - wie Sie alle wissen - nicht die beste Rechnerin, aber ich glaube, das geht schon mathematisch nicht auf. Mit dem Blick zurück zeigt sich: Schwarz-Gelb hat die Mittel für die Bibliotheken gekürzt, die Küstenkoalition hat sie erhöht.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Schwarz-Gelb ergeht sich in pauschaler Ablehnung von Verbesserungen, die Küstenkoalition kümmert sich, und auch das ist gut so. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, bevor die Frau Abgeordnete Anita Klahn von der FDP-Fraktion das Wort erhält, gestatten Sie mir noch eine geschäftsleitende Bemerkung. Ich nehme wahr, dass es ein großes Bedürfnis gibt, zu stehen und hin und her zu gehen. Einer Rednerin aber die ganze Zeit über den Rücken zuzuwenden, halte ich nicht für besonders höflich.

(Anita Klahn [FDP]: Auch ein schöner Rücken kann entzücken! - Heiterkeit)

- Ich kann nicht beurteilen, wie Sie den Rücken von Herrn Arp einschätzen.

(Anhaltende Heiterkeit - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hätte ich nun auch nicht gerade erwähnt!)

Ich wollte die Bemerkungen jetzt nicht noch weiter ausufern lassen, und ich wollte auch nicht zu Ihrem Rücken Stellung nehmen, lieber Herr Kollege Stegner.

(Anita Klahn [FDP]: Gott sei Dank sagen Sie nichts zu meinem Rücken!)

Sie haben das Wort, Frau Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Vielen Dank. Nachdem wir das jetzt mit dem Rücken geklärt haben, lassen Sie mich Folgendes ausführen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es spannend, dass sich Frau Fritzen bereits an uns abarbeitet, obwohl wir noch gar nicht geredet haben.

(Heiterkeit)

Noch spannender finde ich es, dass Sie zu dem vorliegenden Gesetzentwurf gar nichts gesagt haben, sondern sich eigentlich nur in der Vergangenheit bewegt haben.

(Beifall FDP)

Auch Frau Raudies, die von einer vornehmen Zurückhaltung spricht, lässt völlig außer Acht, dass es um die **Finanzierung** und das Thema **Konnexität** geht. Dazu würde ich gern Näheres sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der 17. Wahlperiode hat die SSW-Abgeordnete Anke Spoorendonk schon einmal einen Entwurf für ein **Bibliotheksgesetz** in den Landtag eingebracht. Ich möchte an dieser Stelle feststellen, dass der damalige Entwurf deutlich mutiger war als das, was uns heute von Ihnen vorliegt.

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Genau. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Mutig war er. Dass wir diesen Entwurf damals nicht unterstützt haben, lag eindeutig an der Frage der Finanzierung.

Beide Gesetzentwürfe haben eine ganz wichtige Gemeinsamkeit: Sie hadern schlicht und einfach mit der Konnexitätsverpflichtung, die in der Landesverfassung festgeschrieben ist. Die **Bibliotheken** und die beteiligten Fachverbände haben eine ganz hohe Erwartungshaltung an das Bibliotheksgesetz gehabt. Diese betraf auch die Klärung von Finanzfragen. Das bleibt schlicht und einfach offen.

Der nun vorliegende Gesetzentwurf ist eine Ist-Beschreibung. Mein Gott, dafür brauche ich aber kein Gesetz. Sie machen keinerlei Ausblick und treffen keine verbindlichen Aussagen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geben Sie den Koalitionskollegen also nur ein gutes kulturpolitisches Gefühl. Inhaltlich bringen Sie aber niemanden voran, am allerwenigsten die Bibliotheken selbst. Auch die Aussage, dass es in fünf Bundesländern ein Bibliotheksgesetz beziehungsweise einen entsprechenden

Gesetzentwurf gebe und dass Schleswig-Holstein das Beste von allen habe, ist kein großer Wurf.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Klahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Bemerkung der Abgeordneten Fritzen?

Anita Klahn [FDP]:

Ja.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Kollegin, Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass dieser Gesetzentwurf lediglich die Gefühlslage der koalitionstragenden Fraktionen hebe. Das ist richtig. Das habe ich gerade schon ausgeführt. Das sage ich gern noch einmal.

Wie erklären Sie sich aber, dass all die Verbände, die dieses Gesetz gefordert haben - die Stellungnahmen sind online und somit nachzulesen -, sehr wohl auf die Desiderata hinweisen, es aber begrüßen und sich dadurch in ihrer Arbeit ausgesprochen unterstützt fühlen, Sie aber sagen, es werde nichts geregelt? Haben sie das nicht gelesen oder nicht verstanden, oder wie erklären Sie sich das?

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jeder liest anders!)

- Genau. Jeder liest anders.

Liebe Frau Fritzen, dann sollten Sie auch Gespräche führen und nicht nur das herauslesen, was Sie herauslesen wollen. Natürlich wird auch darauf hingewiesen, was noch fehlt. Insbesondere geht es um die Konnexitätsfragen.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das blenden Sie aber schlicht und einfach aus. Insofern lassen Sie uns im Ausschuss über den Gesetzentwurf sprechen. Wir werden uns gern mit konkreten Forderungen und Ideen einbringen. Dann sollten aber auch die Beteiligten zu Wort kommen. Entscheidend ist nicht nur das, was geschrieben ist und was Sie hier partiell darstellen.

All Ihr gesetzliches Bestreben zielt nur auf Absichtserklärungen und Handlungsanleitungen ab. Sie geben in Ihrer Begründung selbst unumwunden zu, dass mitunter „bewusst unbestimmte Rechtsbegriffe verwendet“ wurden, „um den Bibliotheksträ-

(Anita Klahn)

gern Spielräume zu ermöglichen und keine zusätzlichen Kosten zu verursachen“.

Ich sage es ganz deutlich: Wer den Bibliotheksträgern Spielräume geben will, der muss das nicht extra in ein Gesetz schreiben. Der kann den Trägern einfach Spielräume überlassen und auf entsprechende Vorgaben im Gesetz verzichten.

Den Hinweis in der Gesetzesbegründung, der auf die **Fahrbibliotheken** abstellt, können Sie sich in Ihr Bürokratie-Poesiealbum eintragen. Hier erklärt die Landesregierung, dass allein die Erwähnung der Fahrbibliotheken im Gesetzestext „deren besondere Bedeutung gerade für den ländlichen Raum bestärken“ soll.

Frau Ministerin, das ist etwas weltfremd. Entweder das Geld ist da, um Fahrbibliotheken unterhalten zu können, oder das Geld ist nicht da. Bei Letzterem ist es ziemlich egal, ob die Fahrbibliotheken im Gesetzestext stehen oder nicht.

Ich habe als Kommunalpolitikerin im Kreis Stormarn die Diskussion um den Erhalt der Fahrbücherei miterlebt. Es ist nur aufgrund der Hilfe eines privaten Fördervereins möglich gewesen, dies zu schaffen. Diesem Förderverein gehöre ich im Übrigen an.

Es ist bemerkenswert, dass Sie die Illusion aufrechterhalten wollen, dass Ihr Gesetz in irgendeiner Form Abhilfe schaffen kann. Ich sage: Das kann es nicht.

Meine Damen und Herren, den Höhepunkt der kulturpolitischen Vorspiegelung erleben wir im Gesetzestext unter § 3 Absatz 2, in dem es um die Fachkräfte geht. Hier heißt es unter Rückgriff auf eine Soll-Vorschrift:

„Öffentliche Bibliotheken sollen hauptamtlich von bibliothekarischen Fachkräften geführt werden.“

In der Begründung zu diesem Punkt steht dann aber:

„Absatz 2 sichert durch hauptamtliche bibliothekarische Fachkräfte ... kompetenten Service wie beispielsweise Beratung.“

Diese Begründung ist zumindest irreführend. Denn im Zweifel könnte sich der jeweilige Träger immer darauf berufen, dass mangelnde finanzielle Möglichkeiten den Einsatz von entsprechenden Fachkräften verhindern. Oder Öffnungszeiten müssen drastisch reduziert werden, weil das Fachpersonal nicht bereitgestellt werden kann.

Da das Land im Zweifel aus Gründen der Konnexität nicht gewillt ist, die Ausgleichskosten zu tragen, ist dieser Passus kein Beitrag zur Qualitätssicherung, sondern ein Beitrag zur Kostenvermeidung für das Land.

Ich halte den Gesetzentwurf in dieser Form für vollkommen überflüssig, weil er etwas regeln will, was er selbst nicht regeln kann, wenn das Land nicht bereit ist, für den Konnexitätsausgleich Geld in die Hand zu nehmen. Aus diesem Grunde sehen wir den vorliegenden Gesetzentwurf mehr als kritisch. Wir freuen uns daher auf die Beratung im Ausschuss und sind gespannt, was dabei herauskommt. Dass es die Ministerin besser kann, das beweist sie mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der Dänischen Zentralbibliothek. In diesem Fall haben Sie sehr deutlich festgeschrieben, was Sie für 172.000 € erwarten. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Sven Krumbeck.

(Zurufe)

- Nun hat der Abgeordnete Sven Krumbeck das Wort. Falls Sie einen Dreiminutenbeitrag abgeben wollen, dürfen Sie sich gern melden.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Bibliotheken sind ein wichtiger Teil unseres ganz alltäglichen Lebens. Sie sind da, und häufig macht erst ihr Verlust deutlich, welchen Wert sie haben, so zum Beispiel bei dem Brand der Anna Amalia Bibliothek in Weimar. Bibliotheken müssen daher sowohl strukturell als auch finanziell abgesichert werden. Es darf also keine Frage der Beliebigkeit oder der haushaltspolitischen Schwerpunktsetzung sein, ob es Bibliotheken gibt oder nicht. Bibliotheken erfordern den Einsatz von uns allen, um auch in Zukunft zu bestehen.“

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Super. Ich hätte mir an dieser Stelle ein bisschen mehr Applaus gewünscht, zumindest von den Kollegen.

(Sven Krumbeck)

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich stelle fest, man hat die Worte wiedererkannt. Diese Worte stammen nämlich aus der Pressemitteilung der Kollegin Anke Spoorendonk vom 8. Juli 2010. Dies war die Presseinformation zu ihrem Wortbeitrag zur Begründung eines SSW-Gesetzentwurfs, nach dem die Unterhaltung von öffentlichen **Bibliotheken** in Kreisen und Gemeinden zur Pflichtaufgabe gemacht werden sollte. Dem Land, den Kreisen und den Kommunen sollte die Unterhaltung einer bibliothekarischen Grundversorgung auferlegt werden.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Nichts von dem, was Anke Spoorendonk vor sechs Jahren gefordert hat, ist in der Sache falsch.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das zeigt aber, dass es viel einfacher ist, aus der Oppositionsrolle heraus viel zu fordern, als in Regierungsverantwortung etwas umzusetzen.

(Zurufe SPD)

- Mit Regierungsverantwortung haben wir noch nicht so viel Erfahrung. Wenn Sie das anprangern, können auch wir das anprangern.

(Beifall Uli König [PIRATEN] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Da das Bibliothekswesen eine Art Markenkern des SSW ist, lohnt sich ein Blick in den Koalitionsvertrag:

„Wenn es um die Vermittlung von Bildung und Kultur geht, spielen die Bibliotheken eine herausragende Rolle. Die Landesregierung wird deshalb in der ersten Hälfte der Legislaturperiode einen Entwurf eines Bibliotheksgesetzes einbringen, mit dem die Förderung der Büchereien und wissenschaftlichen Bibliotheken im Land und deren Arbeit erstmals auf eine eigenständige, solide Grundlage gestellt wird.“

Über den Zeitpunkt wollen wir uns jetzt nicht streiten. Die Kulturministerin hatte genug mit den geplanten Plänen zum Theaterneubau in Schleswig und der Neulandhalle zu tun. Was jetzt aber als Bibliotheksgesetz vorgelegt wird, ist leider dünn.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schlank!)

Der Status quo soll jetzt festgeschrieben werden. Tatsächlich hätte ich der Kulturministerin noch einen größeren Wurf aus eigener Kraft gegönnt.

Mit dem Gönnen ist es aber wie mit dem Träumen: Es bleibt sehr persönlich.

Für das Land müssen wir sagen: Dieser Gesetzentwurf tut wenig und bewegt leider noch weniger. Weder richtig gut noch richtig schlecht ist er. Da aber die Betroffenen sagen, dass sie lieber mit einem kleinen Gesetzentwurf als ganz ohne dastehen wollen, werden wir dem aller Voraussicht nach in der Beratung im Bildungsausschuss nicht im Wege stehen.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! 2010 legten wir als SSW-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf vor, der die **Bibliotheken** des Landes unterstützen sollte. Die Finanzkrise hatte in vielen Kommunen zu erheblichen Sparanstrengungen geführt, die auch die Bibliotheken betrafen. Damit rückte ein Ausverkauf dieser zentralen Bildungs- und Kulturinstitutionen in greifbare Nähe. Damals wie heute ist unser Antrieb die Sicherung und Weiterentwicklung der Einrichtungen. Daran hat sich auch heute nichts geändert.

Die Argumente von damals haben ihre Aktualität und Bedeutung nicht verloren. Bibliotheken dienen der allgemeinen, kulturellen, wissenschaftlichen und schulischen Bildung, der Bewahrung des kulturellen Erbes, der Unterhaltung sowie der Verwirklichung des Rechts auf Zugang zu Informationen und Wissen. Wer schon einmal die Internetplätze der Bibliotheken genutzt hat, weiß, dass für viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner die kommunalen Bibliotheken den einzigen kostenfreien Zugang zum Internet bieten. Das gilt in jüngster Zeit besonders für die Geflüchteten, die ohne den Internetzugang keinen Kontakt in die Heimat aufrechterhalten können. Bibliotheken sind Institutionen, die zu einer Gemeinde gehören wie das Rathaus und die Schule. Es geht nicht ohne sie. Darum genießen die Bibliotheken neben den Volkshochschulen in Schleswig-Holstein Verfassungsrang: In Artikel 13 ist festgelegt, dass das **Büchereiwesen** Aufgabe des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände ist.

(Jette Waldinger-Thiering)

Das Bibliothekswesen wird im Land übergreifend vom Büchereiverein geleitet. Dafür erhält er finanzielle Mittel aus dem Finanzausgleichsgesetz. Von daher ist es auch folgerichtig, dass der gesetzliche Rahmen nun von der Landesregierung vorgelegt wird. So sieht echte Umsetzung aus.

Zudem hat das Land seine finanzielle Verpflichtung anerkannt, indem es Geld für Projekte der **Digitalisierung** in den Bibliotheken bereitgestellt hat, insgesamt 430.000 €. Wir werden den weiteren Finanzbedarf der Bibliotheken vor allem im Bereich der Folgekosten der zunehmenden Digitalisierung im Auge behalten. Nach dem großen Erfolg der sogenannten onleihe ZWISCHEN DEN MEEREN zeigt sich, dass immer mehr Nutzer ihre Medien online anfordern und nutzen. Digitalisierung ist nicht kostenfrei.

Der **Büchereiverein** ist eine Institution, die das Büchereiwesen in Schleswig-Holstein einzigartig macht. Seine Arbeit kann man gar nicht überschätzen. Seine 130 Mitglieder sind durch die Gremienarbeit im Verein so gut vernetzt, sodass schneller als in anderen Bundesländern Erfahrungen weitergegeben werden können und sich Erfolgsmodelle durchsetzen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Historisch ist der Büchereiverein vor fast hundert Jahren in Flensburg aus der Nähe zur vorbildlichen dänischen Bibliotheksarbeit erwachsen, die zeigte, dass Bibliotheken eben keine Bücherhallen sind, sondern kulturelle Zentren der Erwachsenenbildung. Dass die Bibliotheken in Schleswig-Holstein fast genauso lange als Bildungseinrichtungen arbeiten können, wurde durch diese Impulse überhaupt ermöglicht. Aber auch die friesische Minderheit hat mit ihren Bibliotheken in Bredstedt und Alkersum wichtige Impulse gegeben,

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

indem sie zunächst im Alleingang friesische Medien erfasst hat und öffentlich zugänglich machte. Die dortigen Archive bewahren das **kulturelle Erbe** der **Minderheit** in absolut vorbildlicher Weise und ergänzen das Angebot der Slesvigske Samling in Flensburg, die über 50.000 Medien umfasst. Mit der Forschungsabteilung der Dansk Centralbibliotek werden nicht nur viele persönliche Nachlässe aus den Reihen der Minderheit verwahrt, sondern auch digital erschlossen. Das ist absolut vorbildlich. Mit dem im Dezember eröffneten Anbau des Nordfriisk Instituuts ist die Lagerung der empfindlichen

Dokumente in einem klimagesicherten Raum möglich, wie es schon seit Längerem auch in Alkersum der Fall ist.

Beide Bibliotheken bieten Interessierten darüber hinaus den Zugang zu Archivalien und Medien. Darum war es konsequent, diese Bibliotheken als wissenschaftliche Bibliotheken ausdrücklich im Gesetz zu berücksichtigen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bibliotheksgesetz ist dem SSW ein Herzensanliegen. Wir wollen mit dem Entwurf für die Bibliotheken als Kulturstätte werben, die jedem Mann und jeder Frau offensteht. Das Gesetz trägt dazu bei, die Bibliotheken zukunftsfest zu machen. Die Bibliotheken sind das Gedächtnis der Menschheit, sie sind die Brücken aus der Vergangenheit in die Zukunft. Sie sind Grundlage und Instrumente der wissenschaftlichen Forschung sowie der beruflichen und allgemeinen Bildung.

Ich bitte genauso wie meine Vorredner Beate Raudies und Marlies Fritzen, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung, vorgetragen durch unsere Kulturministerin Anke Spoorendonk, an den Bildungsausschuss überwiesen wird, damit wir dort das weitere Verfahren besprechen - eine schriftliche und eine mündliche Anhörung. Genauo wie jedes andere Gesetz wird auch dieses Gesetz behandelt. So ist es, Frau Klahn.

Ich möchte eines sagen: Wenn wir dieses Gesetz umgesetzt bekommen - und das tun wir dieses Jahr -, dann ist es so, dass es auch in den Bibliotheken, die durch den Büchereiverein gefördert werden, Öffnungszeiten gibt. Das muss eine Projektbeschreibung sein. Sie haben vorhin gesagt, die Ministerin könne es besser, für die dänische Bibliothek habe sie es reingeschrieben. Für die anderen Bibliotheken in Schleswig-Holstein regelt das der Büchereiverein. Deshalb sind unter anderem auch die Öffnungszeiten drin, weil Sie ansonsten nachher wieder hier stehen und fragen würden: Wieso konnte der Büchereiverein meiner Bibliothek Geld auszahlen, obwohl wir gar keine Öffnungszeiten haben oder andere Dinge, damit die Menschen kommen und sich Bücher leihen oder das Internet gebrauchen können?

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/3800 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Body-Cams unverzüglich einsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3849

Überwachungskameras verhindern keine Gewalt gegen Polizeibeamte

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3885

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe. Deswegen eröffne ich die Aussprache und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gewalt gegen Polizeibeamte hat inzwischen eine nicht zu akzeptierende Dimension angenommen. Die Berichte über Gewalt gegenüber Repräsentanten der Staatsgewalt, aber auch gegenüber Feuerwehrleuten oder Rettungskräften belegen dies in einer erschreckenden Weise. Dieser um sich greifenden Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft kann man sicherlich nicht allein mit Technologie und Schutzausrüstung begegnen. Respekt und Gewaltverzicht kann man nicht erzwingen und nicht verordnen. Das ist eine Frage von Erziehung, von Bildung, aber auch von den so oft gescholtenen altmodischen Tugenden. Aber es ist auch eine Frage der Haltung der Politik, die diesen Respekt aktiv einfordern muss.

Die kürzlich präsentierte Dunkelfeldstudie macht deutlich, dass das Vertrauen in die Polizei und ihre Handlungsfähigkeit - Gott sei Dank noch auf hohem Niveau, aber - abnimmt. Selbstverständlich ist es vor diesem Hintergrund erforderlich, einen Aufwuchs unserer Landespolizei nachhaltig zu organisieren.

Wer monatelang den Eindruck erweckt, einer ohnehin überlasteten Polizei könne man noch Kräfte abziehen, trägt nicht dazu bei, Vertrauen in die Hand-

lungsfähigkeit und Respekt gegenüber der **Polizei** zu stärken. Da haben Sie gestern endlich die Kurve gekriegt, und das erkenne ich ausdrücklich an.

Beide notwendigen Maßnahmen, das Eintreten für Respekt und Gewaltlosigkeit und die personelle Verstärkung, brauchen aber Zeit. Diese Zeit haben wir nicht, wenn wir erfahren, dass 2015 fast 1.100 Gewaltdelikte gegenüber 2.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Schleswig-Holstein begangen wurden. 355 Beamte wurden durch Gewalttaten verletzt, sieben von ihnen schwer. Das heißt, jeden Tag wird statistisch gesehen eine Beamtin oder ein Beamter unserer Landespolizei als Opfer von Gewalt verletzt.

Die CDU hat diese Situation mit einer neuen Regelung zum Schmerzensgeld aufgegriffen, die wurde umgesetzt. Präventiv kann der Einsatz von **Body-Cams** als deeskalierendes Einsatzelement hier sehr kurzfristig die Lage verbessern.

Andere Bundesländer wie zum Beispiel Hessen haben die Technologie bereits erprobt, und die Erfahrungen dort legen es nahe, auch unserer Landespolizei dieses Instrument an die Hand zu geben. Bei dem **Modellversuch** in Hessen gingen Widerstandshandlungen gegenüber den mit Body-Cams ausgerüsteten Beamtinnen und Beamten um 37,5 % zurück. Die eingesetzten Beamtinnen und Beamten nehmen eine deutlich gestiegene Kooperationsbereitschaft ihrer Problemklientel wahr. Spontane Solidarisierungseffekte mit Gewalttätern unterblieben vollständig. Der Bericht führt weiter aus:

„So dient die Body-Cam nicht nur der Verhütung von Angriffen auf Beamtinnen und Beamte durch die abschreckende Wirkung der offenen Bildbeobachtung. Vielmehr ergänzt sie dieses Element um die präventive Beweismittelsicherung, die Beamte entlastet, welche von unberechtigten Strafanzeigen beziehungsweise Beschwerden betroffen sind.“

Nun kann man die Gegebenheiten in Hessen sicher nicht ohne Weiteres auf Schleswig-Holstein übertragen. Inzwischen arbeiten aber auch die Bundespolizei, die Polizei in Hamburg, in Rheinland-Pfalz, in Bayern, in Bremen, in Berlin mit Pilotprojekten zur Body-Cam. Wir sind der Überzeugung, dass auch unsere Polizistinnen und Polizisten diesen zusätzlichen Schutz verdient haben. Deshalb wollen wir auch ein Modellprojekt auch für Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU)

(Dr. Axel Bernstein)

Herr Innenminister, ich habe in dem Perspektivpapier, das Sie vorgelegt haben, mit Freude gelesen, dass Sie den Einsatz von **Mini-Schulterkameras** grundsätzlich positiv bewerten. Was Sie aber konkret planen, sagen Sie nicht. Im Zweifelsfall tragen wir Sie auch an dieser Stelle gern zum Jagen.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, auch vor dem Hintergrund, dass rechtliche Vorarbeiten erforderlich sein werden, die Zeit brauchen, bis ein solches Modellprojekt beginnen kann. Dann ist jetzt der richtige Zeitpunkt, in die Beratungen einzusteigen. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kleine Anmerkung zum Kollegen Dr. Bernstein: „Man braucht noch rechtliche Vorbereitungen“ und „unverzüglich“ beißen sich ein wenig. „Unverzüglich“ bedeutet, man macht es sofort und kümmert sich dann um die rechtlichen Vorbereitungen. Das können Sie als Rechtsstaatspartei nicht gemeint haben.

Spätestens seitdem in den USA **Body-Cams** eine weite Verbreitung gefunden haben, wird über ihren Einsatz unter vielen Aspekten diskutiert. Übrigens ist uns darüber auch schon im Innen- und Rechtsausschuss berichtet worden. Es gibt diverse **Modellversuche** in verschiedenen - übrigens meist rotgrün regierten - Bundesländern, und die Modellversuche laufen zum Teil noch, aus gutem Grund.

Als Opposition kann man es sich natürlich einfach machen, schnell den unverzüglichen Einsatz fordern - das haben wir gerade gehört - und sich danach mit den zu klärenden Fragen etwas tiefer beschäftigen. Wer aber in die entsprechenden Berichte unter anderem der Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz guckt, der stellt fest, dass in den unterschiedlichen Pilotversuchen verschiedene Fragestellungen geklärt werden. Beim Einsatz von Body-Cams müssen folgende Fragen beantwortet werden: Wer filmt? Wie erkennen das Gegenüber und Unbeteiligte, dass sie gefilmt werden? An welchen Orten soll sie eingesetzt werden? Zu welchen Anlässen? Mit Ton? Die ganze Zeit? Mit oder ohne Vorlaufschleife? Wer hat Lesezugriff? Wer darf lö-

sen? Wie werden Unbeteiligte benachrichtigt? Und so weiter.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eine Body-Cam ist ein weitreichender Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung auch von Unbeteiligten. Deshalb stellt sich zunächst die Frage nach der Eignetheit.

(Beifall PIRATEN)

Die Body-Cam soll deeskalierend auf das polizeiliche Gegenüber wirken - gleich klatschen Sie wahrscheinlich nicht mehr - und damit die Zahl der Widerstandshandlungen und Angriffe auf Polizeibeamte reduzieren. Ja, wir benehmen uns anders, wenn wir gefilmt werden. Diese Wirkung ist ausdrücklich erwünscht, und die Auswertung der Modellversuche zeigt, dass zumindest in kriminalgeographischen Schwerpunkten der erhebliche Mehraufwand den Nutzen rechtfertigen könnte.

Für die Kollegen der CDU scheint die Sache damit erledigt zu sein. Es ist geeignet, **Gewalt gegen Polizeibeamte** zu reduzieren, also machen wir es unverzüglich; Ende der Durchsage. - Ich bin ja froh, dass Sie einmal etwas Geeignetes vorschlagen; häufiger schlagen Sie ja etwas Ungeeignetes vor, was sich nur gut anhört.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, die Eignung ist ein notwendiges, aber kein hinreichendes Kriterium. Da wir in Deutschland im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten erheblich höhere Datenschutzerfordernisse haben, wäre es mit dem Minimierungsgebot des Eingriffs schlecht vereinbar, wenn jeder Polizeibeamte 24 Stunden lang überall eine Kamera laufen hätte - von den Belastungen für die Körperausrüstung einmal ganz zu schweigen.

Auch die Angemessenheit muss gegeben sein. Was in öffentlichen Räumen bei entsprechender Schwerpunktsetzung angemessen sein kann, dürfte bei Einsätzen in Privatwohnungen - was in Hessen gefordert wird -, die für Polizeibeamte auch hochgefährlich sein können, häufig gefährlicher als im öffentlichen Raum, nicht zulässig sein.

Neben der direkten **Videoaufnahme** wird auch über Vorlaufschleifen und Audioaufnahmen diskutiert. Richtig ist, dass nur, wenn dauerhaft festgehalten werden kann, wie es überhaupt zu der Situation gekommen ist, und zur Beurteilung des Verlaufs nicht nur ein Stummfilm zur Verfügung steht,

(Dr. Kai Dolgner)

die Aufnahmen zur Aufklärung sinnvoll beitragen können.

Ich jedenfalls habe noch Zweifel, ob eine zusätzliche **Tonaufnahme** so stark zusätzlich deeskalierend wirkt, zur Videoaufnahme, dass sich ihr Einsatz allein aus der Eigensicherung, also aus der **Gefahrenabwehr** rechtfertigen würde. Dann würden wir aber die bestehenden Ermächtigungsgrundlagen zur Gefahrenabwehr verlassen und uns auf das Gebiet der Beweissicherung begeben. Das stellt sich die Frage, wieweit der Landesgesetzgeber überhaupt gehen kann und darf.

Um es zum Schluss deutlich zu sagen: Meine Fraktion spricht sich grundsätzlich für den Einsatz von Body-Cams aus, auch wenn wir sie nicht für ein Allheilmittel halten. So dürften sich zum Beispiel Betrunkene kaum beeindrucken lassen. Aber die Abwägung, welche Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte für welchen polizeilichen Nutzen, insbesondere die Eigensicherung, gerechtfertigt sind, sollten wir als Parlamentarier selbst treffen.

Als selbstbewusste Parlamentarier sollten wir im Ausschuss intensiv darüber diskutieren, auch über die unterschiedlichen Ergebnisse der Modellversuche, auch über die Fragen, die ich eben aufgeworfen habe - außer jemand kann sie schon abschließend beantworten. Der Kollege Breyer wird es wahrscheinlich können, weil er Videoaufnahmen grundsätzlich schädlich findet. Ich schätze, alle anderen werden wahrscheinlich keine so klare Antwort finden können bei der unterschiedlichen Lage. Eine Body-Cam ist nicht eine Body-Cam, auch wenn sich das beim Antrag der CDU erst einmal so anhört.

Zum Änderungsantrag der Kollegen der PIRATEN muss ich sagen: Auch Sie scheinen sich nicht einig zu sein. Der Erste, der Body-Cams in den Ausschussberatungen ins Spiel gebracht hat, war Mitte 2014 der Kollege Dudda, der dieses Instrument beim Thema Polizeigewalt vorgeschlagen hat. Daran können Sie sehen, dass man unterschiedlicher Auffassung sein kann, wie immer bei diesen Fragen. Auf der einen Seite habe ich einen Nutzen, auf der anderen Seite habe ich einen Eingriff in Rechte, auch von Unbeteiligten. Das sollten wir vernünftig abwägen. Wir müssen auch nicht dauernd Modellversuche machen, wir können auch einfach die Ergebnisse von laufenden Modellversuchen abwarten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich bin beim letzten Satz. - Dann können wir uns gemeinsam darüber unterhalten, was wir an rechtlichen Grundlagen ändern müssen. Das können wir allerdings erst dann wissen, wenn wir wissen, wie wir die Body-Cam überhaupt einsetzen wollen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allen Dingen lieber Kollege Dr. Bernstein! Wir Grüne stehen den **Body-Cams** kritisch, aber durchaus nicht ablehnend gegenüber. Ich halte es eher mit den Worten meines geschätzten Kollegen Dr. Tietze: „Erst grübeln, dann dübeln“.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu gehört die Feststellung, dass der bundesweite Probeinsatz von Body-Cams bei der Bundespolizei auf Bahnhöfen in Hamburg bis München erst in diesem Jahr anfängt. Die Landespolizei Hessen hat die erste Testphase bereits 2014 abgeschlossen und befindet sich zurzeit in der zweiten Erprobungsrunde. Hamburg testet seit Juni 2015 im Revier der Davidwache. Reinland-Pfalz erprobt Body-Cams seit Juli 2015 in zwei Einsatzgebieten in Mainz und Koblenz. Die Länder Bayern und Baden-Württemberg ziehen in diesem Jahr nach, und zwar an ausgesuchten Brennpunktorten in sogenannten Feiermeilen und Weggevierteln, in denen es aufgrund hoher Alkoholisierung häufig zu Schlägereien kommt.

Liebe CDU, warum wir angesichts dieser Fülle von laufenden Pilotprojekten, bei denen die unterschiedlichsten technischen Systeme, Einsatzszenarien und Zweckbestimmungen für Body-Cams erprobt und anschließend evaluiert werden, ausgerechnet in Schleswig-Holstein „unverzüglich“ mit dem Einsatz von Body-Cams beginnen sollen, können Sie keinem vernünftigen Menschen erklären.

(Beifall PIRATEN)

Denn wir haben in Schleswig-Holstein grundsätzlich keine besonderen Lagen oder Einsatzorte, die

(Burkhard Peters)

sich von den Situationen in den erwähnten Bundesländern maßgeblich unterscheiden.

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Bernstein, das Einzige, was Sie treibt, ist wieder einmal, Ihre famose Schneidigkeit im Bereich der inneren Sicherheit unter Beweis zu stellen, allerdings auch in diesem Fall ohne Sinn und Verstand.

Der sofortige flächendeckende Einsatz von Body-Cams in Schleswig-Holstein verbietet sich angesichts der vielen noch offenen Fragen, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem **Datenschutz**.

Wo darf das System zum Einsatz kommen? Nur im öffentlichen Raum oder auch im Privatbereich, wenn zum Beispiel gewalttätige Ehemänner der Wohnung verwiesen werden? Das sind ja häufig sehr gefahrenträchtige Situationen. Dient das System nur der **Eigensicherung** oder auch der **Gefahrenabwehr** oder der **Beweissicherung** in einem Strafverfahren? Sollen nur Bildaufnahmen oder auch Tonaufnahmen gefertigt werden? Wie sind die Lösungsfristen? Wer trifft die Lösungsentscheidung? Wie ist die nachträgliche Unveränderlichkeit der Dokumentation gewährleistet? Sollen auch die von der Aufnahme betroffenen Bürger und Bürgerinnen Zugriff auf die Dokumentation haben?

Das alles sind äußerst wichtige und vor allem noch völlig ungeklärte Fragen im Zusammenhang mit dem **Einsatz von Body-Cams**. Ihnen, Herr Dr. Bernstein, ist das des knalligen Effekts wegen aber offenkundig völlig egal. Sie wollen gleich loslegen. Vor einem Einsatz in Schleswig-Holstein brauchen wir aber eine genaue **Analyse**, an welchen Orten und bei welchen Einsätzen es in der Vergangenheit besonders häufig zu **Gewalt gegen Polizeikräfte** gekommen ist. Angesichts der nicht unerheblichen Kosten der auf dem Markt befindlichen Systeme - 20.000 € für vier Stück allein in Hamburg - wäre es völlig abwegig, alle Streifenbeamtinnen und -beamten auf dem platten Lande mit einer solchen Anlage auszustatten.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Uli König [PIRATEN])

Wir Grünen können dieser Technik nahetreten, wenn sie im konkreten Einsatzgeschehen im öffentlichen Raum tatsächlich eine **Deeskalationswirkung** hat. Jeder verhinderte gewalttätige Angriff auf Polizistinnen und Polizisten ist zu begrüßen. Die bisherigen Erfahrungen in Hessen legen dies nahe. Das bedarf aber genauerer Überprüfung.

Da Videoaufnahmen aber unbestreitbar einen **Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung**

darstellen, sind die damit verbundenen Rechtsfragen sehr intensiv und unter Einbeziehung der Datenschutzbehörden zu prüfen. Das geschieht bereits bei der Bundespolizei und in fünf Bundesländern. Wir sind in Schleswig-Holstein klug beraten, die in den anderen Ländern gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse abzuwarten, auszuwerten und uns die Übertragbarkeit auf die hiesigen Verhältnisse und Erforderlichkeiten genau anzuschauen. Ich gehe davon aus, dass das Projekt Body-Cams laufend von Innenministerkonferenz und Landespolizeibehörde begleitet und verfolgt wird. Genauer werden wir dann im Innen- und Rechtsausschuss beraten und erfahren. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU bezieht sich auf einen **Modellversuch**, der vor zwei Jahren in Hessen ausgewertet worden ist. Die dort erhobene Behauptung, durch den **Einsatz von Body-Cams** seien gewaltsame Übergriffe auf Polizeibeamte um 37 % zurückgegangen, klingt bombastisch, ist aber bei näherem Hinsehen ziemlich fragwürdig. Der Befund bezieht sich nämlich auf die stolze Zahl von 14 Fällen. Für jeden, der etwas von Statistik versteht, ist die Ableitung genereller Schlussfolgerungen angesichts dieser Zahl geradezu lächerlich.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Hinzu kommt: Während der Versuchsphase in Frankfurt am Main sind die hessischen Polizeibeamten immer zu dritt statt im Zweierteam unterwegs gewesen, wie sonst allgemein üblich.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Mit anderen Worten: Ob nicht die allein um 50 % erhöhte Mannstärke potenzielle Angreifer abgeschreckt hat und, in welchem Umfang auch immer, zum genannten Rückgang beigetragen hat, lässt sich im Nachhinein überhaupt nicht mehr feststellen.

(Beifall Anita Klahn [FDP] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Dr. Ekkehard Klug)

Angesichts total misslungener **Versuchsbedingungen** kann man aus diesen hessischen Untersuchungen wirklich gar nichts ableiten.

(Beifall FDP und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dass andere Bundesländer hier nun auch Pilotversuche gestartet haben, ist vorhin schon genannt worden. Auf jeden Fall ist die Aussagekraft der hessischen Untersuchungen, die die CDU in der Antragsbegründung ganz prominent heraushebt, eher bei null anzusetzen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wenn man darüber diskutiert, wann und unter welchen Bedingungen der Einsatz von Body-Cams vielleicht zulässig, machbar und sinnvoll ist, dann sollte das auf einer soliden Grundlage geschehen und nicht aus blauem Dunst heraus.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die derzeitige Ausgestaltung des Einsatzes polizeilicher Body-Cams lässt mit Blick auf das **Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung** erhebliche Zweifel aufkommen, ob ein solcher Einsatz verfassungskonform wäre. Hierzu sind insbesondere Fragen nach der hinlänglichen Bestimmtheit der Ermächtigungsgrundlage sowie Fragen der Verhältnismäßigkeit solcher Einsätze zu prüfen. Es geht also um notwendige verfahrensrechtliche Konkretisierungen, die in jedem Fall einer Zustimmung zu solchen Einsätzen unter bestimmten Voraussetzungen vorausgehen müssen.

Es geht mithin nicht nur, wie in dem völlig misslungenen hessischen Modellversuch, um die Frage nach dem polizeilichen Nutzen der Body-Cams. Es wäre sicherlich hilfreich, wenn erst einmal durch eine wissenschaftliche Untersuchung geklärt würde, welche Wirkung die Einführung von Videokameras zur Eigensicherung in Polizeifahrzeugen hatte, bevor man schon über eine Erweiterung der Überwachung mithilfe von Body-Cams beschließen will.

(Beifall FDP, Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Die FDP-Fraktion ist bereit, all diese Fragen weiter konstruktiv zu prüfen, aber nicht in der naiv-blauäugigen Form, wie sie in dem Antrag der CDU-Landtagsfraktion bedauerlicherweise offen zutage tritt. Den Antrag der Union lehnen wir daher ab.

Wir lehnen aber ebenfalls den Antrag der PIRATEN ab. Ihre Argumentation auf Seite 1 liest sich ganz gut, aber auf der folgenden Seite sind bedauer-

licherweise einige Schlussfolgerungen gezogen worden, die wir so nicht teilen können. Wenn Sie Videoüberwachung durch die Polizei generell ablehnen, frage ich mich, warum uns gerade der Kollege Breyer kürzlich in einer Sitzung des Innenausschusses die von dritter Seite angefertigte Videoaufzeichnung eines strittigen Polizeieinsatzes in Flensburg vorgeführt hat.

Bei den PIRATEN ist das so: Wenn die Polizei Videoüberwachung in irgendeiner vielleicht sinnvollen Weise macht, ist das etwas ganz Schlimmes und Böses. Wenn aber von dritter Seite Videoaufzeichnungen

(Wortmeldung Lars Harms [SSW])

- ich komme gleich dazu, Herr Kollege Harms - angefertigt werden, die tatsächliche oder vermeintliche Polizeiübergriffe aufdecken, dann ist das etwas ganz Tolles und Wunderbares, und Sie begrüßen das nach Kräften. Das ist eine Form politischer Schizophrenie bei den PIRATEN, die ich nicht nachvollziehen kann.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Harms?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Kollege Harms, ja bitte.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Lars Harms [SSW]: Vielen Dank, lieber Kollege. - Ich wollte eigentlich gar keine Frage stellen, sondern nur noch einmal auf eines aufmerksam machen: Sie haben gesagt, der Kollege Patrick Breyer wollte nur Videos veröffentlichen lassen, die in irgendeiner Art und Weise schon im Netz waren. Er hat aber sogar darauf gedrungen, dass Polizeivideos, die dort gemacht worden sind, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und öffentlich ins Netz gestellt werden. Er wollte zwar ein paar Verpixelungen hineinnehmen, aber das würde bedeuten, dass man in die informationelle Selbstbestimmung der Menschen dergestalt eingreift, dass ich das gar nicht ertragen könnte.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

- Der Kollege spricht immer hinter mir, aber er kann ja gleich selbst sprechen. Das darf er dann auch für sich selbst.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube nicht, dass es Aufgabe der Polizei ist, Aufnahmen zu tätigen, die dann in irgendeiner Art und Weise öffentlich gemacht oder ins Netz gestellt werden, und dann eben möglicherweise trotz Verpixelungen auch noch nachvollziehbar zu machen, wo sich Menschen aufgehalten haben. Das ist eigentlich nicht Aufgabe der Polizei. Ich glaube, das sind wir beide uns auch einig.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Da sind wir uns einig, lieber Kollege Harms. Ich finde, dass das eine sehr schöne Ergänzung ist, die noch einmal deutlich macht, dass die PIRATEN bei diesem Thema auf ganz merkwürdige Art und Weise mit zweierlei Maß messen.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Frage oder Bemerkung des Abgeordneten Dr. Breyer? - Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Dr. Klug, der Kollege Lars Harms hat ja schon selbst durch den Hinweis auf die Verpixelung, die wir gefordert haben, sein Statement diskreditiert.

Zu dem, was Sie gesagt haben, möchte ich Sie fragen: Würden Sie bestätigen, dass wir seit den Beratungen um das Versammlungsgesetz hier in Schleswig-Holstein einen ganz klaren Kurs der Videoüberwachung von Polizeieinsätzen verfolgen, nämlich dass wir sagen: Die Videoüberwachung von Straftaten nach der Strafprozessordnung reicht aus, es soll keine präventive Videoüberwachung geben? Würden Sie bestätigen, dass wir das immer so fordern und dass der Vorfall in Flensburg deswegen zu zeigen war, weil dort eben der Verdacht von Straftaten bestand?

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Lieber Herr Kollege Dr. Breyer, ich nehme das, was Sie hier dargelegt haben, gern so entgegen,

muss aber sagen, dass ich keine präzise Erinnerung mehr an die von Ihnen angesprochenen Zusammenhänge habe. Das mag meinem in diesem Punkt lückenhaften Gedächtnis geschuldet sein. Wie auch immer: Sie haben ja die glorreichen vergangenen Äußerungen Ihrer Fraktion noch einmal in Erinnerung gerufen. Das war die Antwort. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! CDU und SPD auf Bundesebene haben gerade die Vorfälle rund um Köln zum willkommenen Anlass genommen, eine Ausweitung der ohnehin ausufernden **Videoüberwachung** weiter Teile des öffentlichen Lebens zu fordern. Aber auch unter Rot-Grün-Blau in Schleswig-Holstein nimmt die Videoüberwachung des täglichen Lebens überhand.

Da verpflichtet die Landesregierung die Bahn ab diesem Jahr zur anlasslosen und massenhaften **Videoüberwachung aller Bahnfahrer** zwischen Flensburg, Kiel und Hamburg. Da werden Überwachungskameras an Streifenwagen installiert. Da sieht ein neues Versammlungsgesetz die Videoüberwachung ganzer Demonstrationzüge sogar mit Drohnen vor. Gestern wurde bekannt, dass der Innenminister in einem internen Strategiepapier sogar die Anschaffung von Schulterkameras für Polizeibeamte befürwortet - wie wir heute hören mussten, durchaus nicht auf Ablehnung in der Koalition stoßend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir PIRATEN möchten nicht in einer Welt leben, in der alles, was wir tun und sagen, aufgezeichnet wird, weil man unter ständiger Beobachtung nicht mehr frei handeln kann und weil Überwachungskameras eben nicht von Gewalt abschrecken - so das Ergebnis vieler unabhängiger wissenschaftlicher Studien.

(Beifall PIRATEN)

Der von der CDU gestellte hessische Innenminister täuscht die Öffentlichkeit, wenn er behauptet, dass das Filmen von Polizeieinsätzen mit Schulterkameras dort **Gewalt gegen Polizeibeamte** verhindere. Die Selbststudie der dortigen Polizei gibt für diese Behauptung nichts her; denn - das hat Herr Kollege Dr. Klug noch nicht erwähnt - zum Ersten wurde

(Dr. Patrick Breyer)

während dieses hessischen Modellversuchs eine verstärkte taktisch-kommunikative Aus- und Fortbildung der eingesetzten Beamten vorgenommen. Allein diese verbesserte Aus- und Fortbildung kann schon den Rückgang von Gewalt erklären. Zum Zweiten - wie Kollege Dr. Klug schon sagte - waren bei den videoüberwachten Einsätzen in Hessen drei statt zwei Beamte vor Ort. Angesichts dessen ist es doch kein Wunder, dass weniger Gewalt zu verzeichnen ist.

Der Evaluierungsbericht der hessischen Polizei regt selbst an, zukünftige Pilotprojekte von Beginn an offiziell wissenschaftlich begleiten zu lassen, damit überhaupt eine seriöse Aussage getroffen werden kann. Der Landesverband Hessen der Deutschen Polizeigewerkschaft warnt sogar, Body-Cams könnten dazu führen, dass Menschen bei Einsätzen ohne Kamerapräsenz rechtmäßige polizeiliche Maßnahmen nicht mehr ohne Widerstandshandlung über sich ergehen lassen könnten, weil sie davon ausgingen, dass ein Nachweis mit Filmmaterial nicht möglich wäre.

Auch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen hat nach eingehender **Erforschung gewalttätiger Übergriffe auf Polizeibeamte** in seinem über 100-seitigen Forschungsbericht den Einsatz von Überwachungskameras mit genau null Zeilen bedacht, Herr Dr. Bernstein. Es fordert stattdessen zum Beispiel eine evaluierte Aus- und Fortbildung, den verstärkten Einsatz weiblicher Beamter, eine bessere Einsatzvor- und -nachbereitung, deeskalierende Kommunikation sowie den verstärkten Einsatz von Schutzausstattung. Lesen Sie sich das durch, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Innenminister, ich fordere Sie erstens auf, tatsächlich wirksame Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Gewalt gegen Polizeibeamte zu ergreifen, statt unseren Polizeibeamten nur Schutz vorzugaukeln; denn Kameras können diesen gerade nicht leisten.

(Beifall PIRATEN)

Zweitens. Machen Sie sich für eine unabhängige und **aussagekräftige Evaluierung** in anderen Bundesländern stark - nicht so, wie es in Hessen geschehen ist.

Drittens. Lassen Sie bis dahin die Finger weg von Körperkameras für unsere Polizeibeamten!

(Beifall PIRATEN)

Unser Land braucht mehr Vertrauen zwischen Bürgern und Polizei, aber nicht mehr Misstrauen und Überwachung.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Polizisten werden nicht selten angegriffen. Laut CDU sollen nun Mini-Schulter-Kameras bei der Landespolizei eingesetzt werden, um Polizistinnen und Polizisten besser vor Übergriffen zu schützen. In Hamburg und Hessen hat man diese bereits eingesetzt und sammelt erste Erfahrungswerte. Gleiches gilt für die Bundespolizei. Dort werden diese Body-Cams in einigen Gebieten bereits eingesetzt und getestet. Laut Union - so steht es in dem Antrag - gibt es keinen Grund, der gegen die Einführung von sogenannten Body-Cams spricht.

Dann will ich an dieser Stelle einige Gründe nennen, die doch dagegensprechen.

Im Innen- und Rechtsausschuss durften wir uns bereits einen einminütigen Ausschnitt von der Räumung des Flensburger „Luftschlosses“ ansehen. Dabei wurde sehr schnell deutlich, wie schwer es sein kann, eine **Bewertung des Videoausschnittes** vorzunehmen. Die Krux ist doch: Die Geschehnisse vor und nach der Aufnahme - sie war ja nur 1 Minute lang - bleiben völlig unbekannt. Diese können jedoch im Tatverlauf entscheidend sein.

Vor allem, was den Aspekt der Handlungen vor dem Einschalten der Kamera betrifft, gibt es Kritisches anzumerken; denn ob jemand bewusst oder unbewusst provoziert wurde, bleibt völlig unbekannt. Das weiß man nicht, weil man nur diesen Ausschnitt hat.

Im Vorhinein abgesprochene Verhaltensweisen, sei es unter Polizisten oder unter Demonstranten, bleiben ebenfalls unbekannt. Zudem ist das Blickfeld sehr eingeschränkt und kann eine größere Gruppe von Menschen nicht berücksichtigen.

Gleiches gilt für das Geschehen an benachbarten Schauplätzen. Es ist schwierig zu sehen, welches externe, nicht erkennbare Ereignis Einfluss auf das ausgeübt hat, was sich in der Videosequenz wiederfindet. Hinzu kommt, dass eine solche Aufnahme nur ein Puzzleteil eines großen Ganzen ist. Die Aussagefähigkeit ist - maximal - sehr eingeschränkt.

(Lars Harms)

Ferner müssen die **datenschutzrechtlichen Fragen** beleuchtet werden: Wie sieht es mit den Speicherfristen aus? Wie sieht es mit dem Nutzungsrecht des Bürgers aus? Hat er auch irgendwann Zugriff? Wie hoch ist der zu erwartende Verwaltungsaufwand, wenn man diese Aufnahmen in irgendeiner Form nutzen will? Müssen die Videosequenzen öffentlich zugänglich sein, um Rechte Dritter zu wahren, wie es Kollege Dr. Breyer unter Bezugnahme auf einen konkreten Fall vorgeschlagen hat? Oder werden die **Rechte Dritter** nur dadurch gewahrt, dass die Videosequenzen der Öffentlichkeit gerade nicht zur Verfügung gestellt werden, sie also nicht öffentlich nutzbar sind? Es gibt also doch noch einige Fragen, die erst einmal geklärt werden müssen.

Ein anderer praxisrelevanter Aspekt betrifft die **Ankündigung des Einschaltens der Kamera**. Da der Polizist in Rechte Dritter eingreift, bedarf es dieser Ankündigung. Die Polizisten müssen entsprechend geschult werden, wann und wie, das heißt unter welchen Bedingungen sie es tun dürfen. Man muss wissen, dass eine richtige Einschätzung in bestimmten Situationen nicht innerhalb von Sekunden möglich ist. Daher ist das Einschalten an sich schon mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Weitere Hindernisse sind in Betracht zu ziehen, zum Beispiel das Vergessen des Einschaltens der Kamera oder das bewusste Nichteinschalten. Auch das Unterlassen des Einschaltens kann in der späteren juristischen Bewertung einer Situation eine Rolle spielen, das heißt, entsprechend ausgelegt werden. Wie wäre es zum Beispiel, wenn das unterlassene Einschalten einer Kamera dergestalt gedeutet würde, dass der Polizist eine Handlung bewusst nicht filmen wollte?

(Beifall SSW und PIRATEN)

Dann steht der Polizist womöglich irgendwann in der Rechtfertigungspflicht. Das wollen wir doch sicherlich verhindern.

In den USA ist man schon deshalb dazu übergegangen, die Kameras bei Außeneinsätzen dauerhaft einzuschalten. Das allerdings bedeutet, dass immer alles und jeder gefilmt wird. Ob wir das wirklich wollen, ist zumindest fraglich.

Man sieht, hier entstehen Fragen über Fragen und Probleme über Probleme, die erst einmal geklärt werden müssen.

Als ein Argument - oft sogar als Hauptargument - pro Body-Cams wird der **Selbstschutz** angeführt. Dazu sage ich: Unsere Landespolizei weiß sehr wohl, sich selbst zu schützen. Die Polizisten haben

das gelernt. Ich glaube nicht, dass eine solche Mini-Schulterkamera jemanden, der in Rage geraten ist, davon abhalten kann, gewalttätig zu werden.

Wenn man ganz ehrlich ist, kommt man zu dem Ergebnis, dass der einzige wirkliche Wert einer solchen Body-Kamera in der **Dokumentation von Vorgängen** zu sehen ist. Das ist der einzige Wert - mit all den Einschränkungen, die ich schon benannt habe und die nicht unbedingt gering zu schätzen sind.

Insgesamt gibt es also aus der Sicht des SSW noch erheblichen Beratungsbedarf. Eine ganze Reihe von Fragestellungen ist noch nicht geklärt. Wir müssen erst einmal klären, in welchen Zusammenhängen dies überhaupt denkbar ist. Dann mag es eine Entscheidung geben. Aber zunächst sind wir noch, das muss ich Ihnen so sagen, sehr skeptisch.

(Beifall SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne angehende Justizfachwirtinnen und Justizfachwirte beim Landgericht Lübeck und Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Altenholz. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir kommen nun zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Keine Sorge, mein Beitrag dauert keine 3 Minuten, Herr Präsident. - Ich muss eine kurze Erklärung abgeben. Es stand hier im Raum, ich würde aufgrund meiner Zugehörigkeit zur Gewerkschaft der Polizei bei diesem Thema den Raum aus Protest verlassen haben. Das ist dummes Zeug.

Wer sich daran erinnern kann, der weiß, dass ich beim Polizeibeauftragten gewiss eine Position vertreten habe, die meiner Gewerkschaft nicht gefallen hat. Unter dieser leide ich, wenn man es so ausdrücken will, gewerkschaftlich heute noch. Niemals würde ich wegen eines solchen Themas den Saal aus Protest verlassen; das ist dummes Zeug.

Was über den Innen- und Rechtsausschuss gesagt wurde, trifft zu. Ich habe zum gegebenen Zeitpunkt den Versuch in Hessen aufmerksam begleitet und darin Positives gesehen. Aber auch als PIRAT lernt man dazu. Ich habe festgestellt, dass die Body-Cams so, wie sie jetzt verwendet werden, dummes

(Wolfgang Dudda)

Zeug sind. Deswegen bin ich mit dem Antrag meiner Fraktion vollständig einverstanden.

Das war nötig, um es einzuordnen. - Danke.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament sehe ich nicht. Dann hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Herr Stefan Studt, das Wort.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte werden täglich in hoher Zahl mit **Widerstandshandlungen und Gewaltdelikten** konfrontiert. Wir haben davon bereits gehört. Angesichts dieser Entwicklung wird nicht nur von der CDU-Fraktion gefordert, die mobile Videotechnik am Mann als ein ergänzendes Element zur Deeskalation und als Mittel der polizeilichen Eigensicherung in Betracht zu ziehen.

Es ist richtig: Auch ich stehe einem Einsatz von Body-Cams offen gegenüber, wenn sie die Sicherheit unserer Polizeibeamten verbessern können. Erste Erfahrungen aus anderen Bundesländern weisen in diese Richtung.

Äußerungen wie die von Ihnen, Herr Bernstein, sind, glaube ich, überflüssig. Wir haben bereits von Herrn Dr. Dolgner dazu gehört. Wir haben über das Thema im Innen- und Rechtsausschuss gesprochen. Sie wissen, dass wir die Versuche konstruktiv begleiten. In Hessen gibt es den Einsatz seit 2013; es war damals ein **Pilotversuch** im Vergnügungsviertel Alt-Sachsenhausen. Wir haben die Motivation für aggressives Verhalten von übermäßig alkoholisierten Besuchern im Innen- und Rechtsausschuss dezidiert diskutiert.

Einen ähnlichen Versuch gibt es in Hamburg. Der Versuch startete im Juni 2015 im Zuständigkeitsbereich der Davidwache, die verantwortlich für das Vergnügungsviertel St. Pauli ist. Wir haben auch gehört, dass der abschließende Bericht der Hamburger Bürgerschaft im ersten Quartal 2017 vorgelegt werden soll.

Richtig ist, dass ich - auch in dieser Diskussion, die wir aktuell führen - gesagt habe, dass wir nicht warten wollen, bis der letzte Bericht über ein Pilotverfahren vorliegt, sondern dass wir uns im Innen- und

Rechtsausschuss - dahin gehört diese Frage - mit den Rahmenbedingungen beschäftigen müssen. Diese sind völlig offen - Herr Dr. Dolgner hat diese zu Recht dargestellt.

Wie stellen wir uns den Einsatz der Kamera in der Praxis vor? Wollen wir, dass einer von drei Polizisten diese Kamera trägt? Soll es ein Zweierteam geben, von dem einer diese Kamera trägt? Soll es so sein wie in Hamburg, dass einer abseits der Gruppe von fünf weiteren Beamten, die durch das Vergnügungsviertel ziehen, diese Kamera trägt? Erlauben Sie mir bitte den Hinweis: In Hamburg sind derzeit nur vier Kameras im Einsatz; der Einsatz ist bei Weitem nicht flächendeckend.

Wir haben auch schon die folgenden Fragen gehört: Sollen die Kameras durchgehend laufen? Sollen Video- und Audioaufnahmen oder sollen nur Videoaufnahmen gemacht werden?

Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, die wir im Innen- und Rechtsausschuss fachlich bewerten müssen; wir müssen diese vor allem mit der Polizei, mit unseren Experten bewerten. Was ist aus deren Sicht praxisrelevant? Was ist für Schleswig-Holstein notwendig? Welche Situation besteht hier tatsächlich, die den Einsatz entsprechend sinnhaft macht?

All diese Dinge würde ich gern mit Ihnen erörtern. Ich glaube, der Innen- und Rechtsausschuss ist dafür das richtige Gremium. Dann können wir diese Fragen dort aufnehmen.

Ich will an dieser Stelle aber noch eines deutlich sagen: Alles, was erwiesenermaßen zur **Erhöhung der Sicherheit** der Kolleginnen und Kollegen im operativen Dienst beiträgt, wird von uns konstruktiv geprüft. Wo es ein positives Votum gibt, wird es tatsächlich umgesetzt. Die anstehenden Ausstattungsverbesserungen mit Stichschutz und Außen-tragehülle sind dafür, glaube ich, der aktuelle Beleg.

Wenn die Body-Cams ein derartiges Instrument sind, dann wird es den Einsatz der Body-Cams in Ergänzung zur Aus- und Fortbildung, in Ergänzung zur Vor- und Nachbereitung von Einsätzen geben. Das ist selbstverständlich.

Herr Harms, ich will deutlich sagen: Ich bin sehr davon überzeugt, dass wir eine gute Ausbildung, dass wir eine gute Fortbildung durchführen, dass wir ein gutes **Einsatztraining** haben. Trotzdem zeigen in der letzten Zeit mehr und mehr Lageberichte, dass es immer wieder Distanzlosigkeit und Respektlosigkeit gibt und es trotz der guten Aus- und Fortbildung zu der einen oder anderen körperlichen

(Minister Stefan Studt)

Beeinträchtigung kommt. Diese Dinge müssen wir uns noch einmal gemeinsam ansehen.

Wichtig ist: Es ist eine Abwägung zwischen dem Sicherheitsgefühl der Polizistinnen und Polizisten im Verhältnis zum Eingriff, den die Kameras in das informationelle Selbstbestimmungsrecht bedeuten. Aber genau hier liegt unsere Verantwortung, entweder in die eine oder andere Richtung zu entscheiden. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist eine Überweisung an den Ausschuss beantragt. Der Antrag Drucksache 18/3849 und der Änderungsantrag 18/3885 sollen an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke, das ist einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

Bericht zur schulischen Qualitätsentwicklung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3719

Qualitätsentwicklung an den Schulen Schleswig-Holsteins

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3879

Ich erteile der Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst, das Wort.

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! **Qualitätsentwicklung** ist einer unserer Schwerpunkte in der Bildungspolitik. Es ist sicherlich auch einer der wichtigsten Punkte. Deswegen ist es mir eine große Freude, dass wir Ihnen einen Bericht zur Qualitätsstrategie an den Schulen in Schleswig-Holstein vorgelegt haben und heute darüber diskutieren.

Wenn wir ein wenig zurückblicken, stellen wir fest, dass sich das Bildungssystem in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren doch recht zum

Guten verändert hat. Wir haben durch das Schulgesetz eine **Verankerung des zweigliedrigen Bildungssystems**, sodass alle Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen die Möglichkeit haben, alle Abschlüsse zu erreichen.

Wir haben neue Fachanforderungen, die sich an den Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz orientieren. Wir haben zunehmend inklusiven Unterricht. Wir sind auch dabei, uns dem Thema „Lernen in der digitalen Gesellschaft“ zu stellen. Es gibt mehr Ganztagschulen, die die Bildungslandschaft bereichern. Wir verbessern die Übergänge von der Schule in den Beruf. Die Schulen haben all diese Anforderungen gut bewältigt.

Wir haben auch bei den **Lehrerstellen** deutliche Korrekturen vorgenommen. Wenn wir die derzeitigen Zustände mit den Plänen zum Ende der letzten Wahlperiode vergleichen, stellen wir fest, dass wir den Stellenplan um gut 2.000 Lehrkräfte korrigiert haben, und wir haben die Rahmenbedingungen an den Schulen mit schulischen Assistenzen und mit Schulsozialarbeit erheblich verbessert.

Damit haben wir gute Rahmenbedingungen; aber bei der Frage der Bildungsqualität muss weiterhin etwas getan werden. Das stellen wir jetzt ins Zentrum.

In dem vorliegenden Bericht haben wir alle Maßnahmen genannt. Ich denke, sie alle hier im Einzelnen anzusprechen, das würde den Rahmen deutlich sprengen.

Deshalb noch einmal zu den wichtigsten Punkten, die wir hier auf den Weg bringen: Der eine ist, dass wir für die **Qualität eines Bildungssystems** eine Form der **externen Evaluation** für unverzichtbar halten. Ich weiß, dass dies einigen in der Opposition wehtut; aber es war ein Fehler, dass Sie EVIT damals abgeschafft haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben uns mit den anderen Bundesländern gut ausgetauscht, bevor wir unser System - wir nennen es **Schulfeedback** - zum ersten Februar eingeführt haben. Unser Anspruch ist, durchaus auf die Kritik einzugehen, die es gegeben hat. Es soll weniger Bürokratie geben. Es ist ein dialogorientiertes Verfahren, das die Schulen bei ihrer Arbeit unterstützt. Es wird auf freiwilliger Basis angeboten. Wir haben eine gute Handvoll Schulen, die sich, bereits bevor das Konzept bekannt war, mit einer externen Evaluation auf den Weg machen wollen.

(Ministerin Britta Ernst)

Der zweite zentrale Punkt, der für die Qualitätssicherung sehr wichtig ist, ist, sich gelegentlich einen Überblick über die Schülerleistungen in einem Bundesland zu verschaffen. Dort haben wir bundesweit **Instrumente**, die nach PISA auf den Weg gebracht worden sind. Diese Instrumente nennen sich **VERA**. VERA 3 greift in der dritten Klasse und VERA 8 in der achten Klasse. Das sind Testungen, die den Schulen einen ganz deutlichen Hinweis geben, wo sich die Leistungen ihrer Schülerinnen und Schüler im bundesweiten Vergleich bewegen, wo die Schule steht.

Wir haben die Diskussion aufgegriffen und bieten den Schulen künftig mit VERA 6 an, in der langen Zeitspanne zwischen VERA 3 und VERA 8 eine weitere Testung vorzunehmen.

Es haben sich jetzt schon 140 der weiterführenden Schulen dafür interessiert. Das zeigt, dass wir mit dieser Maßnahme genau richtig liegen. Die Schulen wollen selbst Informationen haben, um die Qualität ihrer schulischen Arbeit zu verbessern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein dritter Punkt ist uns auch sehr wichtig, nämlich einen **Bildungsbericht** auf den Weg zu bringen. Auch der wurde aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen einmal abgeschafft. Ich denke, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir, um die Diskussion über Bildungspolitik breit und auf sachlicher Grundlage zu führen, einmal die Kerndaten darstellen. Gleiches gilt für die Entwicklung im Bildungssystem, denn wir wollen nicht nur hier im Landtag, sondern auch in der Fläche mit den vielen Akteuren in der Bildungspolitik diskutieren und um die besten Lösungen ringen. Deshalb finden wir, es ist eine Dienstleistung des Bildungsministeriums, zum Beispiel die vielen Eltern in die Lage zu versetzen, gut an Informationen heranzukommen. Deshalb freuen wir uns, dass wir in der zweiten Jahreshälfte diesen Bericht vorlegen werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn man sich die Entwicklung der Schullandschaft anschaut, dann würde ich immer daran festhalten, dass die PISA-Studie einen wichtigen Impuls in Deutschland gegeben hat. Wir haben daraus gelernt, dass wir uns mit **empirischer Bildungsforschung** beschäftigen müssen, dass wir im Bildungsbereich zwar unsere Meinungen und Überzeugungen haben sollen und auch darum ringen, dass wir uns aber immer die

Fakten vergegenwärtigen sollten. Ich glaube, das war der zentrale Impuls.

Wenn wir uns im **Rückblick** die **Bildungslandschaft** seit 2001 anschauen, stellen wir fest, wir haben in Deutschland, aber auch in Schleswig-Holstein durchaus unsere Hausaufgaben gemacht. Es ist uns gelungen, die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sehr schwachen Kompetenzen zu verringern. Es ist uns gelungen, die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die gar keinen Schulabschluss erreichen, deutlich zu verringern, auch wenn wir jetzt einen kleinen Trend in die falsche Richtung haben. Es ist uns gelungen, den Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu lockern. Auch das ist ein großer Erfolg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen aber, dass wir an diesen Punkten noch weiter arbeiten müssen. Wir wollen sozial noch gerechter werden. Wir stagnieren deutlich, wenn es darum geht, die Potenziale der Leistungsspitze noch besser zu unterstützen. Hier hat es seit PISA keinerlei Bewegung gegeben. Das ist ein wichtiger Punkt, dem wir uns auch widmen. Ich hoffe, dass unser Bericht eine gute Grundlage ist, um weitere Maßnahmen zur Qualitätsstrategie zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Volker Dornquast das Wort.

Volker Dornquast [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie legen hier einen sehr ausführlichen **Bericht zur schulischen Qualitätsentwicklung** vor. Danke dafür, es ist sehr viel Theorie. Qualität kann sich nur da entwickeln beziehungsweise nur da verbessern, wo effektive Strukturen bestehen und entsprechende praktische Maßnahmen möglich sind. Bei all den beschriebenen teils freiwilligen externen und internen Evaluationen und bei Vergleichsarbeiten und Lernstandserhebungen darf nicht vergessen werden, dass die Hauptaufgabe der Schulen nicht die Erarbeitung von Berichten ist, sondern das Lernen und das Unterrichten der Schüler.

Bereits im Jahr 2012 hofften Lehrer, Schüler und Eltern, dass endlich Schulfriede eintritt, dass die ge-

(Volker Dornquast)

setzlich fixierten Strukturen nunmehr fest seien und dass man mit der inhaltlichen Arbeit in Ruhe und in längerer Kontinuität beginnen könne. Doch weit gefehlt, es begann eine neue Strukturdiskussion. Zusammen mit der Neugestaltung der **Lehrerausbildung** zum Einheitslehrer kommen Sie Ihrem obersten Ziel der Einheitsschule immer näher. Schön für Sie, aber diese Politik geht am Willen der Eltern vorbei. Das hindert Sie aber nicht daran, Ihre ideologischen Ziele auf Biegen und Brechen durchzusetzen, und das auf dem Rücken unserer Kinder.

(Zurufe SPD)

Darüber hinaus wurden kleine, ja an manchen Stellen zu kleine Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, ohne Rücksicht auf die benachbarten Gymnasien und die Regionalen Berufsbildungszentren, genehmigt. Diese Entwicklung wurde bei der Schaffung von zusätzlichen notwendigen Lehrerstellen nicht ausreichend berücksichtigt. Insbesondere Ihre Zielvorgabe, die **Zahl der Abiturienten** erheblich zu erhöhen, wurde bisher nicht mit den dafür notwendigen **Rahmenbedingungen** begleitet. Es gab hierbei keine Abstimmung mit unserem Handwerk, das dadurch natürlich in Zukunft Probleme bei der Nachwuchswerbung hat.

Gleichzeitig mehren sich die Klagen der Hochschulen, dass sich die **Studierfähigkeit der Abiturienten** weiter verschlechtert. Deshalb bestehen Überlegungen, diese mit sogenannten Nullsemestern nachträglich herzustellen. Es kann aber nicht die Aufgabe unserer Hochschulen sein, unsere Abiturienten fit für die Universität zu machen. Auch hier scheint ein von der Regierung bisher nicht gelöstes Problem zu bestehen. Wichtiger, als die Zahl der Abiturienten zu erhöhen, ist meiner Ansicht nach das Ziel der größeren Chancengerechtigkeit in diesem Bildungsbereich.

Sie stellen einleitend in Ihrem Bericht fest, dass sich die **Leistungen der Schüler** deutlich verbessert haben. Leider geben Sie aber keine ausreichenden Nachweise für diese Aussage. Meine Vermutung ist hier eine andere: Reduzierung der Leistungsanforderung, um dadurch die Steigerung der Abiturientenzahl zu erreichen.

Im letzten Jahr kamen mit den zahlreichen **Flüchtlingskindern**, für die natürlich auch die allgemeine Schulpflicht gilt, neue und sehr komplexe Herausforderungen auf unsere Schulen zu. Nicht nur die Schülerzahlprognosen der Vergangenheit wurden damit ausgehebelt und damit auch die Zahl der notwendigen Lehrerstellen, auch die besondere Situation mit den fehlenden Sprachkenntnissen und den

kulturellen Unterschieden macht besondere Kraftanstrengungen unserer Schulen erforderlich.

Sie beschreiben in Ihrem Bericht die Strukturen und die Aufgaben der DaZ-Zentren. Natürlich ist es erforderlich, alles zu tun, damit diese Situation nicht zulasten der übrigen Unterrichtsqualität geht. Sie beschreiben weiter auch die Ausweitung der Inklusion mit den Folgen für unsere Schulen. Ob dafür die verzögerte Einstellung von **Schulassistenten** der ideale Weg ist, möchte ich bezweifeln; insbesondere auch, weil diese nicht bedarfsgerecht, sondern nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Bis heute gibt es keine klare Aufgabenbeschreibung. Besser wäre es gewesen, die Finanzmittel, die hierfür verwendet werden, in die Stärkung des pädagogischen Personals, insbesondere im Bereich der Sonderpädagogen, zu stecken.

(Beifall CDU)

Die Anzahl der **Fehlstunden** in unseren **Schulen** ist immer noch zu hoch. Es fehlt hier ein Push gegen den Unterrichtsausfall. Die Festlegung in der Statistik zum Beispiel in Stunden der Selbstbeschäftigung ist zwar interessant, sie ist aber kein geeignetes Mittel gegen Stundenfehl.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Der Bildungspolitiker Stegner ist ganz aufgeregt, wie kommt das? - Sie beschreiben richtig die Schulprogramme als Basis für die Weiterentwicklung der Schulen. Dafür müssen diese natürlich zeitgerecht fortgeschrieben werden. Wichtiger Bestandteil der Qualitätsvorgaben für unsere Schulen sind die vorgegebenen Fachanforderungen für die verschiedenen Fächer und Stufen. Hier ist eine stetige Anpassung an die modernen Entwicklungen notwendig. Wie Sie es beschreiben, sollen hier Schritte erfolgen. Wir sind gespannt, wie sie aussehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte dieses Thema gern im Ausschuss weiter diskutieren, insbesondere auch die weitere Entwicklung des IQSH und somit die Qualität der Lehrerfortbildung. - Danke schön.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den kommenden Wochen starten die neuen Anmelderunden für die weiterführenden Schulen. Im Vorwege haben die Schulen bei Tagen der offenen Tür ihre eigenen Leistungen und Besonderheiten präsentiert. Ausschlag dafür war auch **PISA 2000**. Dies war ein Wendepunkt, der den Blick der Deutschen bei Öffentlichkeit auf unsere Schulen entscheidend verändert hat.

PISA hat in allen 16 Bundesländern nicht nur Debatten, sondern auch sehr konkrete Entscheidungen darüber ausgelöst, wie wir unter Wahrung der föderalistischen Pluralität unsere **Schulsysteme** weiterentwickeln sollen. Die deutsche Schule des Jahres 2016 ist nicht mehr die Schule des Jahres 2000, sie ist sehr viel besser geworden. Dieser Landtag und die Landesregierungen der letzten zehn Jahre, jedenfalls soweit Sozialdemokraten an ihnen beteiligt waren, haben Reformen auf den Weg gebracht, in deren Mittelpunkt die Eigenverantwortung der Schulen und die der einzelnen Pädagoginnen und Pädagogen stehen.

Nach dem Jahr 2000 wurden in Schleswig-Holstein **Schulprogramme** geschrieben, die es ermöglichen, die eine mit der anderen Schule zu vergleichen. Heute sind diese eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für Eltern und Kinder, eine Schule zu wählen oder auch nicht. Ab dem Jahr 2003/04 wurde in Schleswig-Holstein EVIT, die externe Evaluation, auf den Weg gebracht. Sie war bundesweit bestaunt, und alle anderen Bundesländer sprangen auf diesen Zug mit auf. Es war eine bedauerliche Fehlentscheidung der CDU/FDP-Regierung, das System EVIT nicht zu verbessern, sondern ersatzlos abzuschaffen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Warum wurde zum Beispiel nicht versucht, die Schulen gemeinsam mit dem IQSH auf dem Weg zu einer besseren Qualität zu begleiten, statt nur die Kosten zu sehen und deswegen das Fallbeil zu senken? Evaluation ist kein Ausdruck von Misstrauen, sondern die Chance, die Schwächen einer Schule zu erkennen und diese dann sinnvoll aufzuarbeiten.

Wir glauben an den Nutzen einer Evaluation und die sich daraus ergebende Qualitätssteigerung. Es ist deshalb der richtige Weg, angesichts der verhältnismäßig geringen personellen Ressourcen, die für das **Schul-Feedback** zur Verfügung gestellt werden können, die Teilnahme bis auf Weiteres für freiwillige Schulen anzubieten. Ich traue unseren Schulen

mehr Fähigkeit zur Selbstreflexion zu als die Opposition, und ich glaube nicht, dass sich nur die Schulen nach vorne drängen, an denen sowieso alles rundläuft.

Ich traue auch denjenigen, die an der **Evaluation** beteiligt sind, mehr zu als die Opposition; denn natürlich werden Lücken in der Personalversorgung, die es bei allen unseren Bemühungen noch gibt, und die zusätzlichen Herausforderungen durch die minderjährigen Flüchtlinge auch Gegenstand der Betrachtung sein,

(Beifall SPD)

weil nicht jede Schule gleichermaßen souverän mit diesen Rahmenbedingungen umgeht. Es kann und wird definitiv kein Ziel des Schul-Feedbacks sein, einer Schule die Schwächen aufzuzeigen und sie dann alleinzulassen.

Es geht nicht um das Sammeln von Punkten oder gar um landesweite Rankings, die völlig kontraproduktiv wirken würden, weil die Schulen mit schwächeren Bewertungsergebnissen, statt besser zu werden, von den Eltern gemieden würden, womit sich deren Probleme potenzieren würden.

Bereits in der 16. Legislaturperiode hat das Bildungsministerium einen äußerst innovativen Landesbildungsbericht vorgelegt. Das ist seitdem leider nicht fortgesetzt worden. Dass wir in diesem Jahr, also nach acht Jahren, einen neuen **Landesbildungsbericht** erhalten sollen, der dann alle zwei Jahre fortgeschrieben wird, ist eine gute Nachricht nicht nur für die Bildungspolitikern und Bildungspolitikern im Landtag, sondern auch für die gesamte Öffentlichkeit.

Dieses Jahr wird das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen in Berlin einen neuen Vergleich der Bundesländer für die Sekundarstufe I präsentieren, und im Dezember wird die neue PISA-Studie veröffentlicht. Wir haben also ein ganzes Jahr vor uns, in dem die Qualitätssicherung und die -weiterentwicklung an unseren Schulen im Mittelpunkt stehen werden.

Wir wollen nach einer Anlaufphase die Befunde des Schul-Feedback im Ausschuss erörtern, und wir wollen, dass der Bildungsbericht des Ministeriums auch zum Gegenstand einer Parlamentsdebatte wird. Der Bericht der Landesregierung wirft verschiedene Fragen zur Qualitätsentwicklung an unseren Schulen auf und gibt darauf unterschiedliche Antworten. Wir sollten ihn im Bildungsausschuss weiter beraten und konkrete Schlussfolgerungen ziehen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Kai Vogel)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich anders anfangen, Herr Dornquast, weil ich den Eindruck hatte, dass die Große Koalition eigentlich ein großes Übel ist, jedenfalls in den meisten Fällen,

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

aber im Bereich der Schulreform in Schleswig-Holstein wirklich für ein Tauwetter gesorgt hat und dass die alte Grabenkampfrhetorik von Einheitschule und Einheitslehrer eigentlich der Vergangenheit angehören müsste. Aber Sie haben noch einmal voll in die sozialistische Mottenkiste gegriffen und uns den Einheitslehrer vorgeworfen. Ich kann es einfach nicht verstehen. Wir hatten vorher fünf Lehramtsstudiengänge, und wir haben jetzt fünf Lehramtsstudiengänge. Das sollten Sie als hochschulpolitischer Sprecher eigentlich wissen.

Aber außer Herrn Dornquast und der FDP redet eigentlich kaum noch jemand von der Einheitsschule. Dies gibt super Raum für **Qualitätsdebatten**. Diese hatten wir lange nicht.

Sehr interessant war eine Studie von John Hattie, einem neuseeländischen Bildungsforscher. Der hat nämlich einmal untersucht, welche Einflussfaktoren es auf Lernerfolge gibt. Er hat in einer Meta-Studie 138 Einflussfaktoren untersucht, was interessant ist: Denn was gehört zu den Top Ten? Die Debatten, die wir hier normalerweise führen, sind nicht dabei. **Strukturfragen** spielen bei Hattie keine große Rolle. Die Klassengröße, sagt er, ist eigentlich irrelevant. Er sagt auch, ob es leistungshomogene Gruppen oder Differenzierung gibt, ist auch nicht das Entscheidende. Aber Klarheit und Glaubwürdigkeit der Lehrkraft sind entscheidend. Vor allem - und das setzt auch dieser Bericht an - Klarheit, Reflektionsperspektive der Lehrkräfte und die Frage: Sind Lehrkräfte in der Lage, auf die Perspektive ihrer Schülerinnen und Schüler einzugehen, und zwar auch im Unterricht, und daraus Schlüsse zu ziehen und ihr Unterrichtskonzept gegebenenfalls anzupassen?

Das klingt jetzt vielleicht nicht griffig. Deshalb erzähle ich einmal ein Beispiel. Ich war in der Deutschen Schulpreis-Schule, der Anne-Frank-Schule in Bargteheide; das ist eine Gemeinschaftsschule mit Oberstufe. Dort war ich während einer Klassenlehrerstunde in der 6. Klasse. Es war sehr interessant mitzuerleben, was dort passierte. Der Klassenlehrer, der auch Englisch unterrichtet hat, hat die Schülerinnen und Schüler gefragt: „Sagt mal, warum geht ihr eigentlich nie zu mir in den Englisch-Kurs, sondern zu meinem Kollegen?“ Dann kamen einige vorsichtige Bemerkungen, und eine Schülerin sagte dann zu dem Englischlehrer: „Sie sind so englischfanatisch.“ Das ist für einen Englischlehrer vielleicht nicht schlecht. Aber daraus ergab sich, dass die Schülerinnen und Schüler Angst vor dem hohen Niveau und den Eindruck hatten, sie könnten nicht alles verstehen, müssten aber alles verstehen, was er an englischen Instruktionen in den Unterricht gibt.

Danach entspann sich eine Debatte darüber, ohne dass er seine Position verlassen hätte, warum er das mit ihnen macht, und die Schülerinnen haben gesagt, was ihnen helfen würde, um auf dem Niveau anzukommen. Sie haben also kleine Zugbrücken besprochen, was es den Schülerinnen und Schülern konkret einfacher machen würde, seinem Unterricht zu folgen. Das ist genau das, was John Hattie und was die Qualitätsdebatten wollen. Das bedeutet **Reflektion** über den eigenen Unterricht und über **Unterrichtsmethoden**.

Das ist für uns im Parlament vielleicht ein bisschen bitter, weil solche Sachen nicht durch den Automatismus, dass wir das Schulgesetz ändern oder dass wir einen neuen Haushaltstitel machen, bewirkt werden, sondern es hat eben ganz viel mit der Frage von Qualität in Schule zu tun. Das heißt nun auch wiederum nicht, dass unsere Debatten total irrelevant sind, logischerweise nicht. Die finanzielle Ausstattung der Schulen muss besser werden; darüber sind wir uns einig. Auch die Strukturen müssen verlässlich sein. Dafür sind die Weichen aber bereits sehr gut gestellt. Zu dem Maßnahmebündel hat gerade Britta Ernst bereits sehr viel ausgeführt.

Ich freue mich besonders über das **Schul-Feedback**, weil es - das ist nur für Herrn Dornquast eine Selbstbeschäftigung - sehr viel mit Unterrichtsqualität zu tun hat. Es war schon ärgerlich - vielleicht lag es daran, dass die Hattie-Studie damals noch nicht bekannt war -, dass die bildungspolitischen Leistungsverweigerer von der FDP dieses EVIT-Programm abgeschafft und ersatzlos gestrichen haben. Umso besser ist es, dass Frau Ernst

(Anke Erdmann)

das jetzt mit ihrem kleinen und kompetenten Team wieder einführt, und zwar freiwillig und passgenau.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

- Genau, das ist einen Applaus wert.

Das Einzige, das einen traurig machen kann, ist, dass wir nicht noch mehr Mittel dafür aufwenden können. Aber das wird möglicherweise noch.

Für die Qualitätsdebatte müssen wir natürlich noch andere Punkte im Blick behalten, die jetzt nicht aufgeführt sind. Das ist die Frage Lehrernachwuchs, das ist die Frage Inklusion - auch da sind wir dran -, und es ist die Frage Übergänge zwischen den einzelnen Systemen. Aber auch da geht es in großen Schritten voran.

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. Es wurde auch mal Zeit. Let's talk about quality.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Wenn man die bildungspolitischen Denke der Regierungskoalition verstehen will, dann muss man sich nur den ersten Satz des sogenannten Berichts zur **schulischen Qualitätsentwicklung** in Schleswig-Holstein zu Gemüte führen. Dort heißt es:

„Nach dem Beschluss des Schulgesetzes 2014 mit der Verankerung von zwei weiterführenden Schularten in Schleswig-Holstein werden die bildungspolitischen ... Fachdiskussionen stärker von Fragen der Qualität des Bildungssystems ... bestimmt.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das heißt, meine Damen und Herren, nichts anderes als: Jetzt, da SPD und Grüne den Weg für das Einheitsschulsystem nach ihren ideologischen Vorstellungen bereitet haben, kümmern Sie sich endlich auch einmal um die **Qualität im Schulsystem**. Das ist, ehrlich gesagt, ein Armutszeugnis. Wir reden als Elternvertreter seit gefühlt zehn Jahren darüber, dass es nicht auf die Struktur einer Schule ankommt, sondern auf die Inhalte.

Frau Kollegin Erdmann hat es ja gerade gesagt. Die Hattie-Studie hat bewiesen, dass es nicht auf die Struktur einer Schulform ankommt, sondern auf die Lehrkraft und auf die Inhalte, mit denen der Unterricht gestaltet wird.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Erdmann?

Anita Klahn [FDP]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrte Frau Kollegin Klahn, wie bewerten Sie es, dass im Schulgesetz ab Klasse 5 sowohl die Zweigliedrigkeit festgeschrieben sind als auch die Ergebnisse des Bildungsdialogs? Genau diese Zweigliedrigkeit wurde vonseiten der Landesregierung abgefragt und vorgeschlagen und dann vom breiten Plenum bestätigt. Wie bewerten Sie das, und was ist daran Einheitsschule? Das verstehe ich nicht.

Anita Klahn [FDP]:

Liebe Frau Kollegin Erdmann, was ich mit meiner Aussage eben darstellen wollte, ist dieses: Wir hatten ein gutes Schulsystem mit Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen sowie mit Schulen in freier Trägerschaft, die noch ganz besondere Angebote hatten.

(Zurufe SPD)

Ich wollte darauf hinweisen, dass wir ein großes, buntes und **individuelles Schulsystem** hatten, in dem jedes Kind den Bereich finden konnte, in dem es am besten aufgehoben war. In der Großen Koalition haben Sie es geschafft, die Schulformen kaputt zu machen. Heute haben wir weder die Hauptschule noch die Realschule. Es war ein unsäglicher Kompromiss, in deren Folge Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen nebeneinander existierten.

(Zuruf SPD: In welches Jahrhundert wollen Sie zurück?)

Die Gymnasien leben Gott sei Dank noch. Mit all Ihren Maßnahmen bringen Sie aber schon deutlich zum Ausdruck, dass Sie den Gymnasien nicht über

(Anita Klahn)

den Weg trauen. Nichts anderes habe ich Ihnen damit versucht mitzuteilen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine zweite Bemerkung beziehungsweise Frage der Frau Abgeordneten Erdmann?

Anita Klahn [FDP]:

Ja, gern.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Klahn, ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir sehr klare Aussagen getroffen haben. Wir haben gesagt, dass Stabilität ins Schulsystem kommt. Es gibt das Zwei-Säulen-Modell. Ich bitte Sie, außerdem zur Kenntnis zu nehmen, dass wir die Förderung der freien Schulen verbessert haben. Ferner bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass die PISA-Ergebnisse von 2001 mit 25 % funktionalen Analphabeten unter männlichen Jugendlichen im Alter von 15 Jahren nicht unbedingt ein Qualitätsausweis gewesen sind. Oder sehen Sie das etwa anders?

- Sie haben vorhin gesagt, ich solle das zur Kenntnis nehmen. Mehr möchte ich auch nicht tun.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Bloß nicht nachdenken! Das wäre schwierig!)

Meine Damen und Herren, mit der Abschaffung der Schulübergangsempfehlung und weiteren Maßnahmen hat die Landesregierung die Gymnasien benachteiligt und von innen ausgehöhlt. Die Lehrerbildung wurde auf den Einheitslehrer getrimmt. Die Qualität der Bildung war bei all dem egal - Hauptsache, die Systemumstellung erfolgte.

Der Bericht ist insgesamt eine Aufzählung quer durch den schulpolitischen Garten. Welche qualitativen Ziele die Landesregierung aber definiert und mit welchen Maßnahmen sie die Umsetzung plant, ist nicht erkennbar. Mir stellt sich die Frage, was Frau Ministerin Ernst überhaupt unter **Qualität** versteht.

Heißt das für Sie, Bildungsstandards bei Abschlussprüfungen abzusenken, wie Sie es zuletzt im Bereich der Rechtschreibung beim Abitur gemacht haben? Verstehen Sie unter Qualität, den Schulen immer neue Aufgaben im Bereich der Inklusion und Integration von Flüchtlingen aufzulasten, ohne ihnen entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen? Ist es für Sie Qualität, wenn in den neu geschaffte-

nen Oberstufen der Gemeinschaftsschulen nur 45 % der Lehrkräfte im Mathematikbereich eine Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II haben? Glauben Sie, dass die Qualität steigt, wenn man den Leistungsgedanken aus den Schulen verbannt, wie Sie es mit der Abschaffung von Noten beweisen? Oder halten Sie es für einen qualitativen Fortschritt, wenn bei der Neufassung der Lehrpläne, die jetzt Fachanforderungen heißen, der Wissensaspekt immer weiter hinter einer Kompetenzorientierung zurückfällt? Am Beispiel des Fachs Geschichte zeigte sich, dass das Ganze erst auf Druck der Fachkollegen zurückgenommen wurde und Sie das jetzt überarbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, vor allem die **Unterrichtsversorgung** muss verbessert werden. Wir müssen etwas gegen den Fachlehrermangel insbesondere im MINT-Bereich unternehmen.

(Beifall FDP)

Wenn man den Schulen nicht die Mittel zur Verfügung stellt, um etwaige Probleme zu beheben, dann hilft auch die schönste Evaluation nichts.

(Beifall FDP)

Der **Schul-TÜV** wurde von der Interessenvertretung der Lehrkräfte und vom Philologenverband kritisiert. Die Abschaffung von EVIT war die einzig richtige logische Konsequenz. EVIT heißt externe Evaluation im Team. Das bedeutet nichts anderes, als dass Lehrer A und Lehrer B sich gegenseitig überprüfen. Wie das Ergebnis aussieht, ist ja wohl klar.

(Unruhe SPD)

Meine Damen und Herren, am freiwilligen Schul-TÜV nehmen von knapp 800 Schulen in Schleswig-Holstein nur sieben teil. Das kann man mit Sicherheit nicht als ein gelungenes Verfahren bezeichnen.

Wenn die Landesregierung mehr mit den Lehrern reden würde, dann wüsste sie vielleicht besser, wo der Schuh drückt. So ist es die Empfehlung der Lehrerverbände, den kostspieligen, arbeitsintensiven und völlig bürokratischen Schul-TÜV auf Eis zu legen. Außerdem sind die Schulen mit VERA und anderen externen Erhebungen sowie einer gut genutzten internen Evaluation gut versorgt.

Zahlen scheinen auch nur zu verwirren. Deswegen verzichtet der Bericht weitgehend darauf.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Auf die Seitenzahlen!)

(Anita Klahn)

Wenn es um Qualitätsentwicklung geht, wäre es hilfreich, einige Vergleichszahlen zu präsentieren.

(Beifall FDP)

Zum Beispiel wäre es interessant, die Entwicklung bei den unterschiedlichen bestehenden Lernstandserhebungen vorzustellen. Darauf verzichten Sie aber gern.

Weitere Probleme werden auch nicht angesprochen. Interessant ist zum Beispiel das, was weggelassen wird. Dies betrifft zum Beispiel die **Lage** im offenen und gebundenen **Ganztagsbereich**. Wie sieht es mit der Betreuungssituation aus? Brauchen wir qualitative Verbesserungen bei den Schulmensen? Ich bin mir sicher, dass es noch Handlungsbedarf gibt. Aber auch das wird nicht aufgegriffen, geschweige denn problematisiert.

Zum **Unterrichtsausfall** sagen Sie im Qualitätsbericht auch nichts. Nur ein neues Erhebungssystem einzuführen, reicht da nicht. Ich glaube, die Landesregierung hat kein Konzept, wie sie dem Unterrichtsausfall begegnen will.

So wird die Qualität in unserem System nicht behoben. Der vorliegende Bericht gibt keine Antworten, sondern lässt viele Fragen offen. Diese werden wir aber sicherlich noch im Bildungsausschuss stellen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Einsamer Höhepunkt des Tages! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Immerhin hatten Sie heute schon einen Höhepunkt! - Heiterkeit)

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke der Ministerin und ihrem Haus für den vorliegenden Bericht. Ich hatte ihn schon kritisch kommentiert. Ich tue das heute wieder.

Der Anspruchsvolle hätte sich eine deutliches Mehr an konkreten neuen und innovativen Handlungsoptionen gewünscht. Der Geduldige - und dazu zähle ich mich ausdrücklich, weil ich für viele bildungspolitische Grundideen dieser Regierung Sympathien habe - hätte sich mindestens eine **Gedankenskizze** gewünscht, die die Felder wenigstens an-

spricht, die eine **Qualitätsoffensive** bitter nötig haben. Eine Ideensammlung, die echte qualitative Akzente setzt. Stattdessen verharrt der Bericht in altbekannten Zahlenkolonnen und Merkmalen, die nicht nur veraltet sind, sondern noch nicht einmal repräsentativ für alle Schulen sein können.

Ich möchte das an wenigen ausgewählten Beispielen deutlich machen. Wenn ein **Bildungsbericht** etwas zur **Qualität** sagt, muss er zwingend auch etwas zur **Unterrichtsversorgung** sagen. Wir haben den Bericht zur Unterrichtssituation bereits zur Kenntnis genommen. Ausdrücklich wird dort an verschiedenen Stellen deutlich, dass wir sehr große Unterschiede in der Versorgung haben. Immer wieder hören wir, dass Schulen, die einen großen Mangel zum Beispiel an Lehrerstunden beklagen und diesen in einen Zusammenhang mit der zu leistenden Aufgabe setzen, keinen repräsentativen Charakter haben. Man erklärt uns, dass es große regionale Unterschiede gibt. Dann muss ich zwingend auch ein weiteres Feld für die Qualitätssicherung annehmen.

Die Regierung macht es sich einfach. Sie schiebt die Verantwortung gern auf die Schulleitungen und lässt diese als Mangelverwalter allein.

(Beifall PIRATEN und Volker Dornquast [CDU])

Ohne eine gleichmäßige gute **Versorgung** wird es keine Fortschritte in der Qualitätsentwicklung geben. Dass darüber nichts gesagt wird, verwundert. Oder sind wir auf dem völlig falschen Pfad? Sollten wir nicht, wenn wir über Schulleiter sprechen, uns einmal über die **Berufsbildung** derselben unterhalten? Könnte es ein Qualitätsmerkmal sein, über das Anforderungsprofil zu sprechen und hier ganz neu anzusetzen? Dann würden die multiprofessionellen Teams in Schulen auch tatsächlich Sinn machen. Dann hätten die Schullassistenten nicht den faden Geschmack von Hilfsarbeitern, die zu niedrigem Lohn den Job von Lehrern machen müssen, wie wir es von den pädagogischen Hilfen kennen.

Diesen Schritt geht die Landesregierung aber nicht. Sie spricht weiter von statistischen Durchschnittswerten und druckt sie auf geduldiges Papier.

Ein anderes Feld. Von den Vor-Ort-Besuchen wissen wir, dass es auch in der **Ausstattung** große Unterschiede gibt. Während ein reicher Schulträger Systemadministratoren einstellt und somit die Lehrer von diesen Aufgaben entlastet werden, bleiben diese an anderen Schulen allein zuständig. Das Problemfeld heißt doch: gleichwertige Ausstattung.

(Sven Krumbeck)

Es reicht nicht, die Verantwortung dafür auf die Schulträger zu übertragen. Da muss man doch ganz konkret die **Strukturfrage** stellen und einen Prozess in Gang setzen, um sich damit zu beschäftigen. Wir haben doch weniger ein Kompetenz- als ein Ausstattungsproblem. Aber da geht keiner ran.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Solange wir keine vergleichbaren Verhältnisse haben, können wir auch nichts vergleichen oder gar bewerten.

Ich bleibe dabei: **Schul-TÜV**, egal ob freiwillig oder verbindlich, macht erst Sinn, wenn die Verhältnisse dies hergeben. Hier liegt die Verantwortung des Landes für die Unterrichtsqualität. Da will aber keiner ran.

Lehrerarbeitszeit. Das ist eine echte Möglichkeit zur Qualitätsentwicklung. Ich bin mir sicher, wenn wir hier neue und gute Akzente setzen würden, würden sich das Bild des Lehrers in diesem Land und seine Motivation und Fortbildungsbereitschaft deutlich erhöhen.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Ein anderes Feld: **Chronotypen.** Ich weiß, dass Frau Ernst das in Hamburg schon erfolglos versucht hat, aber nicht, weil es falsch ist, sondern weil es Mühe macht. Unser System ist träge.

Dieser Bericht zeigt, dass wir es zusammen in Bildungsfragen auch sind. Mir bleibt der Bericht viel zu sehr in der Vergangenheit hängen. 15 Jahre PISA, 12 Jahre Bildungsstandards. Der Blick in die Zukunft ist mir zu unscharf. Darum bleibe ich dabei: zu wenig Neues, zu wenig Mut für einen guten Bericht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer von Schulen als Teil eines Systems erwartet, dass sie sich fit machen für die Schüler der Gegenwart, der muss das auch vom ganzen System erwarten. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Bildungsministerin, vielen Dank für den Bericht. Mir ist durchaus klar, dass nicht jeder hier im Haus und auch nicht jeder

Verband den gleichen Eindruck hat. Aber für den SSW muss ich deutlich sagen: Wir sind heilfroh über die Tatsache, dass wir die Zeit der ewigen Strukturdebatten hinter uns gelassen haben. Nach unserer Überzeugung muss Bildung Chancen eröffnen und darf keine Steine in den Weg legen.

(Beifall Lars Harms [SSW], Peter Eichstädt [SPD] und Thomas Hölck [SPD])

Deshalb setzt Rot-Grün-Blau auf längeres gemeinsames Lernen statt auf „Schubladisierung“ und auf die möglichst inklusive Beschulung von Kindern mit Förderbedarf. Unnötige Hürden und das frühzeitige Aussortieren sind Ansätze von Vorgestern. Wir wollen möglichst kein Kind zurücklassen und allen gute Bildungschancen bieten. Am Ende soll jeder Schüler und jede Schülerin den für sie oder ihn bestmöglichen Abschluss machen können.

Aus Sicht des SSW haben wir hierfür mit unserem **Schulgesetz** und der reformierten Lehrerbildung eine gute und solide Basis geschaffen - nicht zuletzt, weil wir diese Dinge gemeinsam mit den Betroffenen auf den Weg gebracht haben.

Aber neben den gesetzlichen Grundlagen haben wir bekanntlich auch die **personelle Ausstattung** ganz erheblich korrigiert. Das soll heißen: Wir haben den Abbaupfad der Vorgänger verlassen und um die 2.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Außerdem bauen wir die Schulsozialarbeit aus und investieren massiv in die Schullisten. Diese Maßnahmen sorgen schon heute für deutlich bessere Lehr- und Lernbedingungen an unseren Schulen.

All das bedeutet ausdrücklich nicht, dass für die Zukunft weniger Arbeit vor uns liegt. Allein der zahlenmäßige Anstieg der Menschen, die zu uns flüchten, stellt uns natürlich vor neue Herausforderungen. Viele sind im schulpflichtigen Alter und müssen von unseren Schulen nicht nur aufgenommen, sondern selbstverständlich auch bestmöglich beschult werden. Gerade vor diesem Hintergrund geht es nicht nur um die reine Unterrichtsversorgung. Es geht auch um die **Qualität** von Schule und Unterricht. Veränderte Rahmenbedingungen brauchen nun einmal neue Antworten auf die Frage, wie wir den Unterricht verbessern können. Ich denke, wir alle sind deshalb gut beraten, wenn wir in Zukunft noch stärker die Schul- und Unterrichtsentwicklung in den Fokus nehmen.

Der vorliegende Bericht zeigt die vielfältigen Maßnahmen, die spätestens in der Phase nach PISA zur Verbesserung und zur Sicherung der Qualität des Bildungssystems ergriffen wurden. So wurden zum Beispiel **Bildungsstandards** erarbeitet, die allen

(Jette Waldinger-Thiering)

Betroffenen Orientierung und ein gewisses Maß an Vergleichbarkeit bieten. Durch Testverfahren können nicht nur die Leistungen in den einzelnen Ländern verglichen, sondern auch Aussagen über die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen getroffen werden. Diese Ansätze zeigen ganz unbestritten Wirkung. Aber landesspezifische Maßnahmen sind und bleiben nun mal in meinen Augen mindestens genauso wichtig. - Da hätte ich fast dänisch gesprochen.

In diesem Zusammenhang hat nicht nur der Übergang Schule-Beruf höchste Priorität, auch der Weiterentwicklung der inklusiven Schule und der Fachanforderungen für ausgewählte Fächer kommt eine große Bedeutung zu. Der Leistungstest VERA soll ausgeweitet und die Zahl der teilnehmen Schulen nach Möglichkeit erhöht werden. Dies erfolgt natürlich genauso auf freiwilliger Basis wie die sinnvolle Wiedereinführung der externen Evaluation von Schulen. Ich denke, nicht zuletzt durch diese Daten und die geplante Aufbereitung im Landesbildungsbericht können wir Schule fundiert weiterentwickeln. Diesen Weg wollen wir gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern, den Schüler- und Elternvertretungen und den Verbänden gehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. - Zunächst hat Herr Abgeordneter Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie schaffen wir es, Vergleichsarbeiten, die mit viel Aufwand geschrieben und ausgewertet werden, für die Entwicklung von Schulen nutzbar zu machen? Welche Fachanforderungen stellen wir eigentlich unseren Schulen, und wie können sie sie am besten erfüllen? Wie entwickelt sich eigentlich das Lernen in einer digitalen Gesellschaft? Wie verbessern wir den Übergang von der Schule in den Beruf? Wie schaffen wir es als Landtag, als Bildungsministerium, als Gesellschaft, das zu verbessern, was in den Klassenräumen passiert, die vor 30 Jahren noch verschlossen waren und in denen es heute durchaus langsam offene Türen und gegenseitige Beratung gibt? Das wären alles Fragen gewesen, über die wir heute hätten sprechen können. Die Opposition hat keine einzige davon auch nur ein bisschen kon-

struktiv angegangen, sondern eine Nullnummer geliefert.

(Zurufe PIRATEN)

- Entschuldigung, ich rede von der Opposition, die nach 2017 weiter im Landtag ist.

(Zurufe)

Bei den **Rahmenplänen im Fach Geschichte**, Frau Klahn, gab es einen Konflikt der um die Frage: Soll es im Geschichtsunterricht verschiedene Durchläufe geben, oder sollen stärker Längsschnitte implementiert werden, wie das in den meisten anderen Bundesländern der Fall ist. Ein Längsschnitt - für die, die sich nicht jeden Tag mit Geschichtsrahmenplänen beschäftigen - stellt zum Beispiel die Frage: Wie war das Verhältnis von Arm und Reich in verschiedenen Epochen? Dann hat man eben nicht mehr die Idee, dass wir von den Dinosauriern bis heute im Schnelldurchlauf durch die Epochen gehen, sondern man untersucht an einer Leitfrage verschiedene Zeiten, verschiedene Epochen.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Das ist im Kern gar nicht umstritten gewesen zwischen dem Bildungsministerium und der Gruppe, die die Fachanforderungen entwickelt hat, sondern zwischen einigen Kollegien und dem Ministerium.

Das hat aber überhaupt nichts mit der Frage der Kompetenzorientierung zu tun, die Sie gerade hingeworfen haben. **Kompetenzorientierung** ist seit 2003 State of the Art der kompletten Kultusministerkonferenz, weil eben nicht mehr die Frage wichtig ist, was im Unterricht drangenommen wurde, sondern wichtig ist die Frage: Was kann denn eine Schülerin oder ein Schüler? - Das sind doch die Fragen, über die wir uns unterhalten müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann stellen Sie sich in der Tat hier hin, Frau Klahn, und sagen: Lehrer A sagt Lehrer B, was er machen soll. Das kann nicht funktionieren. Dieser Lehrer A ist derjenige, von dem wir erwarten, mit Schülerinnen und Schülern umzugehen und die auf ihr Leben vorzubereiten. Wer sonst als dieser Lehrer A kann denn qualifiziert eine Rückmeldung für Lehrer B geben? Wie wichtig ist eigentlich ein qualifiziertes Feedback in der Pädagogik? Wenn Sie sich all dem verweigern und hier nur eine Rede halten, in der das Wort Einheitsschule möglichst oft vorkommt,

(Anita Klahn [FDP]: Das ist nur einmal vorgekommen!)

(Martin Habersaat)

da kann ich Ihnen nur empfehlen: Machen Sie weiter so. - Wir reden über Qualität. Also, noch einmal für alle: Die Koalition, das sind die mit der Unterrichtsqualität. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich dachte, dass diese Qualitätsdebatte vielleicht ein bisschen blutleer werden würde. Blutleer war sie jetzt nicht, aber von einer Qualitätsdebatte kann man auch nicht reden.

Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich den Beitrag von Ihnen, Frau Klahn, wirklich dermaßen grottig fand. Ich gehe jetzt nur auf den einen Punkt ein, den Martin Habersaat schon gestreift hat, das ist der Punkt EVIT - **Evaluation im Team**. Ich bemühe jetzt noch einmal Hattie als Bildungsforscher, aber wir haben auch viele Bildungsforscher hier in Kiel. Kiel hat ja viele Bildungspäpste für die deutsche Bildungsszene hervorgebracht. Die haben gesagt: Wie konnte man EVIT bloß einstampfen! Man hätte es evaluieren müssen, also einmal verbessern, zielgenauere, passgenauere Angebote machen, aber das Ding doch nicht in die Tonne kloppen dürfen. Das war überhaupt nicht zeitgemäß.

Wenn Sie eine Idee davon hätten, wie **Schulqualität** entsteht, dann wäre die Frage: Was wird eigentlich im Lehrerzimmer besprochen? Dazu hat Hattie in einem „Spiegel“-Interview gesagt, dass es interessant ist, einmal im Lehrerzimmer die Ohren aufzumachen: Reden die Lehrkräfte vor allem über organisatorische Fragen wie Stundenplangestaltung, Freistunden legen und so weiter? Oder reden sie darüber, wie ihr Unterricht angekommen ist, und haben so etwas wie eine kollegiale Beratung? - Es gibt einen unglaublichen Effekt auf die Unterrichtsqualität, wenn Lehrkräfte miteinander über den Unterricht reden und die Wirksamkeit auf die Schülerinnen und Schüler.

Wir wollten hier eigentlich eine Qualitätsdebatte führen. Ich habe noch gedacht, die **Strukturdebatten** lägen hinter uns. Sie wollen gar nicht über Qualität reden. Sie wollen nur Dino-Debatten über die Struktur führen. Sie haben heute echt die maulende

Myrte des Parlaments gegeben. Das muss ich einmal sagen.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Anita Klahn [FDP]: Unmöglich!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/3879 und den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3719 dem Bildungsausschuss zu überweisen, den Bericht zur abschließenden Beratung. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 51 auf:

Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3791

Im Laufschrift kommt er schon: Ich erteile das Wort dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! Ich dachte, meine Kollegin Frau Ernst muss noch reden, aber sie muss gar nicht.

(Zurufe)

- Sie hat angefangen, okay, dann fange auch ich an und stelle den erstmaligen Bericht zu Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln im Groben vor. Es ist allerdings nicht so, dass wir in diesem Jahr zum ersten Mal **Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln** untersucht haben, sondern das **Landeslabor** macht das seit etwa zehn Jahren und veröffentlicht diese Berichte immer im Jahresbericht des Landeslabors. Erlauben Sie mir, an dieser Stelle einmal danke zu sagen für die sorgfältige und penible Arbeit der Leute im Landeslabor, die seit zehn Jahren einen fantastischen Job machen und die Lebensmittelsicherheit in Schleswig-Holstein gewährleisten.

(Beifall)

(Minister Dr. Robert Habeck)

Untersucht werden jedes Jahr ungefähr 300 Proben - im Jahr 2014 315 Proben - auf 1.100 Wirkstoffe. So viele gibt es, oder sie sind nachweisbar. Ein großes Problem ist, die **Höchstgehaltsregelung** da anzuwenden, wo sich verschiedene Wirkstoffe kombinieren. Wir finden immer mehr Proben, in denen verschiedene Wirkstoffe enthalten sind. Die Gefahrgrenzen, die Höchstgehaltsgrenzen, werden immer nach einem Wirkstoff definiert. Kumulative Wirkungen sind unreguliert und noch Gegenstand von Forschung und Diskussionen.

Bezogen auf den Nachweis von Wirkungen - nur das referiere ich an dieser Stelle - sind die verschiedenen Bereiche zwar zu unterscheiden, man kann aber grobe Tendenzen feststellen: Etwa 40 bis 50 % aller Proben sind ohne Befund, 20 bis 30 % weisen mehr als einen Wirkstoff nach, und 1 bis 2 % - verglichen mit anderen Bereichen eine kleine Zahl, gleichwohl eine deutliche und stabile Zahl - haben Belastungen und überschreiten den Höchstgehalt.

Das ist interessanterweise auch bei Ökolebensmitteln nachzuweisen, allerdings im Umfang von ungefähr der Hälfte oder einem Drittel. Da ist der Höchstgehaltswert bei 0,5 % der Proben überschritten worden, und bei 0,35 % hat er sogar zu Beanstandungen geführt. Das ist deshalb interessant, weil der Ökolandbau bekannterweise keine oder nur in einem sehr reduzierten Maße Pflanzenschutzmittel einsetzen darf. Das sind Stoffe, die offensichtlich durch die Drift von Nachbaranbaubieten, durch Verwechslung oder möglicherweise auch durch falsche Deklaration da hineingeraten. Es ist jedenfalls interessant, dass auch Ökolebensmittel - wenn auch in einem geringeren Maße - belastet sind. Die Hauptursache wird die Abdrift sein. Wir hatten das bei der Diskussion über die Novellierung der Ökoverordnung - kleiner Schlenker. Es wäre also fies, wenn man die Ökobauern dafür zur Rechenschaft zöge, dass ihre Lebensmittel belastet sind, wenn doch der Nachbar derjenige ist, der spritzt. Man kann auch in diesem Bericht gut nachvollziehen, dass das ein Problem darstellt.

Bei 1 % der Fälle kann rechnerisch eine **gesundheitliche Beeinträchtigung** festgestellt werden. Rechnerisch ist das ein abstrakter Wert, gleichwohl zeigt es, dass man das Problem nicht verharmlosen oder verniedlichen sollte. Auf die kumulativen Wirkungen, die nicht erforscht sind und für die keine Grenzwerte festgelegt sind, habe ich hingewiesen. - So weit der Bericht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber von der SPD-Fraktion.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Dem Minister danke ich für den Bericht zu Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln. Schleswig-Holstein ist mit dem Landeslabor in Neumünster gut aufgestellt und Teil des Monitoring- und Kontrollprogramms. Die **Ergebnisse** sind relativ konstant: 40 bis 50 % der Proben sind unbelastet, 50 bis 60 % der Proben haben Pflanzenschutzmittelrückstände in feststellbarer Größe, 1 bis 2 % überschreiten die zulässige Höchstgrenze. Summa summarum: Die Ergebnisse sind nicht auffällig und eigentlich kein Grund zur Sorge.

Dennoch entscheiden sich immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher, Lebensmittel zu konsumieren, bei denen aufgrund der Produktionsweise weniger Pflanzenschutzmittelrückstände zu erwarten sind. Immer mehr Menschen greifen in Naturkostläden, Supermärkten und bei Discountern zu **Biolebensmitteln** oder zu Produkten aus der Region. Der Umsatz in Deutschland erhöhte sich 2015 um 11,1 % auf rund 8,6 Milliarden €. Marktexperten führen das **Umsatzplus** auf die mittlerweile gut entwickelten Vermarktungsstrukturen zurück. Der Bundeslandwirtschaftsminister prognostiziert für Biobetriebe gute finanzielle und wirtschaftliche Aussichten.

Sie erinnern sich an unseren Antrag zum Ökolandbau, strategische Ausrichtung, denn mit 3,8 % Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche nimmt Schleswig-Holstein den drittletzten Platz im Ranking der Bundesländer ein. Das reicht nicht.

Mit dem **Netzwerk für ökologischen Landbau** ist jetzt ein wichtiger Schritt getan. Es bietet Akteuren aus Landwirtschaft, Verarbeitung, Vermarktung, Lehre eine Plattform für gemeinsame Projekte, denn der Markt für Ökolebensmittel ist einträglich. Höchste Zeit, dass auch die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein davon profitiert.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Um es hier noch einmal ganz deutlich zu sagen: Es geht nicht um entweder konventionell oder bio, es geht um sowohl als auch. Unsere Landwirtschaft erzeugt gesunde Lebensmittel, ohne Frage, und

(Kirsten Eickhoff-Weber)

doch müssen wir uns um die Produktionsweise und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Boden, Wasser und Klima Gedanken machen und handeln. So zu handeln, dass **klare Regeln faire Bedingungen** schaffen, muss in einem Schrittmaß geschehen, dass die Landwirtschaft mitgehen kann.

Nun kommt reflexhaft der Einwand, das gehe alles nicht, wir müssten die Welt ernähren. Hand aufs Herz: Bei einem Globus in der Größe eines Medizinballs hat Schleswig-Holstein ungefähr das Ausmaß eines Stecknadelkopfes. Für unsere Gunstregion ist der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse immer Teil des Wirtschaftens gewesen und wird es auch bleiben, und trotzdem ernähren wir nicht die Welt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Forschung, Wissenschaft und technische Entwicklung sind viel entscheidender. Da können wir eine ganze Menge tun. Ein chinesisches Sprichwort sagt: Gibst du dem Hungrigen einen Fisch, ist er einen Tag satt, gibst du ihm eine Angel, kann er sich selbst ernähren.

Ein Beispiel dafür ist der Promotionsschwerpunkt der Christian-Albrechts-Universität „Ein Dritter Weg zur Ernährung der Einen Welt“, vorgestellt im Januar 2015. Hier geht es um Lösungsansätze zur Welternährung, nachhaltige Landwirtschaft und die Suche nach einem Kompromiss zwischen Ökolandbau und hochintensiver Bewirtschaftung.

Dass die CDU ihr Positionspapier im August 2015 „Für einen dritten Weg: Gegenentwurf zur grünen Agrarwende“ überschreibt, zeigt Fantasielosigkeit, genauso wie bei der Großen Anfrage „Zukunft der Städte und des ländlichen Raums“, die Sie bei der FDP in NRW und Niedersachsen abgeschrieben haben. Der **Dritte Weg** kommt immerhin aus Schleswig-Holstein. Sie zeigen, dass Sie es immer noch nicht verstanden haben. Sie locken die Landwirtschaft auf einen Holzweg.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Kritiker äußern, dass die Ökoproduktion angeblich die doppelte Fläche für denselben Ertrag benötige. Der Industrieverband Agrar hat dazu gerade eine **Ertragsstudie** herausgegeben, bei der auf Material des bundeseigenen Thünen-Instituts zurückgegriffen wurde. Fachleute bezeichnen diese Studie als dubios. Das Thünen-Institut konstatiert, dass die Daten weder dazu gedacht noch geeignet seien, physische Erträge ökologischer und konventioneller Betriebe miteinander zu vergleichen. Wir sollten die Meinungsführerschaft nicht denen überlassen,

die die Pflanzenschutzmittel produzieren, über deren Rückstände in Lebensmitteln wir gerade gehört haben.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen seriöse Wissenschaft und Forschung, im Sinne eines dritten Weges für Nachhaltigkeit. - Danke.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hauke Götsch [CDU]: Am Thema vorbei! Sechs!)

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich versuche gleich, auf den Minister einzugehen. Es hat mir gut gefallen, dass Sie objektiv beschrieben haben, was in dem Bericht zu Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln steht, und nicht weit abweichend vom Thema hier über blumige Wiesen gesprochen haben - wie Frau Eickhoff-Weber von Ökolandbau, Bewirtschaftung, Drittem Weg oder der Ausrichtung der Agrarpolitik. Davon ist in dem Bericht, den wir vorgelegt bekommen haben, überhaupt nichts zu lesen. Insofern war das eine etwas freie Interpretation von politischen Standardaussagen Ihrer Fraktion oder auch Ihre persönliche Meinung.

(Beifall CDU)

Ich komme nun zum Bericht. Es gibt aus meiner Sicht vier Kernaussagen. Die erste: Es ist auf **EU-Ebene** rechtlich alles geordnet, wenn es um Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, besonders in Lebensmitteln, geht. Das kann man nur begrüßen. Es ist nicht nur auf EU-Ebene seit 2008 durch eine Verordnung geregelt, sondern sie wurde auch auf Bundes- und Landesebene heruntergebrochen, und auch das kann man nur begrüßen. Seit 1995, Herr Minister - nicht seit zehn Jahren, sondern seit über 20 Jahren -, gibt es ein sogenanntes Monitoring, an dem auch Schleswig-Holstein dankenswerterweise regelmäßig teilnimmt.

Wichtig ist dabei: Das Ganze wird risikobasiert für alle pflanzlichen Lebensmittel durchgeführt und nicht nur für diejenigen, die hier hergestellt werden. Das ist dabei der eigentlich wichtige Punkt. Es wird auch für die Dinge durchgeführt, die importiert, also nicht in Schleswig-Holstein hergestellt werden.

Zweite Aussage: In Schleswig-Holstein gibt es so gut wie gar keine Überschreitungen. Es sind nicht einmal **Rückstände** in den Produkten zu messen, die wir hier als pflanzliche Lebensmittel direkt

(Heiner Rickers)

herstellen. Das ist äußerst begrüßenswert, und deswegen bin ich dankbar, dass Sie den Bericht hier auch vorgelegt haben. Rückstandsarm sind dem Bericht zufolge Babynahrung, Getreide, Kartoffeln, Weißkohl, Blumenkohl, Spargel, Möhren, Kürbis und Zwiebeln. Das sind alles Produkte aus Schleswig-Holstein.

Mittlere Gehalte gibt es in Paprika, Gurken, Bananen, Auberginen, Brombeeren, Spinat und Tomaten. Da fragt man sich, wann die beprobt wurden, zu welcher Jahreszeit, ob es Import- oder Exportware war oder heimische Herstellung. Das ist nicht genannt. Ausgeprägte Rückstände - auch interessant - wurden gefunden in

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Pfirsich, Aprikose - Frau Kollegin, Pfirsiche und Aprikosen stammen nicht aus Schleswig-Holstein -, Blattsalat, Erdbeeren und Trauben.

Da fragt man sich auch: Woher stammen diese Produkte, zu welcher Jahreszeit wurden sie geerntet, handelt es sich um Importware, oder wurden sie selbst hergestellt? Wahrscheinlich stammen sie nicht aus Schleswig-Holstein. Zur zweiten Aussage kann ich den Rückschluss ziehen: Heimische Produkte, regional und saisonal essen! Da können Sie nichts falsch machen. Hier ist nichts belastet. Im Bund stellt sich ein ähnliches Bild dar. Nur Importware ist hier explizit genannt. Wenn überhaupt, dann sind Kräuter und Tees belastet.

Die dritte Aussage: Jetzt kommen wir zu den **Ökoprodukten**. Ich stelle mir die gleiche Frage wie Sie, Herr Minister: Warum können in Ökoprodukten überhaupt Rückstände von Pflanzenschutzmitteln auftreten? Sie haben gesagt, das wird an der Abdrift liegen. Ich würde sagen, es liegt daran, dass man in dem Bericht nicht dargestellt hat, dass natürlich auch die Importware beprobt wird, und die Importware wird auch als Ökowerk verkauft, oftmals mit anderen Standards.

Das heißt natürlich im Rückschluss: In Schleswig-Holstein gibt es auch bei der Ökoproduktion keinerlei Belastungen. Das, was dort belastet ist, wird Ware sein, die wir importieren. Also: Essen Sie wieder heimisch, regional, saisonal und vielleicht auch noch ökologisch, dann können Sie gar nichts falsch machen!

(Beifall CDU - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie können ja gern eine Frage stellen.

Die vierte Aussage: Es geht um **Glyphosat**. Auch das haben wir hier im Landtag schon einmal diskutiert. Nun sehe ich den Bericht: In Schleswig-Holstein gibt es keine Überschreitungen und kaum Rückstände; Letzteres gibt es nur bei 0,3 % der Gesamtbeprobung. Auch das ist hervorragend, und da kann man nur sagen: Hut ab vor denen, die hier in Schleswig-Holstein produzieren.

(Beifall CDU)

Jetzt komme ich zur Zusammenfassung. Ich zitiere aus dem Bericht:

„Die Bewertung der Verbrauchereexposition zeigt, dass die langfristige Belastung der Konsumenten durch Rückstände sehr gering ist.“

Meine Schlussfolgerung: Das **Kontrollsystem** funktioniert hervorragend. Die Behörden haben hervorragend gearbeitet. Essen Sie saisonal und regional aus Schleswig-Holstein, dann können Sie gar nichts falsch machen.

Abschließend die Frage an den Herrn Minister: Wir haben hier auch über eine Besteuerung von Pflanzenschutzmitteln gesprochen. Dieser Bericht belegt für mich, dass das, was Sie da geplant haben, unhaltbar und auch nicht darstellbar ist. Wir brauchen keine **Pflanzenschutzmittelbesteuerung**, sondern müssen den Weg, wie wir ihn hier in Schleswig-Holstein bisher beschritten haben, weiter verfolgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU - Sandra Redmann [SPD]: Das war nichts!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal ein herzliches Dankeschön an die Landesregierung für diesen Bericht, und auch ein Dank an das Landeslabor für die wirklich jahrzehntelange wichtige Arbeit in den verschiedensten Bereichen, den Daten und die Qualitätssicherung, die dort erfolgt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Dank an Heiner Rickers für seinen Beitrag!)

Er ist eine sinnvolle und notwendige Ergänzung zum Bericht „Pestizidrückstände in Gewässern“, den wir hier vor vier Monaten diskutiert haben. In

(Bernd Voß)

der Debatte hat der Kollege Heiner Rickers - damit hat er diesen Bericht im Grunde mit angezettelt - gesagt: „Die Lebensmittel sind sauber.“

(Beifall CDU)

Ich will überhaupt keine Verunsicherung in den Raum bringen, aber: Absolutheit ist bei diesem Thema alles andere als hilfreich.

Es ist richtig, wenn Sie sagen, 1996 gab es die erste EU-**Pflanzenschutzverordnung**. Das war ein Stück früher. Betrachte ich das Pflanzenschutzpaket 2009, die Verordnung von 2006, stelle ich fest: Sie hat sich immer weiterentwickelt.

Ich sehe auch die Debatte um **Glyphosat**, ein Mittel, das wir seit über 50 Jahren verwenden. Da muss ich auch sagen: Gut, dass sich die Vorschriften weiterentwickeln. Wir müssen immer ein kritisches Auge darauf haben, weil wir immer wieder feststellen, dass wir dort viele neue Probleme bisher übersehen haben.

Wir haben gleich mitbeantragt zu berichten, inwieweit es nationale Zahlen gibt, es sich um EU-weite Messprogramme handelt und was aus diesen hervorgeht. Es ist zunächst ein Erfolg der risikobasierten Kontrollen, dass eine **Überschreitung** von **Rückstandshöchstgehalten** gerade im Umfang von 1 bis 2 % festgestellt wurde. Wir könnten daher sagen: Eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit durch Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln besteht nicht generell, sondern nur in Einzelfällen.

(Beifall CDU)

Mit einer Entwarnung wäre ich aber sehr vorsichtig. Das ist ein Stück zu einfach. Die Verbraucherinnen und Verbraucher werden sich nicht damit zufriedengeben. Jede Überschreitung ist letztlich eine zu viel. Der eine oder andere wird sich auch fragen, warum chemische Wirkstoffe überhaupt in Lebensmitteln sein dürfen, wenn sie denn über die Ladentheke gehen. Ein einfaches Freimessen beziehungsweise Freitesten kann es nicht geben. Wir werden hier ständig nachjustieren müssen.

Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass wir ein Problem mit den **Mehrfachbelastungen** haben. Der Minister hat darauf hingewiesen. Das geht auch sehr klar aus diesem Bericht hervor. Es ist eine seit Jahren bekannte unbeantwortete Problematik, die hier vorliegt. Zwar werden Pestizide überwiegend nur in kleinen Mengen unterhalb der Höchstgrenzen nachgewiesen, dafür aber ziemlich oft in einer Probe mehrere bis zu einer Vielzahl von Stoffen.

(Sandra Redmann [SPD]: Genau!)

Laut der Verbraucherzentrale ist größtenteils unklar, ob und wie die einzelnen Wirkstoffe miteinander reagieren. Sie sagt, es könne sein, dass sich das eine oder andere in der Wirkung nicht nur addiert, sondern verstärkt, potenziert. Das ist ein Bereich, der sehr intensiv verfolgt werden muss. Es muss überlegt werden, mit welchen Parametern man jeweils darangehen muss. Das würde bedeuten, dass die jetzige Risikobewertung zu kurz greift und nachgebessert werden muss, wir also im europäischen Pflanzenschutzrecht die nächsten Nachschläge haben müssen.

So schreibt es im Grunde auch dieser Bericht der Landesregierung, der ganz klar sagt, dass eine einfache Beurteilung von Mehrfachrückständen derzeit noch nicht möglich ist. Also ganz klar: Bei den Auswirkungen der Mehrfachbelastungen gibt es erhebliche Erkenntnisdefizite.

Je mehr man untersucht, desto mehr wird man fündig. Bereits jetzt umfasst das Untersuchungsprogramm auf nationaler Ebene mehr als 800 verschiedene Wirkstoffe, auf die untersucht wird. 321 sind in Obst und Gemüse nachgewiesen worden.

Schaut man sich einzelne Produktgruppen an, haben wir - das ist bereits gesagt worden - Himbeeren, Erdbeeren, Kräuter, Pfirsiche und Zitrusfrüchte als einschlägig Verdächtige. Bei dieser **Produktgruppe** konnten teilweise in bis zu 90 % der Proben Rückstände festgestellt werden, zwei Drittel mit Mehrfachbelastungen.

Leider ist der Bericht an dieser Stelle nicht ganz genau, er geht nicht auf die **Herkunft** ein. Heiner Rickers hat bereits gesagt, dass wir in diesem Bereich - ich will das einmal vorsichtig formulieren - erhebliche Differenzen haben. Die Verbraucherzentrale gibt zum Bereich der Herkunft wichtige Hinweise; man braucht nur einmal auf deren Website nachzuschauen.

Wichtige Hinweise auf zum Teil unerwartete Belastungen werden sehr oft auch von den Umweltverbänden festgestellt. Zum Glück haben wir in der **Zivilgesellschaft** nach wie vor hochkarätiges **Fachwissen über Pestizide**. Das mag den einen oder anderen gelegentlich nerven oder stören. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass nicht nur von den Konzernen und der Lebensmittelüberwachung, sondern auch aus der Zivilgesellschaft viel Wissen eingebracht wird.

Konzerne des Lebensmitteleinzelhandels beginnen, sich weitgehend frei von öffentlichen Skandalen zu

(Bernd Voß)

halten - das ist die Motivation -, und bei ihren Lieferungen auf die Einhaltung höherer Grenzwerte als derjenigen, die gesetzlich vorgeschrieben sind, zu setzen. Diese Sensibilität ist grundsätzlich zu begrüßen. Auf die kritischen Punkte in dem Bereich will ich jetzt nicht eingehen.

Es wird immer dringender, dass öffentliche Institutionen und **Forschungseinrichtungen** bei uns und EU-weit **finanziell unabhängig** sind. Das ist ein Punkt, in dem wir auch das EU-Recht noch nachschärfen müssen beziehungsweise auf die entsprechende Umsetzung in Deutschland zu achten haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende. Die Zeit ist deutlich überzogen.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Zwei Sätze noch!

(Heiterkeit)

Wir brauchen unabhängiges Fachwissen und Fachkompetenz. Öffentliche Behörden müssen eigene Studien beauftragen können.

Jetzt noch ein Satz zur Pflanzenschutzsteuer. Das von der Landesregierung - -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nein, das ist nicht mehr möglich, Herr Abgeordneter. Sie haben schon über eine Minute überzogen. Ich bin sehr großzügig. Aber kommen Sie jetzt bitte zum Ende.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Okay. - Eines noch zur Pflanzenschutzsteuer - -

(Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie können sich gern nachher zu einem Dreiminutenbeitrag melden; dann haben Sie es noch einmal kompakt. Das ist meine Empfehlung. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Jetzt hat erst einmal Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky von der FDP-Fraktion das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Dank für den Bericht an das Ministerium, den Minister, die Mitarbeiter und das Landeslabor schließe ich mich natürlich an. Ich danke auch ganz herzlich Heiner Rickers - mit s - für seine Rede zum Thema.

(Beifall FDP und CDU)

Ich werde es ähnlich halten.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Bericht veranschaulicht sachlich und nüchtern, wie es um **Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln** steht. In der Zusammenfassung steht geschrieben - ich zitiere -:

„Bei konservativer Betrachtung der kurzzeitigen Aufnahme kann in etwa 1 % der Fälle eine mögliche gesundheitliche Beeinträchtigung auf Grundlage von Rechenmodellen nicht sicher ausgeschlossen werden. Das tatsächliche Risiko in der Praxis ist dagegen geringer anzusetzen.“

Meine Damen und Herren, wir haben schon im Oktober eine Debatte über dieses Thema geführt; damals ging es um Pestizidrückstände in Gewässern. Ich zitiere mich jetzt selbst indirekt. Damals habe ich gesagt - das wiederhole ich heute gern -, dass wir eine sachliche, fachlich fundierte Debatte über dieses Thema brauchen. Auch wir wollen auf gar keinen Fall irgendetwas verharmlosen oder verniedlichen. Aber wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass wir bereits die weltweit strengsten **Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel** haben.

(Beifall FDP und CDU)

Ebenfalls nicht außer Acht lassen dürfen wir die Tatsache, dass die heutige Messtechnik den **Nachweis extrem kleiner Mikrospuren** ermöglicht, deren Abwesenheit in der landwirtschaftlichen Produktion niemand garantieren kann. Auch das ist ein wichtiges Thema.

Meine Damen und Herren, Lebensmittel aus Schleswig-Holstein sind von hervorragender Qualität. Ein wichtiger Baustein sind die Erfolge bei der Verringerung von Pflanzenschutzmittelrückständen. Die Anwendung von **Pflanzenschutz** in der **Landwirtschaft** ist weitgehend unverzichtbar. Auch das darf man nicht verkennen. Denn wer will schon Blattsalat mit Lausbefall, schorfige Kartoffeln oder von Raupen befallenen Dithmarscher Kohl essen? Ich denke, das will niemand.

(**Oliver Kumbartzky**)

Es ist Aufgabe von Landwirten, durch die verantwortungsvolle Anwendung von Pflanzenschutzmitteln jegliche **Belastung der Produkte** zu vermeiden. Dies ist in den vergangenen Jahren durchaus gelungen. Es gehört in Deutschland seit vielen Jahren zur guten fachlichen Praxis, dass Landwirte beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sachkundig sein müssen; das sind sie auch.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf SPD: Das hat aber lange gedauert mit dem Beifall!)

- Die Kollegen haben über diesen intelligenten Satz lange nachdenken müssen.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die weitere Debatte, die wir im Umweltausschuss über den Bericht zu diesem Thema und zu den Berichten über andere Themen sicherlich führen werden.

Ich möchte jetzt nicht, wie andere Redner es getan haben, eine Nebendebatte aufmachen, etwa über die Pflanzenschutzsteuer oder den Ökolandbau.

Ich habe heute aber auch etwas gelernt, Frau Eickhoff-Weber. Das chinesische Sprichwort zum Angeln finde ich gut. Wenn man eine Angel auswirft, kann man sich selbst versorgen. Schade, dass die von Ihnen getragene Bundesregierung das Angeln an der Küste weitgehend verbieten will, indem neue Naturschutzgebiete ausgewiesen werden. Vielleicht können Sie insoweit Ihren Einfluss geltend machen.

Was mich auch sehr freut, ist, dass der vorliegende Bericht nicht zur grünen Kommunikations- und Marketingstrategie passt; schließlich kann man mit den vorliegenden Zahlen keine Angst und keine Panik verbreiten. Das wurde insbesondere bei dem Thema „Glyphosat in der Muttermilch“ versucht. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass das eine Bauchlandung der Grünen war. Das damals von Renate Künast gegründete Bundesinstitut für Risikobewertung hat 114 Proben untersucht. In keiner Probe wurde Glyphosat oberhalb der Nachweisgrenze gefunden. Das ist auch gut so. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch die Piratenfraktion schließt sich dem Dank - aber nicht nur an den Minister - an. - Wir alle wissen, dass beim Anbau von Agrarprodukten Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden und dass es zu Rückständen kommen kann.

Es ist erwähnt worden, dass seit 2008 die Verordnung der Europäischen Union zur Festsetzung und Harmonisierung von Rückstandshöchstgehalten in Kraft ist. Wir PIRATEN - das will ich unterstreichen - haben Vertrauen in die schleswig-holsteinischen Landwirte und Landwirtinnen, dass sie bewusst und verantwortungsvoll mit dem Einsatz von **Pflanzenschutzmitteln** in der **Lebensmittelproduktion** umgehen. Das hat dieser Bericht auch in weiten Teilen bewiesen.

Dennoch sind Kontrollen wichtig; das ist ein Punkt, auf den ich gleich noch etwas genauer eingehen will.

Die **Kontrollen** haben gezeigt, dass zwar Rückstände von Pflanzenschutzmitteln gefunden wurden, die Beanstandungsquote jedoch unter 1 % lag. Leider ist die Anzahl der Proben zu gering. Ich kann wirklich nur empfehlen, sich den Bericht genau durchzulesen. Im Zeitraum 2009 bis 2015 - das sind immerhin sechs Jahre - sind zur Untersuchung der Glyphosatproblematik lediglich 361 Proben genommen worden. Da dies nicht repräsentativ ist, kann ich als Verbraucher eigentlich nur den Schluss ziehen, dass ich aufpassen sollte, wenn ich Linsen kaufe. Das ist nämlich das einzige Produkt, in dem Proben mit Rückständen über dem zulässigen Höchstgehalt festgestellt worden sind; es waren neun Proben.

Die geringe Anzahl der Proben führt, wie gesagt, zu der Erkenntnis, dass dieser Bericht nicht repräsentativ ist. Insoweit herrscht aus unserer Sicht Nachholbedarf. Die Landesregierung sollte dafür Sorge tragen, dass das Landeslabor die notwendigen Ressourcen erhält, um seiner Aufgabe der amtlichen Lebensmittelüberwachung tatsächlich nachkommen zu können und um in der Lage zu sein, eine repräsentative Beprobung durchzuführen. Dies sehen wir derzeit als nicht gegeben an.

Einen Punkt, den Bernd Voß schon erwähnt hat, möchte auch ich unterstreichen: Wer Kontrolle will - als Verbraucher treten wir natürlich dafür ein, genauso wie als verantwortliche Politiker -, muss Sorge dafür tragen, dass die Institutionen unabhängig sind und nicht dem Einfluss von anderen unterliegen.

(Angelika Beer)

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Es ist nun einmal so - auch wenn es einigen nicht passt; meine Vorredner von CDU und FDP haben das ja ein bisschen relativiert -, dass die **Produkte** aus dem **ökologischen Anbau**, auch was die Rückstandsproblematik angeht, besonders gut abschneiden. Ich wiederhole die Zahlen: Deutschlandweit wurden bei 70 % der Proben keine nachweisbaren Rückstände gefunden. 0,5 % enthielten Rückstände über dem zulässigen Höchstwert. Nur 0,35 % der Proben wurden beanstandet. Die EU-Ergebnisse sind entsprechend.

Dieser Bericht ist ein deutliches Indiz dafür - das kann man durchaus einmal betonen -, dass Robert Habecks Agrarwende aus Verbrauchersicht, aber auch aus politischer Sicht der richtige Weg ist. Der Schritt von der konventionellen zur nachhaltigen ökologischen Landwirtschaft ist wichtig und richtig; wir sollten ihn konsequent weitergehen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Verbesserungsbedarf, was die Anzahl der Proben betrifft, habe ich bereits angesprochen.

Wir freuen uns auf die weitere Diskussion, vielleicht unterlegt mit weiterer Fachexpertise zu der Frage, wie ein umfangreiches Monitoringprogramm den von mir geschilderten Anforderungen in der Praxis entsprechen kann. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch der SSW bedankt sich beim Minister und seinen Mitarbeitern für den vorliegenden Bericht. Die im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte zweite Nationale Verzehrstudie belegt, dass Lebensmittel allgemein als sicher eingestuft werden. Gleichwohl sind aber rund 80 % der Befragten der Meinung, dass **Pestizidrückstände** zu den größten **Lebensmittelrisiken** gehören. Inwieweit diese Befürchtungen wissenschaftlich begründet sind oder ob es sich dabei um ein Bauchgefühl handelt, das lasse ich dahingestellt. Aber diese Wahrnehmung gilt es ernst zu nehmen.

Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln sind gewiss nicht gesundheitsförderlich. Das ist klar. Es stellt sich aber die Frage, inwieweit die Rückstände gesundheitsschädlich sind.

Zur Ehrlichkeit gehört: Eine **Landwirtschaft** flächendeckend ohne Pflanzenschutzmittel wird es wohl kaum mehr geben. Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in den behandelten Kulturen führt dazu, dass Rückstände häufig unvermeidbar sind. Daher gilt es, Vorkehrungen zu treffen, die ein Gesundheitsrisiko ausschließen.

Aus dem Bericht geht hervor, auf welchen Rechtsgrundlagen die **Rückstandshöchstgehalte** geregelt sind und welche **Kontrollinstrumente** es gibt. Es gibt Zulassungsverfahren, in denen festgelegt wird, wie hoch die Rückstände bei praxismäßiger Anwendung sein dürfen.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung beurteilt die toxikologischen Eigenschaften der Wirkstoffe. Das Bundesamt für Verbraucherschutz erarbeitet Vorschläge für Rückstandshöchstgehalte und reicht diese Vorschläge bei der EU-Kommission ein, die sie dann nach Konsultation der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit in der EU verbindlich vorschreibt. Die EU-Berichte bewerten nicht nur die Höchstgehalte, sondern nehmen auch Bezug auf die möglichen gesundheitlichen Auswirkungen auf die Konsumenten.

Zudem wird auf nationaler Ebene ein zusätzliches Untersuchungsprogramm durchgeführt. Im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung führen die zuständigen Landesbehörden die **Rückstandsuntersuchungen** durch. Wir haben also ein dichtes Netz von Regelungen und Untersuchungen, die dafür sorgen, dass die Rückstände kein Risiko für Verbraucher darstellen.

In der Praxis muss jeder **Landwirt**, der Pflanzenschutzmittel anwendet, sachkundig sein und darf nur geprüfte Pflanzenschutzgeräte verwenden. Landwirte müssen auch hier die Grundsätze der guten fachlichen Praxis im Pflanzenschutz einhalten und jede Anwendung von Pflanzenschutzmitteln dokumentieren.

Es ist festzustellen, dass dieses dichte Netz an Bestimmungen und Untersuchungen seine Wirkung zeigt. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Untersuchungen im Landeslabor einen positiven Trend aufweisen. Das heißt: Der Prozentsatz an Proben ohne Rückstände ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. Dieser positive Trend ist auch bundesweit zu verzeichnen. Das zeigt: Wir sind hier also durchaus auf dem richtigen Weg.

(Flemming Meyer)

Gleichwohl muss ständig nachgebessert und nachgesteuert werden. Gleichzeitig sollten wir nicht nachlassen, weiter daran zu arbeiten, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu senken.

(Beifall SSW und CDU)

Pflanzenschutzmittel sind nicht ohne Nebenwirkungen für die Umwelt. Der Einsatz von Pestiziden ist einer der Hauptgründe für den Verlust der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft. Eine komplette Nullnutzung von Pflanzenschutzmittel wird es nicht geben; aber einen Blick auf Alternativen und deren Förderung sollten wir niemals verlieren. Daran sollten wir ernsthaft weiter arbeiten. - Jo tak.

(Beifall SSW und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort erhält Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich das, was die CDU hier vorgetragen hat, so nicht stehen lassen kann.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich ist richtig, dass die **Qualität der Lebensmittel** sowohl im biologischen Bereich als auch im konventionellen Bereich hoch ist. Die Lagerungstechnik hat sich verbessert. Im Bereich Verarbeitung besteht allerdings auch noch ein Problem. Aber dass Sie aufgrund dieses Berichts dem Einsatz von Pestiziden, von Agrargiften in der Landwirtschaft einen Persilschein ausstellen, kann ich so nicht stehen lassen. Auch auf Ebene der toxischen Belastung kann das nicht stimmen.

Wir müssen im Bericht zur Kenntnis nehmen, dass wir es mit einer **kumulativen Toxizität** zu tun haben. Wir haben es mit Metaboliten zu tun; natürlich haben wir es auch mit Persistenz zu tun. Das heißt, die Stoffe sind sehr lange nachweisbar und bauen sich teilweise erst nach Jahrzehnten ab. Letztlich sind auch die Zahlen, die im Bericht genannt worden sind, immerhin im Prozentbereich. Wenn man sich vor Augen führt, welche Masse wir Menschen essen, dann ist festzustellen, dass dies keine Kleinigkeit ist.

Sie haben ein Thema völlig vernachlässigt; die Stellungnahme der FDP dazu war wohltuend, sie war wenigstens noch ein bisschen nachdenklich und differenziert. Die **Zunahme von Allergien** haben Sie überhaupt nicht betrachtet. Wir haben es allgemein - nicht nur im Bereich der Landwirtschaft - mit einer Zunahme an Stoffen in unserer Umgebung zu tun, und wir haben eine sehr starke Zunahme von Allergien in der Bevölkerung. Diese Zusammenhänge sind zum Teil nicht erforscht oder messbar. Das heißt, die minimale Wirkkonzentration von solchen Rückständen für den allergieauslösenden Effekt - die Kollegin Ärztin nickt - ist schlicht nicht bekannt.

Es ist zu vermuten, dass die Zunahme von Allergien in einem Zusammenhang mit der Zunahme von Stoffen allgemein in der Umwelt steht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Matthiessen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Götttsch?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte schön.

Hauke Götttsch [CDU]: Lieber Herr Kollege, können Sie mir bitte den Bericht zeigen, in dem Ihre Aussage über die Allergien steht? Ich habe das im vorliegenden Bericht nicht gelesen.

- Der Bericht bezieht sich sozusagen auf die toxische Belastung des Endkunden durch Rückstände aus Pestiziden.

(Unruhe)

Das ist natürlich nur eine Seite der Medaille; das versuchte ich bereits auszuführen. Der Bericht zeigt, dass zur kumulativen Toxizität Erkenntnisrückstände bestehen. Wir müssen aber vermuten, dass es in diesem Bereich zu Wechselwirkungen kommt. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass neben der Toxizität das Entstehen von Allergien ganz allgemein als medizinisches Massenphänomen zu beobachten ist. Das steht im Zusammenhang mit der Zunahme von Stoffen. Den Zusammenhang zwischen Allergieentstehung und Zunahme der Stoffmengen im Sinne der Toxizität - -

(Lachen CDU)

(Detlef Matthiessen)

Toxizität ist etwas anderes. Das ist sozusagen die Vergiftung, um das auf Deutsch auszudrücken.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Allergien können durch sehr niedrige Mengen entstehen. Insofern muss ein Zusammenhang mit der Vielzahl von Stoffen in der menschlichen Umgebung - zu denen gehören auch Pestizide - vermutet werden, Herr Kollege.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Hauke Göttisch [CDU]: Auf meine Nachfrage brauchen Sie nicht wieder so lange zu antworten.

(Heiterkeit CDU)

Ich verstehe nicht ganz, warum Sie den Redebeitrag von Herrn Rickers kritisieren. Herr Rickers ist auf den Bericht eingegangen und nicht auf die Allergien, über die Sie uns gerade lang und breit erzählt haben.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Rickers hat für Ihre Fraktion als Stellungnahme einen Persilschein ausgestellt. Ich mahne in diesem Bereich sehr zur Vorsicht, weil der Einsatz von Agrargiften sehr viel mehr ist als die toxische Belastung in Lebensmitteln im Sinne einer Vergiftung. Darauf versuchte ich hinzuweisen. Dazu gehört aber noch sehr viel mehr, Herr Göttisch. Dazu gehört zum Beispiel auch, dass der Einsatz von Agrargiften dazu führt, dass - -

(Hauke Göttisch [CDU]: Meine Frage ist beantwortet! - Heiterkeit und Beifall CDU)

- Wenn Sie mir eine Frage stellen, müssen Sie mir schon die Freiheit lassen,

(Lachen CDU)

diese so zu beantworten, wie es sich aus meiner Sicht gehört.

Ich sage Ihnen, dass Agrargift sehr viel mehr ist als die Toxizität in einem Lebensmittel. Dazu gehört auch die Tatsache, dass es - wenn sie in der Landwirtschaft eingesetzt werden - keine Rebhühner mehr gibt, weil ihre Küken keine Larven und Insekten mehr finden. Es gibt keine Feldlerchen mehr, weil die Vielfalt von Pflanzen und Lebewesen im

Rahmen der Landwirtschaft sehr stark von den Agrargiften beeinflusst wird.

Das ist übrigens auch klar und durch wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen. Die **Natur** hat in der **biologischen Landwirtschaft** sehr viel mehr Chancen als in der konventionellen Landwirtschaft. Das liegt zum größten Teil an Agrargiften, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Göttisch, unterhalten Sie sich mit Vertretern der Wasserwirtschaft über die Rückstände im Grundwasser. Wasser ist auch ein Lebensmittel. Führen Sie einmal Gespräche mit der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft, dann werden Sie rot vor Scham darüber, was wir noch an Rückständen von dem Einsatz von Agrargiften von vor 50 Jahren haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich komme zu meinem letzten Satz. - Der Einsatz von Agrargiften bedeutet also viel mehr als toxische Belastung. Weder im Wasser noch in Lebensmitteln dürfen solche Stoffe sein, die dort nicht hineingehören. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen zu den Zweiminutenbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das grundsätzliche Problem ist, dass wir eine völlig andere Herangehensweise an dieses Thema haben als die CDU. Sie rechtfertigen im Grunde und schieben alle möglichen Fragen beiseite, statt offen zu fragen: Wo können Probleme sein? Wo müssen wir nachbessern?

Es mag sich ein bisschen arrogant anhören, aber beim Problem des Glyphosats bin ich der Letzte, der herumspringt, wenn ich irgendwo sehe, dass **Glyphosat** eingesetzt wird. Das Mittel wird seit 50 Jahren eingesetzt, und plötzlich scheinen sehr viele

(Bernd Voß)

Probleme aufzutreten. Das müsste wirklich ein Beispiel sein, das man sich angucken muss und bei dem man nachsteuern muss. Man darf nicht nur aufgeregt herumreagieren. Es geht überhaupt nicht darum, die konventionelle Landwirtschaft oder irgendetwas zu diffamieren.

Ich habe es versprochen, ein „Aufregertema“ wollte ich noch zu Ende führen, das ist das Thema **Pflanzenschutzsteuer**. Es ist gut, dass die Landesregierung zusammen mit anderen Landesregierungen ein Gutachten in Auftrag gegeben hat. Es kann ein sehr wichtiger Baustein dafür sein, beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu einer ganz anderen Risikoorientierung zu kommen. Die Parameter, über die im Gutachten gesprochen wird, sind Parameter, die auch unmittelbar den Anwender, den Landwirt, betreffen, um nur ein Beispiel zu nennen.

Von daher denke ich, es ist gut, dass wir dieses Gutachten haben. Ich hoffe, dass wir zu einer klugen und differenzierten Steuer kommen, die letztlich den Pflanzenschutzmitteleinsatz reduziert, zu anderen Anbaustrategien führt und auch zu anderen Mitteleinsätzen führt. Ich glaube, Sie müssen endlich rauskommen aus diesen Kampfreden, um zu sehen, dass dies ein hochgradig marktwirtschaftli-

ches Instrument ist, auf das in der Landwirtschaft reagiert werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das war eine Punktlandung. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3791 an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen unterhaltsamen und informativen Abend, und dem Geburtstagskind wünsche ich eine schöne Geburtstagsfeier. Wir sehen uns morgen um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:53 Uhr